

Ranke's Historisch-politische Zeitschrift und das Berliner Politische Wochenblatt.

Von
C. Varrentrapp.

In den autobiographischen Aufzeichnungen, die Ranke kurz vor seinem 90. Geburtstag diktirte, hat er hervorgehoben, wie nach der Julirevolution „allenthalben die revolutionären Antriebe hervorbrachen, während sich die konservativen Prinzipien schon im Gegensatz stark und gewaltig regten“. In Berlin aber bemerkt er weiter, „gab es auch viele, die den äußersten Konsequenzen sowohl der revolutionären als auch der antirevolutionären Ideen entgegentraten“. Zu ihnen gehörten Ranke's beste Freunde; ihre Auffassung vertrat er damals auch als politischer Schriftsteller, doch, wie er sagt, „auf der Grundlage der Ideen, die sich mir aus Studien der Historie und der Teilnahme am Leben gebildet haben. Eine Haltung dieser Art konnte aber nicht verstanden werden. Ich hielt mich in einiger Ferne von den Ideen, welche in dem Politischen Wochenblatt zutage traten, und die doch von vielen als rechtgläubig betrachtet wurden. Auf der anderen Seite fühlte man aber auch mehr den Widerstand, den ich der allgemeinen Gültigkeit der revolutionären Idee entgegensetzte. Mein Sinn war nur die inmitten der beiden Systeme bereits ausgebildete Haltung des preußischen Staats zu verfechten“.

Daß Ranke auch hier betont, er habe „dem Positiven und Bestehenden mehr zugeneigt als dem wilden Treiben

3*

der revolutionären Tendenzen“, wird niemand verwundern; dagegen dürfte wohl manchem Leser dieser Sätze auffällig erscheinen, wie bestimmt Ranke den Unterschied seiner politischen Anschauungen und Bestrebungen und der Haltung des preußischen Staats von dem System der Wortführer des Politischen Wochenblatts hervorhebt, die an ihm, wie er berichtet, „einen jakobinischen Anflug bemerken wollten“. Ist er doch oft als Gesinnungsgenosse der Gerlachs gepriesen und angegriffen worden, hat doch selbst sein treuer Amanuensis Theodor Wiedemann über ihn geäußert: „Ranke war von streng konservativer Gesinnung; er stand nur einen Schritt nach links von der Gruppe Gerlach-Leo-Stahl.“ In der Tat ist es für einen jeden, der unseren größten Geschichtschreiber wie unseren größten Staatsmann richtig würdigen will, besonders wichtig von beider Verhältnis zu den Gerlachs eine zutreffende anschauliche Vorstellung zu gewinnen. Um so freudiger ist es zu begrüßen, daß neuerdings in den Aufzeichnungen Ludwig v. Gerlachs wie über Bismarck so auch über Ranke sehr charakteristische Äußerungen veröffentlicht sind; heller ist durch sie auch der Unterschied zwischen der damals von ihm herausgegebenen Historisch-politischen Zeitschrift und dem Politischen Wochenblatt beleuchtet worden. Noch um vieles genauere Aufklärung hierüber aber bieten bisher ungedruckte Briefe und Akten, die einzusehen mir durch die Güte des Generals Friduhelm v. Ranke und der Vorstände des Berliner Geheimen Staatsarchivs, des Hausarchivs in Charlottenburg und des Hamburger Stadtarchivs ermöglicht wurde. Aus ihnen und der gedruckten Literatur suchte ich im folgenden die wichtigsten Äußerungen über Rankes und seiner Zeitgenossen damalige publizistische Tätigkeit und die Haltung der preußischen Regierung gegenüber der Presse zusammenzustellen, um so wenigstens einige Anhaltspunkte für die Beantwortung der angedeuteten reizvollen und wichtigen, aber auch schwierigen Fragen zu gewinnen.

Von den beiden genannten Zeitschriften ist zuerst im Herbst 1831 das Berliner Politische Wochenblatt in

die Öffentlichkeit getreten. Wie Radowitz in seinen kürzlich von Hassel veröffentlichten, 1837 niedergeschriebenen Denkwürdigkeiten berichtet, war ihm im Sommer 1831 der Gedanke aufgestiegen, eine Zeitschrift zu gründen, um „den Riesenkräften der Revolution“ gegenüber, denen man bisher nur „entweder bejammernswerte Konzessionen oder die Maschinerie des Administrations-Despotismus, diplomatische Kombinationen und Polizeimaßregeln entgegengestellt“ hatte, „den wahren politischen Doktrinen in größeren Kreisen Eingang zu verschaffen“. Radowitz teilte diesen Gedanken zunächst Jarcke mit, der auf Veranlassung von Radowitz sich von seinen ursprünglich hauptsächlich betriebenen kriminalistischen Studien mehr zu politischen hinübergewandt und sich den Ansichten von Radowitz angeschlossen hatte, und den dieser zum politischen Zeitschriftsteller geeigneter als irgend einen anderen Deutschen hielt. „Wir machten“, erzählt Radowitz weiter, „mit unseren Gedanken die Brüder Leopold, Ludwig und Wilhelm Gerlach und Karl Voß bekannt, und es wurde beschlossen, daß Jarcke vom 1. Oktober 1831 an eine Zeitschrift beginnen und zunächst gar keine Rücksicht auf das Ökonomische nehmen solle. Ich setzte die Eingabe an den König auf, und wir schossen eine Summe zusammen, um die Kosten für ein Vierteljahr ganz unabhängig vom Publikum zu decken. So entstand das Berliner Politische Wochenblatt, an welchem außer den Obengenannten auch der „Dekan“ der Restaurationspolitik Haller, ferner G. v. Raumer in Berlin, Philipps in München, Leo in Halle, Haxthausen und manche andere tätigen Teil genommen haben.“¹⁾

In manchen Fragen gingen die Ansichten der Mitarbeiter der neuen Zeitschrift auseinander; sie alle aber waren Schüler und Verehrer des „Dekans“ der Restaurationspolitik und eben hierin stimmten sie auch mit dem preußischen Kronprinzen überein, der immer mehr in Hallers Gedanken die beste Waffe gegen „die Macht der Finsternis“, die Revolution, zu sehen glaubte. Auch

¹⁾ S. Hassel, Radowitz 1, 43.

die Gerlachs, die sich als aufrichtige Protestanten fühlten, sahen kein Bedenken darin, der Revolution gegenüber sich mit dem Katholiken Radowitz und den Konvertiten Haller und Jarcke zu verbinden, obgleich Hengstenberg ihnen vorhielt, es müsse „nicht bloß den Übelwollenden einen Vorwand, sondern auch den Redlichgesinnten einen Anstoß geben“, daß sie „mit einem Proselyten und Proselytenmacher der römischen Kirche gemeinsame Sache machten“. Ludwig Gerlach aber meinte, wie er seinem Bruder Leopold schrieb, das Unrecht einer Allianz mit den Katholiken „finge doch erst dann an, wenn wir unseren Glauben ihnen gegenüber verleugneten, und das nicht zu tun sind wir ja wohl entschlossen. Auch ist von dieser Seite her nichts zu besorgen, denn sowohl Jarcke als Radowitz sind, wie es mir scheint, in ihrem Papismus nicht so sicher als Gregor VII. und Bonifaz VIII., und wer weiß, ob wir sie nicht durch die Wahrheit gewinnen. Die Zeitung selbst hat hier mächtige Feinde und Freunde, aber im ganzen habe ich wenig Vertrauen, denn die Dinge stehen hier so übel, daß ich eine Krisis fürchte, die leicht zum Liberalismus umschlagen kann. Denn man hat keinen Begriff, wie die Sachen hier betrieben werden. Jeder sieht ein, daß es so nicht bleiben kann, und daher ist eine Veränderung nahe, von der ich noch mehr fürchte, als von dem *Ministère Luckenbusseir*, was jetzt regiert“. ¹⁾

Viel hatten, wie man sieht, die Begründer des Wochenblatts an den in Preußen maßgebenden Persönlichkeiten und Verhältnissen auszusetzen; ebenso hatten umgekehrt die Leiter des preußischen Staates und besonders der damalige Minister des Auswärtigen, Graf Christian Günther v. Bernstorff, starke Bedenken gegen die Bestrebungen dieser reaktionären Romantiker. Von

¹⁾ Die Briefe Hengstenbergs und Leopold Gerlachs s. bei Bachmann, Hengstenberg 2, 299 ff. Ludwig Gerlach schreibt in seinen Aufzeichnungen 1, 199: „Otto und besonders Hengstenberg ermahnten mich auf das entschiedenste, von diesen Katholiken abzustehen, aber ohne mich zu überzeugen. Und seitdem ist mir die Pflicht solcher Gemeinschaft immer klarer geworden.“

ihnen verkehrte Radowitz viel im Bernstorffschen Hause; die Gräfin nahm, wie sie selbst erzählt, lebhaften Anteil an seiner den meisten rätselhaft erscheinenden Persönlichkeit und auch ihr Mann, der, wie sie sagte, „das Verdienst und die Naturgabe immer anerkannte und sie zu schätzen wußte, teilte ihr Wohlgefallen an ihm und hatte gern Nachsicht mit seinen kleinen Schwächen“. Sein politisches Glaubensbekenntnis aber erschien auch ihr „dermaßen ultra, daß ich mich geneigt fühlte, es auch für eine der Paradoxien anzusehen, in denen Radowitz sich gefiel, und mich immer wieder in einen Streit darüber mit ihm einließ, so daß ich zu meines Mannes größter Freude in unserem engen Zirkel bald für eine Erzliberale galt“. ¹⁾ Keineswegs aber behagten seine Paradoxien den bedeutendsten Freunden des Bernstorffschen Hauses; wie die Gräfin und Radowitz selbst berichten, waren Gneisenau und Clausewitz entschieden gegen ihn eingenommen, weil er 1813 auf französischer Seite gefochten hatte und weil seine politischen und religiösen Überzeugungen ihnen gleich mißfällig waren und seine Art sie zu äußern ihnen noch mehr Anstoß gab ²⁾, und auch Savigny, der unter allen Berliner Gelehrten dem Minister am nächsten stand, vertrat eine von der Auffassung der Begründer des Wochenblatts weit abweichende Anschauung. Er hatte im Mai 1817 seine Freunde Jakob und Wilhelm Grimm auf Hallers Restauration der Staatswissenschaften mit den Worten hingewiesen: „Ein wunderlich einseitiges Buch, aber frisch und originell, aber eine wahre Seite des öffentlichen Lebens richtig gefühlt und lebendig ausgeführt, nur bis zur höchsten Übertreibung zum Mittelpunkt der Welt erhoben.“ Noch schärfer betonte er dann einige Monate später Hallers bedenkliche Seiten. „Ich erkenne gar nicht erstlich eine neue und eigene Ansicht in ihm, zweitens eine Art frischer unabgenutzter Form. Daneben

¹⁾ Elise v. Bernstorff 2, 36.

²⁾ S. Hassel, Radowitz 1, 47; hier erwähnt er, daß auch Boyen und Grolman gegen ihn mißstimmt waren.

hat er auch sehr schlimme Seiten. Besonders daß er seine Ansicht des Staates, die eine wahre aber untergeordnete ist, zur einzigen erheben und dadurch in der Tat allen tieferen geheimnisvollen Zusammenhang der Völker und Staaten zerstören will, wodurch er zu einem recht krassen Aufklärer in Geschichte und Politik wird. Eben dadurch geht ihm das Beste seiner neuen Ansicht wieder verloren und er macht nun einen Roman so gut als die Contratsozialisten, nur einen anderen.“¹⁾ Und wie die Denkweise Hallers, der die Begründer des Wochenblattes huldigten, so erschien noch mehr die Art ihrer Äußerungen Savigny bedenklich, bei dem Ranke vor allem ein tiefes „Gefühl für das Schöne und Geziemende“, seinen eng damit verbundenen „nie getrübbten Sinn für das moralisch Rechte“ bewundernswert fand, dem es stets „nur um das rechte Maß zu tun war.“²⁾ Gespräche mit ihm mußten den ihm befreundeten Minister auch der Revolution von 1830 gegenüber in einer Auffassung bestärken, die sich von der durch Jarcke und Radowitz vertretenen wesentlich unterschied.³⁾ So hinderte er zwar nicht, daß der König das Gesuch des namentlich vom Kronprinzen warm empfohlenen Jarcke bewilligte und ihm die Herausgabe des Wochenblattes gestattete; als Jarcke aber ankündigte, er wolle sein Blatt

¹⁾ S. Steig, Achim v. Arnim und die ihm nahe standen 3, 398 f.

²⁾ S. Rankes Rede zur Eröffnung der Historischen Kommission im Jahre 1861 in seinen Sämtlichen Werken 51/52, 498. Vgl. Rankes von seinem Sohne im 2. Bande des 29. Jahrgangs der Deutschen Revue mitgeteiltes Schreiben an Mignet. Rankes Urteil bestätigen Savignys Briefe an Achim v. Arnim, die Grimms und den Pfarrer Bang, die Steig und Enneccerus veröffentlichten.

³⁾ Diesen Unterschied zeigt besonders deutlich ein Vergleich der von Jarcke 1830 veröffentlichten Schrift: „Die französische Revolution von 1830 historisch und staatsrechtlich beleuchtet in ihren Ursachen, ihrem Verlauf und ihren wahrscheinlichen Folgen“ mit der Haltung des Ministers, die Metternich zu der Klage veranlaßte, daß Bernstorff „die Aufstände in Sachsen wie in anderen Gegenden Deutschlands zu leicht nehme“. S. Stern, Geschichte Europas von 1815—1871 4, 271. Treitschke, Deutsche Geschichte 4, 191.

unter dem Namen: Allgemeine Staatsanzeigen veröffentlichten, wurde ihm untersagt diese Absicht auszuführen.¹⁾

Anders wünschte Bernstorff die Interessen des preußischen Staates in der Presse vertreten zu sehen. Auch er hatte sich in den letzten Monaten immer mehr davon überzeugt, wie wenig die bisher auf diesem Gebiet getroffenen Einrichtungen der preußischen Regierung gegenüber den Angriffen und Entstellungen nutzten, denen sie sich in Deutschland und Europa ausgesetzt sah. Noch 1819 hatte der Berichterstatte einer mit dem Entwurf eines Preßgesetzes betrauten Kommission sich bestimmt gegen die Einführung einer Zensur erklärt; dann aber war infolge der Karlsbader Beschlüsse am 18. Oktober 1819 auch in Preußen ein Zensuredikt erlassen und zu seiner Handhabung im November ein Oberzensurkolleg eingesetzt worden. Mehrfach ist auf das Urteil hingewiesen, das ein Mitglied dieses Kollegs, der Neffe seines Präsidenten, des Wirklichen Geh. Legationsrats Karl Georg v. Raumer, das Friedrich von Raumer über den Verlust an Popularität gefällt hat, den durch die Maßregeln dieses Kollegs Preußen erlitt²⁾;

¹⁾ S. die Akten des Berliner Geh. Staatsarchivs Rep. 77, n. 28 und die Aufzeichnungen Ludwig v. Gerlachs 1, 199.

²⁾ Wie in Raumers Lebenserinnerungen 2, 356 ff. ist dies Schreiben Friedrich v. Raumers auch von Kapp im Archiv für Geschichte des Buchhandels 6, 229 f. abgedruckt worden. An Kapps hier veröffentlichten Aufsatz über die preußische Preßgesetzgebung unter Friedrich Wilhelm IV. haben sich wie Treitschke und Stern auch Salomon in seiner Geschichte des deutschen Zeitungswesens 3, 24 ff. 241 ff. und Geiger in seinem Buch über Berlin von 1686—1840 2, 403 ff. und in der Einleitung zu seiner Schrift über das junge Deutschland und die preußische Zensur angeschlossen. Dagegen benutzte Geiger für seine Schilderung des Verfahrens des Zensurkollegs gegen Heine bisher ungedruckte Akten des Berliner Geh. Staatsarchivs, leider aber nicht das Heft Rep. 76, II v. I: Generalia Zensursachen n. 3 v. I. In diesem finden sich die im Text angeführten Schreiben der Ministerien des Innern und des Kultus und ein Schreiben von K. G. v. Raumer, aus dem sich ergibt, daß er zu seinem Vorgehen gegen Heine nicht, wie Geiger S. 18 behauptet, durch den Kirchenhistoriker, sondern durch den Bischof Neander angeregt wurde.

noch beachtenswerter ist wohl, daß auch die dem Zensurkolleg vorgesetzten Ministerien mehrfach Bedenken gegen sein und namentlich gegen das Verfahren seines Präsidenten äußerten. Als dieser im Januar 1831 ein Verbot von Heines Nachträgen zu seinen Reisebildern beantragte, erklärte das Ministerium des Inneren, bei einem solchen Verbot müsse mit großer Vorsicht verfahren werden, und wies darauf hin, daß „gerade durch ein Verbot die Aufmerksamkeit des Publikums auf das Buch, welches sonst seinem Titel nach weniger gesucht werden dürfte, angeregt werden möchte“. Und das Kultusministerium sprach sich ebenfalls dahin aus, daß „bei dem Verbot einer Schrift mit großer Vorsicht verfahren und alle deshalb zu ergreifenden Maßregeln sorgfältig erwogen werden“ müßten; deshalb wurde verlangt, daß nicht nur der Präsident, sondern das Oberzensurkolleg in seiner Gesamtheit die Angelegenheit begutachte. Infolge dieser Weiterungen wurde erst im April ein Verbot des Buchs erlassen, das inzwischen bereits starke Verbreitung gefunden hatte.

Noch eigentümlichere Differenzen mit anderen preußischen Beamten riefen in der gleichen Zeit Bemerkungen des Oberzensurkollegs über die Haltung der preußischen Staatszeitung hervor. 1818 hatte Hardenberg den schon seit längerer Zeit gehegten Plan ausgeführt, „bei der Mangelhaftigkeit der beiden Berliner Zeitungen ein neues Blatt in der Residenz zu gründen, welches die Regierung hauptsächlich als Organ zur Belehrung des Publikums und zur Berichtigung seines Urteils über innere Verhältnisse benutzen könnte“¹⁾, und mit dessen Leitung den

¹⁾ S. Hardenbergs Brief an Stägemann vom 5. Oktober 1818 bei Rühl, Briefe und Aktenstücke z. Gesch. Preußens unter Friedrich Wilhelm III. 2, 304 f. und vgl. über die Staatszeitung Rühls Einleitung zum 3. Bande dieser Publikation S. XIV ff.; Bergen-grün, Hansemann 110; Buchholz, Vossische Zeitung 86 ff.; Geiger, Berlin 1688–1840 2, 407; Salomon, Gesch. des deutschen Zeitungswesens 3, 82 ff. und Akten des Berliner Geh. Staatsarchivs Rep. IV, n. 109. Gern hätte ich die in der Staatszeitung besprochenen Artikel des *Messenger des chambres*, über den Hatin, *Bibliographie de la presse française* 362 einige Notizen gibt, selbst eingesehen;

dazu unter seinen Räten am meisten geeigneten Stägemann betraut; auch hatte dieser selbst manchen wertvollen Artikel für die Staatszeitung geliefert und sich eifrig um Mitarbeiter und Materialien für die Zeitgeschichte bemüht; aber mannigfache Schwierigkeiten und Mißerfolge und besonders die auch hier sich verhängnisvoll geltend machenden Wirkungen der Karlsbader Beschlüsse verleiteten ihm diese Tätigkeit und so ging schon 1820 die Redaktion aus seinen Händen in die des Vielschreibers Heun über. Unter seiner und auch unter der Leitung anderer Redakteure, die an seine Stelle traten, vermochte die Staatszeitung den ihr von Hardenberg und Stägemann gestellten Aufgaben nicht zu genügen; mit gutem Grund wurde geklagt, wie wenig Aufklärung sie über die preußischen Verhältnisse böte, wie ungenügend in ihr Angriffe ausländischer Blätter gegen Preußen abgewehrt würden. In einem liberalen Pariser Blatt, dem *Messenger des chambres*, wurden 1831 angebliche Korrespondenzen aus Berlin veröffentlicht, in denen Schleiermachers politische Parteistellung in einer Weise bezeichnet war, die er sich für verpflichtet hielt, öffentlich zurückzuweisen. Da das französische Blatt die Erklärung, die er ihm eingeschickt hatte, nicht zum Abdruck brachte, publizierte er sie in der Staatszeitung. Kräftig trat er hier dem Pariser Blatt in Worten entgegen, die von warmer Liebe zu König und Vaterland durchglüht und mit souveränem Humor gewürzt waren: ähnliche Töne anzuschlagen war die Redaktion der Staatszeitung nicht imstande. In wie schwieriger Lage sie sich

leider aber suchte ich nach ihm nicht nur in Deutschland vergebens: auch auf der Pariser Nationalbibliothek, auf der mein Kollege Glagau die Freundlichkeit hatte, sich danach umzusehen, war gerade der Jahrgang 1831 des *Messenger* nicht vorhanden. Schleiermachers Erklärung ist aus der Staatszeitung in der Sammlung: *Aus Schleiermachers Leben* 2, 415 ff. abgedruckt; vgl. auch Treitschke, *Deutsche Geschichte* 4, 194 und die für Schleiermachers politische Denkwiese in seinen letzten Lebensjahren besonders beachtenswerten Briefe an seinen Sohn vom 6. August 1832 und vom 6. November 1833 in der genannten Briefsammlung 2, 431 u. 480.

befand, zeigte sich, als sie im März 1831 gegenüber den Artikeln des *Messenger* noch ein anderes „Eingesandt“ abdruckte. Freilich, so war hier ausgeführt, wünsche man im preußischen Volk Garantien, um auf dem Wege historischer Fortbildung weiter zu schreiten, aber in solchem Begehren sei man „von jeder übertriebenen Unruhe um so mehr fern, da die zu hitzig getriebenen Pflanzen nichts taugen“, und in auswärtigen Fragen billige das Volk „die preußische Politik, die sich an kein unbedingtes Prinzip ergeben habe, es heiße Intervention oder Nicht-Intervention“. Den Abdruck solcher Betrachtungen in der Staatszeitung fand aber das Oberzensurkolleg sehr bedenklich; es besorgte, daß dadurch ein Zeitungskrieg eröffnet und die freche französische Presse in ihm noch ärgere Beleidigungen äußern werde, da „die Staatszeitung, obgleich in ihren nichtamtlichen Artikeln weder ganz noch halb offiziell, doch im Ausland für offiziell gehalten wird“; außerdem liege „in den Ratschlägen, die der Verfasser zu geben sich erdreistet, und durch welche er entweder die preußische Regierung zu belehren sich erlaubt oder die Absichten derselben sei es zu wissen sei es zu erraten sich anmaßt, u. E. etwas völlig und in hohem Grade Unbefugtes und möglicher, ja wahrscheinlicher Weise schädlich Wirkendes“. Ancillon, der als Vertreter Bernstorffs in der Leitung des auswärtigen Ministeriums das Schreiben beantwortete, in dem das Oberzensurkolleg diese Ansichten geäußert hatte, erklärte sich mit diesen völlig einverstanden, glaubte aber, der Sache „sei keine weitere Folge zu geben, da die Staatszeitung schon selbst auf Allerhöchsten Befehl eine die Aufnahme des fraglichen Artikels mißbilligende Erklärung gebracht“ habe. Schon vorher hatte im Februar 1831 das Oberzensurkolleg dem Ministerium vorgetragen, wie bedenklich es ihm erscheine, daß in die Staatszeitung ein Aufsatz aufgenommen sei, in dem „unumwunden gesagt werde, die große Mehrheit der Deutschen habe über die Ereignisse des Juli günstig gedacht. Wäre diese Äußerung faktisch gegründet, so müßte sie jeden Mann von Gefühl und Verstand tief

betrüben; jedenfalls aber scheint sie in der Preußischen Staatszeitung ganz unstatthaft zu sein“. Wenige Tage später sprach das Oberzensurkolleg sein Bedauern aus, daß in die Staatszeitung aus dem *Temps* eine Erzählung über den auf der Londoner Konferenz angeblich gemachten Vorschlag eines Weltfriedens aufgenommen sei. Der mit der Aufsicht über die Staatszeitung betraute Ministerialrat Philipsborn entwickelte, wie unbegründet die Vorstellungen des Oberzensurkollegs seien, und beantragte diesem, „zur Vermeidung ähnlicher unbegründeter außer dem gesetzlichen Wirkungskreis der gedachten Behörde liegender Bemerkungen das Geeignete zu eröffnen“; Bernstorff aber äußerte „seine entschiedene Ansicht, sich in der fraglichen Beziehung in durchaus keine Erörterung mit dem Oberzensurkolleg einzulassen“.

Nach diesen Mitteilungen über Oberzensurkolleg und Staatszeitung dürfte es wohl verständlich erscheinen, daß Leiter und Freunde des preußischen Staats seine Interessen anders als durch diese Organe gewahrt zu sehen wünschten. Immer mehr fand 1831 in ihren Kreisen der Vorschlag der Gründung einer neuen „Historisch-politischen Zeitschrift“ Anklang, den schon im November des vorangegangenen Jahres Friedrich Perthes dem ihm seit lange bekannten Minister des Auswärtigen entwickelt hatte. Perthes war von der Überzeugung durchdrungen, daß „Preußen, um für Deutschland zu werden, was es ihm werden soll, das vollste freieste Vertrauen nicht allein der eigenen Untertanen, sondern aller Deutschen“ bedürfe. „Es ist nicht genug, daß sein Wille und seine Verwaltung gut sei, die allgemeine Anerkennung des Gutseins ist von fast gleicher Bedeutung; es ist nicht genug, daß Preußen gut preußisch sei, es muß auch sein Verwachsensein mit Deutschland fühlen und darf sich ohne Gefahr für seine Stellung zu Deutschland und für sein eigenes inneres Gedeihen nicht in sich selbst einwickeln und sich abstoßend gegen das übrige Deutschland geberden.“ Nach einer lehrreichen Übersicht über die Entwicklung der deutschen Presse legte

Perthes dem Minister dar, wie in den letzten Monaten durch „oberflächliche Enthusiasten, übermütige Jünglinge und schlechtes Schreibgesindel irreleitendes, Mißtrauen erregendes politisches Geschwätz“ verbreitet sei, wie aber die Vergiftung der öffentlichen Meinung durch die Presse mit Erfolg nicht durch Zensur, Verbote und Strafen, sondern nur durch die Presse bekämpft werden könne, „indem man der Lüge, dem wilden Enthusiasmus, dem vagen Geschwätz wahre, besonnene, kenntnis- und erfahrungsreiche Rede entgegenstellt“. Die Staatszeitung und die von Berlin mitunter an die Allgemeine Zeitung eingesandten Artikel würden nicht genügend beachtet; viel geeigneter zur Verbreitung richtiger Ansichten und gründlicher Kenntnisse würde eine historisch-politische Zeitschrift sein, die mit Wahrheit und historischer Treue in einfacher Erzählung eine Übersicht der wichtigsten Ereignisse gäbe, Verhandlungen der Kammern, bedeutende öffentliche Reden und Aktenstücke, Berichte über Werke von aktueller Bedeutung, biographische Nachrichten über politische Männer der Gegenwart mitteilte, kurz und verständlich die Institutionen und Organisationen darstellte, die besondere Teilnahme erweckt haben, „die Regierungen der kleinen deutschen Staaten zur Ablegung der Rechnung vom Staatshaushalt und zur Trennung des Privateigentums der Fürsten von dem Landeseinkommen“ ermahnte und der „Lüge, Verdrehung, Verfälschung, Verleumdung opponierte, die fast alle öffentlichen Blätter sich gegen Fürsten, Staats- und Geschäftsmänner zu Schulden kommen ließen“. Um immer das Neueste geben und verhandeln zu können, sollte von dieser Zeitschrift alle 14 Tage ein Heft von 6—8 Bogen erscheinen.

Bernstorff, den vielfache Geschäfte und Leiden hinderten alles auszuführen, was er wünschte, hat Perthes nicht sofort geantwortet, aber dieses Schreiben keineswegs unbeachtet gelassen, sondern darüber mit dem ihm am nächsten stehenden hervorragendsten Beamten, mit dem eben 1831 zum Direktor der zweiten Abteilung seines Ministeriums ernannten Eichhorn Rücksprache ge-

nommen und dieser hat darauf schon in den ersten Wochen des Jahres 1831 mit Savigny und den Generalen Krauseneck, Rühle von Lilienstern und Witzleben die Angelegenheit beraten. Sie wurde lebhaft auch in anderen Kreisen besprochen; im März schrieb Varnhagen¹⁾ an Perthes, sie sei „noch stets an der Tagesordnung und dränge sich in mannigfacher Gestalt und von verschiedenen Seiten immer auf das neue hervor. Das Bedürfnis wird immer lauter, selbst auf der höchsten Stufe wird es gefühlt, aber in gleichem Maße treten auch die Schwierigkeiten an das Licht“; sie liegen hauptsächlich, bemerkte Varnhagen, „nicht im Mangel an Freiheit, sondern im Mangel an entschiedener Richtung“. So wurde nach manchen weiteren Beratungen, bei denen auch über sonstige Mittel zur Beeinflussung der öffentlichen Meinung hin und her debattiert war, die Begründung des von Perthes angeregten Unternehmens erst ins Werk gesetzt, nachdem dieser im Herbst 1831 nach Berlin gekommen und persönlich mit verschiedenen einflußreichen Persönlichkeiten gesprochen hatte; durch

¹⁾ Ohne seinen Namen zu nennen, hat aus seinem Schreiben schon Clemens Theodor Perthes in seiner Biographie seines Vaters 3^e, 337 f. einige Sätze abgedruckt. Wichtige Ergänzungen zu seinen und den Mitteilungen von Varnhagen in den Blättern aus der preußischen Geschichte 5, 310 ff. finden sich in dem auf dem Hamburger Stadtarchiv aufbewahrten Nachlaß von Perthes und in den Akten des Berliner Geh. Staatsarchivs Rep. IV, n. 205. Aus ihnen ist namentlich zu ersehen, wie eifrig sich Eichhorn für die Begründung der Zeitschrift bemühte; seine persönliche Auffassung ist wohl auch in dem unten erwähnten Schreiben vom 16. September 1831 zu erkennen, das, wie mir freundlich aus dem Geh. Staatsarchiv mitgeteilt wurde, von dem damals jüngsten Rat der ihm unterstehenden Abteilung des auswärtigen Ministeriums, Karl Friedrich v. Bülow, dem Sohn des 1827 verstorbenen Oberpräsidenten der Provinz Sachsen, konzipiert ist. Eichhorn wurde bei solchen Bestrebungen wohl auch dadurch bestärkt, daß er umsonst sich bemüht hatte, die Allgemeine Zeitung zur Aufnahme eines Artikels von Clausewitz zu bestimmen, in dem dieser im Gegensatz zu dem in Deutschland vorherrschenden „Kosmopolitismus“ auf die Gefährdung deutscher Interessen bei der politischen belgischen und anderen Fragen hinwies. Vgl. Schwartz, Clausewitz 2, 313.

Bernstorff und Eichhorn wurden nun auch die Minister des Innern und des Kultus dazu bestimmt, die neue Historisch-politische Zeitschrift zu unterstützen. Unter diesem von Perthes vorgeschlagenen Namen trat sie in seinem Verlag im Frühjahr 1832 in die Öffentlichkeit; aber freilich erhielt sie eine wesentlich andere Gestalt, als er gewünscht, durch den Redakteur, den er selbst für sie geworben hatte, durch Leopold Ranke.

„Der Redakteur“, hatte Perthes im November 1830 an Bernstorff geschrieben, „muß preußischer Patriot im wahrsten und höchsten Sinne sein, das volle Vertrauen des Departements besitzen, Willen und Geist der preußischen Regierung in allen Zweigen kennen. Er muß historischer Schriftsteller sein. Es bedarf eines Mannes, der überall umsichtigen Takt zu halten vermag.“ Einen solchen Mann zu finden war nicht leicht. Perthes hatte an Varnhagen gedacht; aber schon damals erschien auch ihm dessen „Superfeinheit“ bedenklich. „Könnte man diese“, schrieb er am 18. Oktober an Eichhorn, „mit der derben, burschikosen Art des Herrn v. Raumer zusammenkneten, so hätte man das Ideal eines Journalisten. Ein solches hat Deutschland nicht wiedergesehen, seit Gentz von der Literatur zurückgetreten ist.“ Eben hinsichtlich seiner journalistischen Begabung hatte der erfahrene Buchhändler nun Zweifel auch gegen den ihm in Berlin warm empfohlenen und von ihm selbst hochgeschätzten Berliner Professor, von dem auch er schrieb, daß er „als Historiker der Sache gewiß gewachsen“ sei, und den er deshalb selbst aufforderte, sie in die Hand zu nehmen. Briefe, die er von Ranke während dessen großer Studienreise nach Wien und Italien erhalten hatte, „haben mich“, so schrieb Perthes an Bernstorff, „überzeugt, daß er innere und äußere Verhältnisse der Völker und Staaten vorurteilsfreier aufzufassen vermag als die meisten Historiker“.

Wie Ranke „unter dem eifrigsten Studium“ zu einer solchen Auffassung gelangt war, können wir jetzt aus seinen autobiographischen Aufzeichnungen und seinen Briefen klar erkennen. 1795, in dem gleichen Jahr wie

Carlyle, Friedrich Wilhelm IV. und Ludwig v. Gerlach, wie Pertz und Böhmer geboren, wuchs auch er heran unter den Eindrücken des großen Kampfes zwischen den Monarchien des alten Europa und den durch die Revolution entfesselten Kräften Frankreichs und seinem gewaltigsten Herrscher, teilte er mit seinen eben genannten Altersgenossen die Abneigung gegen den Rationalismus des 18. Jahrhunderts, Interesse und Sympathie für alte historische Mächte. Aber er selbst hat in seiner Schilderung Böhmers nachdrücklich auch die Unterschiede zwischen ihren Anschauungen hervorgehoben. Eifrig studierten die Beiden die Denkmäler des deutschen Mittelalters; aber „wir“, sagt Ranke, „versäumten auch nicht, die durch Luther berühmt gewordenen Stätten zu betrachten. In Böhmer überwog das andere Element“. „Er hatte einmal für die hierarchische Epoche Partei genommen“; Ranke bekannte sich dagegen zu der Überzeugung, daß „man auch den späteren Jahrhunderten nicht einreden dürfe, die sich von der Gesinnung jener hierarchischen Periode abwandten, daß die Reformation eine historische Notwendigkeit war, und daß die deutsche Philosophie des 18. Jahrhunderts in ihrer tiefen und umfassenden Bewegung ein echteres Produkt des deutschen Geistes ist als das System irgend eines deutschen Scholastikers. So die Studien des Altertums, Poesie, Historie“. Für seine Entwicklung besonders wichtig war es, daß er zunächst vor allem sich mit verständnisvollem Eifer dem in seiner Jugend, dem eben in seinem Geburtsjahr durch Wolf's *Prolegomena ad Homerum* so mächtig geförderten Studium der griechischen Klassiker widmete, daß sein kritisches Talent durch Gottfried Hermanns Unterricht entwickelt wurde, daß er „mit äußerstem Fleiße“, wie er selbst betont, sich der Lektüre von Thukydides und Niebuhr, von Luther und Fichte hingab, daß „diese Geister ihn in der Tiefe ergriffen“. In solchen Studien gewann er „die Zucht der Gedanken und Empfindungen und die überzeugte Einsicht, die höchsten Ideale dort suchen zu müssen, wo Maß und Ordnung mit der Phantasie vermählt sind“, gewann er damit das,

wodurch, wie Adolf Harnack treffend bemerkt hat¹⁾, sich die führenden Geister der deutschen Wissenschaft des 19. Jahrhunderts wie Goethe und Schiller von den Romantikern unterscheiden, und der Unterschied Rankes von diesen tritt uns deutlich auch entgegen, wenn wir ihre religiösen und politischen Anschauungen ins Auge fassen. Im Gegensatz gegen die „Contratsozialisten“ fühlte sich Ranke mit Haller und seinen Jüngern einig; aber wie Savigny mißbilligte auch er, daß diese die Doktrinen und Phantasien der Gegner durch „einen anderen Roman“ und andere Schlagworte bekämpften, die ebenfalls einer richtigen Erkenntnis und zweckmäßigen Behandlung historischer und politischer Fragen im Wege standen. Um den wissenschaftlichen und staatlichen Aufgaben zu genügen, hielt Ranke vor allem ein gründliches unbefangenes kritisches Studium der einzelnen historischen Bildungen und ihrer Wechselwirkungen für erforderlich; für die Kunst der Beobachtung und Darstellung politischer Verhältnisse und Persönlichkeiten fand er ausgezeichnete Lehrmeister in den klugen Venetianer Diplomaten des 16. Jahrhunderts und in dem begabtesten Publizisten seiner Zeit, in Gentz, der ihm einen tiefen Einblick in die Interessen und Reibungen der „großen Mächte“ verschaffte: in Beider Schule lernte er, „den Staat von oben zu betrachten“.²⁾ Auch der Revolution von 1830 stand er danach von vornherein

¹⁾ In der Ausgabe seiner Geschichte der Berliner Akademie in einem Bande S. 463. Vgl. über Fichtes Unterschied von den Romantikern Cohen, Ethik des reinen Willens S. 12 und Otto Baumgarten, Carlyle und Goethe S. 129, über Rankes Verhältnis zu Fichte und seine religiösen Anschauungen die in Nr. 23 des 19. Jahrgangs der Christlichen Welt angeführte Literatur.

²⁾ In seinen Vorlesungen über Politik I, 144 f. bezeichnete Treitschke diese Betrachtungsweise als den wichtigsten Grund dafür, daß Gentz so Bedeutendes als Publizist und Ranke als Historiker leistete. Wie sehr Gentz sich von den Romantikern unterschied, tritt besonders deutlich in seinen Briefen an W. v. Humboldt, die Gebhardt im 105. Bande von Nord und Süd, und an Pilat, die Guglia im 78. Bande der Deutschen Rundschau veröffentlichte, und in seinen Ausführungen gegen Adam Müller im Jahrgang 1840 der Deutschen Vierteljahrschrift hervor.

anders gegenüber als die Wortführer der damaligen revolutionären und reaktionären Bestrebungen. „Ich wußte besser“, hat er selbst gesagt, „daß ein allgemeiner Umsturz auf der einen Seite nicht zu befürchten, auf der andern Seite aber auch nicht zu erwarten sei, daß die Mächte zu einer nochmaligen Bekämpfung der Revolution in dieser Gestalt (einem Zug nach Frankreich und einer Wiederherstellung der Bourbonen) sich vereinigen würden.“ Diese seine überlegene Einsicht in der öffentlichen Meinung zur Geltung zu bringen und im Zusammenhang damit beiden Extremen gegenüber „die inmitten der beiden Systeme bereits ausgebildete Haltung des preußischen Staates zu verfechten“: dazu hielt er sich um so mehr für verpflichtet, da ihm „das unermessliche Geschwätz über das Regieren die Fähigkeit zu diesem Geschäft sehr beeinträchtigt zu haben schien (so wie wir voll Theorien und Systemen über die Kunst sind und von dieser selber kaum einen Schatten mehr übrig haben)“¹⁾, und zugleich schien es ihm für seine eigene wissenschaftliche Entwicklung förderlich zu sein, diese Gelegenheit zu benutzen, um „die Geschäfte, die Lage, die Interessen der gegenwärtigen Welt kennen zu lernen. Just bis dahin“, schrieb er seinem ältesten Bruder, „bin ich in meinen Studien gekommen, wo die neuen anfangen werden“. Diese verschiedenartigen Motive wirkten bei ihm zusammen, um ihn geneigt zu machen, die ihm angetragene Redaktion der Historisch-politischen Zeitschrift zu übernehmen; schon am 16. September wurden vom Ministerium des Auswärtigen die Minister des Innern und des Kultus darauf hingewiesen, wie wertvoll dies sei, da Ranke, „den der Ruf eines ausgezeichneten Historikers

¹⁾ So schrieb er seinem Freund Heinrich Ritter am 4. Oktober 1830 in einem Briefe, in dem er seine Opposition zu der öffentlichen Meinung betont. „Der großen Nation, liest man hier, wünschte ich einen König, der noch größer wäre und sie zu Paaren triebe, ohne gerade Europa erobern zu wollen.“ S. W. 53/54, 242. S. ebd. S. 257 ff. seine Briefe an seinen Bruder Heinrich vom 21. November 1831 und an Roth vom 16. Februar 1832, in denen er die Gründe darlegt, die ihn bestimmten, die Redaktion der neuen Zeitschrift zu übernehmen.

schon so vorteilhaft empfiehlt, zugleich als ein Mann von höchst achtungswerter politischer Gesinnung bekannt ist“; gerade er dürfte daher besonders geeignet sein, die hier in Frage kommende Aufgabe zu lösen. Denn, wie das Schreiben eingehend darlegte, erschiene es am zweckmäßigsten, daß die neue Zeitschrift einmal „durch den Gegenstand wie durch die Darstellung möglichst anziehende historische Aufsätze, welche in Bildern der Vergangenheit belehrend und warnend zu der Gegenwart reden könnten“ und daneben „solche politische Aufsätze lieferte, die mit möglichster Vermeidung theoretischer und größeren wissenschaftlichen Werken zu überlassenden Untersuchungen vorzugsweise von einem höheren praktischen Standpunkt ausgehen und auch eine Anwendung auf das Leben bezwecken. Den Geist, worin ich die herauszugebende Zeitschrift redigiert zu sehen wünschte, glaube ich nicht besser als dadurch bezeichnen zu können, daß ich in denselben überall gleichsam das Wort zu der Tat der preußischen Regierung wiederfinden möchte. Hierunter verstehe ich indessen nicht etwa einen erläuternden und belehrenden Kommentar über einzelne im Lauf der gegenwärtigen Zeit vorkommende Regierungsmaßregeln, wiewohl dergleichen Arbeiten von der Zeitschrift nicht gerade ausgeschlossen zu sein brauchen, sondern der Ausdruck Tat bedeutet mir in dem angegebenen Zusammenhang diejenige allgemeine Handlungsweise und Richtung, welche Recht, vernünftige Freiheit und gemeinsame Wohlfahrt in ruhiger und besonnener Entwicklung suchend und begründend durch die Geschichte Preußens und besonders durch dessen Geschichte unter Seiner jetzt regierenden Königlichen Majestät sich im ganzen und großen hindurchzieht“.

Mit diesen Ansichten erklärten sich auch die Minister des Kultus und des Inneren im wesentlichen einverstanden; daraufhin wurde Ranke Ende Oktober von Bernstorff definitiv aufgefordert, die Leitung der neuen Zeitschrift zu übernehmen. Am 1. November dankte er dem Minister für diesen Beweis des Vertrauens; „ich fühle

denselben“, schrieb er, „um so mehr, da ich selbst mich niemals für besonders geeignet gehalten haben würde, einen so wichtigen Plan ausführen zu helfen. Vielmehr hatte ich den einzigen Ehrgeiz, Arbeiten anderer Art, zu denen ich bereits Materialien genug zusammengebracht habe, und bei denen ich vielleicht auf den Beifall des Publikums hätte rechnen dürfen, auszuführen. Von solchen mich loszureißen, und mich auf einem Felde zu versuchen, wo mir noch vieles abgeht, und ich nichts als Widerspruch zu erwarten habe, — ich bekenne, daß dazu eine Art von Entschluß gehört. Ein Entschluß, der nur durch eine so auszeichnende Veranlassung und die Wichtigkeit des Unternehmens gerechtfertigt werden kann. Gewiß bin ich davon ganz durchdrungen. Niemand kann mehr fühlen, daß es von Tage zu Tage unerläßlicher wird, die Tatsache unsrer einheimischen Entwicklung gegen die Flut fremdartiger Forderungen, die aus ganz verschiedenen Situationen und anmaßenden Theorien entspringen, zu verteidigen. Dazu beitragen, hierin dem Vaterlande und der guten Sache dienen zu können, würde ich für ein großes Glück halten. Indessen hat jeder Mensch, wie unbedeutend er auch sein mag, am Ende seine eigentümliche Stellung. Der Unterzeichnete dürfte nichts unternehmen, wobei es ihm nicht verstattet wäre, gründlich zu untersuchen und sich unumwunden auszusprechen. Auf das eine und das andere reduzieren sich die Wünsche, welche der Plan ausspricht, den ich die Ehre habe, Ew. Exzellenz hierbei vorzulegen. Möchte derselbe auch in seinem übrigen Inhalt und seiner ganzen Tendenz die Billigung, den Beifall Ew. Exzellenz erlangen! Möchte es mir so gut werden, ein Vertrauen zu verdienen, das an sich unschätzbar mir auf das Huldvollste zum voraus zugewendet worden ist!“

Der hier erwähnte Plan lautete: „Nicht leicht hat es eine Zeit gegeben, in welcher sich die öffentlichen Stimmen in so einseitigen Richtungen bewegt haben wie gegenwärtig. Die politischen Theorien haben so gut wie allenthalben die Oberhand gewonnen. Wie selten ist es, daß man eine Unterneh-

mung, eine Einrichtung nach ihren inneren Bedingungen prüfe; man begnügt sich, den Maßstab der Theorie daran zu legen. Die Extreme geben den Ton an. Das eine vielstimmiger als jemals: trotzig auf die Siege, die es erfochten hat, und auf den Beifall der großen Menge; das andere zwar in heftiger, aber unleugbar schwacher und nur immer aufreizender Opposition. Es sind zwei Schulen, die sich bekämpfen: weit und breit, in mancherlei Nuancen, haben sie den Boden eingenommen. Die Scholastik der mittleren Jahrhunderte beschäftigte sich, die intellektuelle Welt ihren Distinktionen zu unterwerfen: diese neue Scholastik ist bemüht, die reale Welt nach ihren Schulmeinungen einzurichten. Die nächste Folge dieses Zustandes der Dinge ist, daß man von dem, was alle Zeiten Politik und Urteil genannt haben, wenig mehr vernimmt. Die wahre Politik faßt die praktischen Interessen, das Notwendige, das Ausführbare ins Auge; sie gibt ihre Vergangenheit nicht jeden Augenblick um eines täuschenden Scheins willen auf; sie beabsichtigt ruhigen Fortgang, schrittweise, sichere Entwicklung; sie hält sich auf ihrer Linie. Ein reines Urteil ist nur möglich, wenn man jedweden nach dessen eigenem Standpunkt, nach dem ihm inwohnenden Bestreben würdigt. Es scheint, wie gesagt, als seien beide zur Seite gedrängt und ziemlich in Vergessenheit gekommen. Ohne Zweifel wäre es wichtig, ihnen wieder eine Stimme zu verschaffen. Nicht als wollte man die Theorien bekämpfen. Man würde sie vielmehr an ihrem Orte, in ihrer Stelle anerkennen und ihnen das nämliche Recht wie jeder andern Erscheinung angedeihen lassen. Auch nicht, als ob man zwischen ihnen die Mitte zu treffen suchte, welche doch nichts anderes als wieder Theorie, Dogma, Schulmeinung sein könnte. Ohne den Teil der Wahrheit, den sie in sich haben mögen, zu bestreiten, würde man sich nur ihrem Anspruch auf Alleinherrschaft widersetzen. Gegen diese würde man das Recht einer unbedingten, aus ihrem eigenen Prinzip lebenden Existenz verteidigen. Man würde die ursprüngliche Mannigfaltigkeit der Tatsachen hervorheben, die Erfolge durch eingehende Beobachtung zu erläutern versuchen, von den eingebil deten Bedürfnissen auf die Forderung der Dinge zurückkommen, genug jene ruhig fortschreitende Politik zu befördern, ein reines und gesundes Urteil hervorzurufen beflissen sein. Wichtig wäre dies für Deutschland, für Preußen und an sich. Es gibt in der deutschen Nation viele wohlgesinnte, verständige, ruhige Männer, welche Fähigkeit und Neigung haben, das Wesen von dem Schein zu unterscheiden.

Diese würden unser Publikum sein. Man müßte sich bemühen, ihrer Meinung einen Mittelpunkt zu geben, ihre Überzeugung zum öffentlichen Bewußtsein zu bringen und sie dadurch zu fixieren. Sei es mir erlaubt, zu bemerken, daß es selbst für die Stimmung preußischer Beamten ein Bedürfnis wäre, den Unterschied zwischen ruhigem Fortschritt und eigentlichem Liberalismus, zwischen verständiger Beharrlichkeit und ultraartigen Bestrebungen in beständiger Erinnerung zu erhalten. Wenn es gelänge, für das Faktum des preußischen Staates das entsprechende Wort zu finden, so würden die Untertanen erst vollkommen inne werden, was sie an ihrem Vaterlande haben. Auch an sich und ohne Rücksicht auf den Erfolg wäre es wünschenswert und ehrenvoll, der reinen Beobachtung, der parteilosen Wahrheit einen Ausdruck zu verschaffen, welcher nicht auf der Stelle wieder verhallen würde. Es ist wohl nicht anders, als daß dies in einer Zeitschrift versucht werden muß, sowohl, weil diese Form nun einmal seit langer Zeit herkömmlich, als auch, weil sie bequem ist, um die wichtigeren Ereignisse zu begleiten und die jedesmal interessanten Punkte zu berühren. Es fragt sich, wie eine solche einzurichten wäre.

Inhalt der Zeitschrift.

Eine Art von Zeitung einzurichten, welche in acht- oder vierzehntägigen Zwischenräumen von dem Neuesten Bericht erstatte, scheint mir unthunlich. Man würde nur dem ärmlichsten Bedürfnisse dienen, das auf tausendfache andere Weise befriedigt werden kann; man würde mit seinen Neuigkeiten doch immer zu spät kommen; man würde gezwungen sein, über alles und jedes zu reden, selbst ehe man genau unterrichtet ist; wer fände sich endlich, um sich dazu herzugeben? Thunlicher wäre es, eine Zeitschrift zunächst in zwanglosen Heften erscheinen zu lassen. Gleichsam nach dem Unterschied zwischen Äußerm und Innerm würde der Inhalt einer solchen in folgende zwei Hauptteile zerfallen.

Erstens: Neueste Geschichte, in einer doppelten Beziehung. Einmal müßte man sich bemühen, die Entwicklung der europäischen Staaten seit 1789, vornehmlich aber seit 1815, in historischen Aufsätzen vor Augen zu legen. Wenn dies eindringend und mit aller Schärfe geschähe, so würde die ungemeine Mannigfaltigkeit europäischer Zustände ohne weiteres hervorspringen. Nicht allein läge hierin die Unanwendbarkeit der gleichmachenden Theorien an sich; es ließe sich

auch noch ein besonderer Gesichtspunkt fassen; es würde sich zeigen, wie dieselben in gewissen Zuständen, vornehmlich eines einzigen Landes (Frankreich), ihren Ursprung haben, wie sie aus Interessen hervorkommen, nicht allein aus Überzeugungen, und wie sie doch selbst dort unanwendbar befunden werden. Mit Erstaunen sehen wir, wie alles, was es daselbst zur Existenz gebracht hat, sich gegen seinen eigenen Ursprung zur Wehr zu setzen gezwungen ist. Das wahre Geheimnis des *juste milieu*! Wie platt, wie absurd ist es, so höchst bedingte Staatsformen nachmachen zu wollen. Als erwüchse uns nicht aus unserm Dasein, unserer Vergangenheit ein uns eigenes Ideal! Außerdem wären, um einen Ausdruck älterer deutscher Staatsmänner zu wiederholen, die großen Emergenzien der Gegenwart zu beobachten. Jede Frage, welche das Publikum beschäftigt, z. B. der Pairie, der Reform, wäre durch ihre historischen Momente so weit zu führen, daß man sähe, worauf es ankommt, und die Resolution, welche gefaßt wird, vollständig zu beurteilen, als das Glied einer großen Reihe zu betrachten, instand gesetzt würde. Nach dem Abschlusse irgend einer Epoche, z. B. einer französischen Session, wäre dieselbe zu resümieren, bei dem Austritt eines Ministeriums seine Verwaltung zu untersuchen; Feldzüge und Kriegereignisse müßte man im Zusammenhang darstellen. Die großen Fragen der europäischen Politik müßten mit aller Freimütigkeit behandelt werden.

Zweitens: Preußische und deutsche Verhältnisse. Es würde zunächst darauf ankommen, den Gang und die Entwicklung preußischer Institutionen sowohl im ganzen darzustellen, als im einzelnen zu begleiten. Es wäre hier vorzüglich darauf zu sehen, daß man durch vernünftige Einwendung und begründeten Tadel zu ihrer Verbesserung beitragen dürfte. Indem man die Diskussion für die Modifikationen möglich machte, müßte man das Wesentliche festzuhalten, zu behaupten verstehen. Von der falschen Begeisterung für die allgemeinen Ideen müßte der Leser zu der wahren, nachhaltigen Liebe zum Vaterlande zurückgeführt werden. Hierbei wäre nun nicht zu vermeiden, auf die neukonstitutionellen Einrichtungen deutscher Staaten Rücksicht zu nehmen. Ohne sich mit ihnen und ihren Verfechtern in Krieg einzulassen, müßte man den Zweck des Staates von den Mitteln, diesen zu erreichen, unterscheiden. Es gibt doch ein höchstes Bedürfnis, ich meine der Sicherheit, der ruhigen, ungehinderten Entfaltung, des Rechts und des Gesetzes, der inneren Stärke. Die Frage, auf

welcher Seite die Erfolge sind, wäre so schwer wohl nicht zu beantworten. Man wird die Gegner nicht zu sich bekehren wollen. Man wird nur die eigene Tendenz aussprechen. Wie wichtig dies ist, leuchtet unter anderem aus folgender Betrachtung hervor. Bei den Bewegungen im Jahre 1830 war es nicht Preußen, dem sich die Nachbarn verähnlichen wollten? Von Sachsen ist es weltkundig. Allein es gibt kein faßliches Wort für die preußische Richtung: seine Linie ist nicht bezeichnet. Der Erfolg war, daß dort die Bewegung in eine neukonstitutionelle umschlug und die neue Verfassung, statt sich an Preußen anzuschließen, sich ihm entgegengesetzte. In dieser Beziehung wäre die unendliche Entwicklungsfähigkeit eines deutschen, gesetzlichen monarchischen Staates gegen die Beschränktheit einer geschriebenen Konstitution, über deren Auslegung man sich allemal entzweien muß, gegen die fade Entscheidung der Stimmenmehrheit in dem Kammer-systeme herauszuheben. Es ist augenscheinlich, daß eine ganz andere Garantie in dem jahrhundertlangen ungeirrten Fortgang einer großen Monarchie liegt, die von ihrer Linie nicht abweichen kann, ohne sich zu zerstören, als in dem Mehr oder Weniger von ein paar Stimmen, die, wenn nichts Schlimmeres, doch überredet werden können. Und was sucht man in Deutschland anders als die Garantie?

Diese beiden Teile würden die wesentlichsten Punkte der Beobachtung und Erörterung enthalten und umfassen. Allein es wäre damit noch nicht getan; um einer freien und einer vielseitigeren Richtung willen würde noch ein dritter Teil hinzuzufügen sein.

Bewegung und Widerstand sind nicht von heute: sie waren immer; sie sind nicht allein in der Politik, sie sind in jedem Zweige menschlichen Thuns und Treibens. Alles verknüpft sich: die Vergangenheit mit der Gegenwart, die verschiedenartigsten Bestrebungen mit dem Zentralleben des Staates. In dieser Rücksicht würden wir den dritten Teil allgemeinen Darstellungen historischen und literarischen Inhalts widmen. In der Historie liegt eine unerschöpfliche Belehrung, und jeder wichtige Moment hat unfehlbar einen Bezug zu uns. Es wäre nur darauf zu sehen, daß die Vergangenheit in demselben Geiste betrachtet würde, wie wir die Gegenwart aufzufassen suchen. Bei allen anderen literarischen Aufsätzen müßte außerdem die Beziehung auf den heutigen Tag unmittelbar in die Augen springen. Hieran würde sich in einem Anhange eine Übersicht der Tagesmeinung aus Journalen und

Flugschriften reihen können. Man müßte aus jenen nur die wichtigsten, bezeichnendsten aufnehmen; in Rücksicht der zweiten wären Rezensionen, als für welche allenthalben gesorgt ist, minder wünschenswert als kurze Auszüge nicht des Gesamtinhalts, sondern des Pikanten. Sehr oft würde die Zusammenstellung, mit einem bezeichnenden Worte, hinreichende Widerlegung oder Würdigung sein.

(Alles dies würde in Hefte, die nach Maßgabe der Materialien entweder zwanglos oder in bestimmten Zwischenräumen erscheinen müßten, zu verteilen sein.)

Auf diese Weise würde man nach und nach alles erschöpfen, was ein denkender Zeitgenosse zu erfahren wünschen kann. Doch würde es nur unter einigen besonderen Bedingungen ausgeführt werden können.

Bedürfnisse.

Indem man nur Belehrung und Erkenntnis, Überzeugung, nicht Überredung beabsichtigt, ist es notwendig, eine solche Wirkung möglich zu machen. 1. Dann müssen die Herausgeber¹⁾, von denen vorausgesetzt wird, daß sie das persön-

¹⁾ Nach den Verhandlungen, die über die Zeitschrift geführt wurden, sollte neben Ranke bei ihrer Redaktion Eichendorff mitwirken. In Bernstorffs Schreiben vom 16. September 1831 wurde über ihn geäußert, er habe sich zwar bis jetzt vorzüglich nur durch poetische Arbeiten einen Namen in der literarischen Welt erworben, besitze aber eine mehr als gewöhnliche allgemeine Bildung und verbinde mit ihr die Erfahrung eines mehrjährigen Geschäftsmanns, welche ihn zur Auffassung und Würdigung praktischer Gesichtspunkte besonders geeignet mache. Eichendorff, der als Rat bei dem Königsberger Oberpräsidium angestellt war, wurde damals bei dem Kultus- und dann bei dem Ministerium des Auswärtigen in Berlin kommissarisch beschäftigt, erlangte aber nicht, wie er wünschte, eine definitive Anstellung in einem dieser beiden Ministerien. Einige Mitteilungen hierüber enthalten seine im Rep. IV des Geh. Staatsarchivs verzeichneten Personalakten; dagegen bieten sie keine Aufklärung über sein Verhältnis zu der Historisch-politischen Zeitschrift. Wohl aber ist aus Briefen von Perthes und Ranke zu ersehen, daß es zu der in Aussicht genommenen Mitredaktion Eichendorffs nicht kam. Eichhorn schrieb am 6. November 1832 an Ranke, er übersende ihm einen Aufsatz von Eichendorff für die Zeitschrift, „der schon lange bei mir gelegen hat. Es wurde mir schwer, daran zu gehen, ihn zu lesen. Erst heute kam ich aus einer besonderen Veranlassung dazu und fand, daß er sehr gute Stellen enthält. Deshalb glaubte ich

liche Vertrauen genießen, ich will nicht sagen die Erlaubnis, nein die Verpflichtung haben, ihre eigene Überzeugung gewissenhaft auszusprechen. Zeigen sie sich befangen, unfrei, abhängig, so werden sie nichts wirken. Die Sache nach bestem Vermögen zu durchdringen und parteilos darzulegen, das allein kann ihre Verpflichtung gegen Regierung und Publikum sein. In dieser Rücksicht tragen sie zunächst auf eine bestimmte Erklärung über das Verhältnis an, in welchem sie zur Zensurbehörde stehen werden. Sie verbergen sich nicht, wie bedenklich ihre Stellung gerade durch ihre Emanzipation wird. Allein sie hegen das Vertrauen, daß man sie selbst um eines Irrtums willen nicht fallen lassen werde, da die Quelle eines solchen nie in einem Mangel an gutem Willen gefunden werden soll.

2. Ferner müssen die Herausgeber durch Mitteilung von Materialien unterstützt werden. Der zweite — preußisch-deutsche — Hauptteil läßt sich ohne solche nun gar nicht verfassen. Wie wollte man sonst von dem Geist und der Wirkung preußischer Institutionen gründlich reden? Aber auch der erste bedarf ihrer sehr. Wenn es schon notwendig ist, 1) die wichtigsten Zeitschriften und Zeitungen des Auslandes, 2) die merkwürdigen Flugschriften von London und Paris sobald als möglich zu erhalten, so werden doch bei der Unzulänglichkeit und Unzuverlässigkeit der einen wie der andern, 3) noch andere Mitteilungen über die Lage der Dinge, die dem hohen Ministerium amtlich zugehen dürften, unentbehrlich sein. Gerade diese, die man mit eben so viel Discretion als Wahrheitsliebe benutzen müßte, würden der Zeitschrift ihren eigentümlichen Wert geben. 4) Um aber nicht dennoch irre zu gehen und um die Linie der preußischen Politik nicht zu verfehlen, würden bestimmte Zusammenkünfte mit einem der leitenden Mitglieder des hohen Ministeriums und in dringenden Fällen Audienz bei des Herrn Ministers

Ihnen denselben, wenigstens zur Prüfung, nicht vorenthalten zu dürfen.“ Dieser Aufsatz war wohl identisch mit dem aus Eichendorffs Nachlaß im 3. Bande der von Franzos herausgegebenen Deutschen Dichtung S. 225 ff. abgedruckten „Über Preßfreiheit“, und Ranke veröffentlichte ihn nicht, weil er selbst schon ähnliche Gedanken über dies Thema in der Zeitschrift ausgesprochen hatte. Vielleicht hatte Eichendorff ursprünglich für diese auch die 1866 aus seinem „Literarischen Nachlaß“ publizierte Abhandlung über Staatsverfassungen bestimmt.

Exzellenz unumgänglich sein. Die Herausgeber ersuchen um möglichst genaue Bestimmung dieser Zugeständnisse.

3. Was das Persönliche anbelangt, so wäre wohl einmal darauf zu sehen, daß es den Redaktoren möglich gemacht würde, sich einem so wichtigen Unternehmen mit vollen Kräften zu widmen. Ihr Verhältnis untereinander könnte durch eine Art von Instruktion bestimmt werden.

4. Mit dem Buchhändler würde ein genau bestimmter Vertrag aufzurichten sein, der sich sowohl auf den Fall des Verlustes als des Gewinnes beziehen müßte.

5. Endlich wäre durch das hohe Ministerium selbst auf Mitarbeiter Bedacht zu nehmen. Nicht viele Namen würde man wünschen, sondern wenige bedeutende Männer, welche ernstlich teilzunehmen entschlossen wären. Vorzüglich würde es erwünscht sein, wohlgesinnte und umsichtige Staatsmänner aus den auswärtigen deutschen Staaten, welche den Mut hätten, ihre Meinung zu äußern, durch den Weg der Gesandtschaften zu gewinnen. Unter diesen Bedingungen, nach guten Vorbereitungen, würde man eine Zeitschrift einrichten können, die als ein Archiv der Zeitgeschichte, als ein Archiv der preußischen Staatsverwaltung für immer Wert behielte; eine Zeitschrift, welche, recht ausgeführt, alles übertreffen müßte, was bisher in diesem Zweige geleistet worden, und von der, da sie nichts als Wahrheit beabsichtigt und die offene Wahrheit noch immer den Platz behauptet hat, einige Wirkung auf die öffentliche Meinung zu erwarten wäre.“

Es verdient wohl hervorgehoben zu werden, mit welchem Nachdruck in diesen an den Minister gerichteten Ausführungen Ranke, dem so oft bedenkliche Rücksichtnahme auf hohe Kreise vorgeworfen worden ist, betont, daß die Herausgeber der Zeitschrift nichts wirken könnten, wenn sie sich unfrei und abhängig zeigten, und wie Bernstorff sein volles Einverständnis mit dieser Anschauung erklärte. „Namentlich“, so hieß es ausdrücklich in der vom 20. November datierten Antwort des Ministers an Ranke, „stimme ich Ihnen vollkommen darin bei, daß die Zeitschrift ihren Zweck nur alsdann erreichen wird, wenn sie es sich zur Aufgabe macht, die politischen Erscheinungen der neuen und älteren Zeit nicht nach dem Maßstabe der gangbaren, von

eigentlicher Wissenschaft wohl zu unterscheidenden Theorien, sondern nach ihren inneren Bedingungen, unter steter Auffassung der praktischen Interessen, des Notwendigen und Ausführbaren unbefangen zu prüfen, zu beurteilen und darzustellen, eben dadurch aber, ohne eigentliche Bekämpfung solcher Theorien, vielmehr mit Anerkennung des Teils der Wahrheit, den sie in sich haben mögen, dieser parteilosen Wahrheit, als dem Resultate reiner und unbefangener Beobachtung einen würdigen Ausdruck zu verschaffen; daß dazu ein gründliches Untersuchen und ein die Wahrheit ehrendes Ausprechen unentbehrlich sind, liegt in der Natur der Sache. Beides wird der Redaktion durch den obigen Zweck der Zeitschrift ebensowohl als durch das ihr zugewendete besondere Vertrauen verbürgt.“ Um von diesem Vertrauen der Redaktion einen Beweis zu geben, wurde ihr Selbstzensur bewilligt, wie schon länger solche den Herausgebern der Halleschen Literaturzeitung zustand, und suchte das Ministerium auch die materiellen Bedürfnisse des Unternehmens und des Herausgebers möglichst nach dessen Wünschen zu befriedigen. Für seine Redaktionsarbeit wurde Ranke eine jährliche Remuneration von 600 Talern gezahlt; als er Eichhorn im Frühjahr 1832 bat, sich bei der Unterrichtsverwaltung dafür zu verwenden, daß Ranke eben wegen seiner Arbeit für die Zeitschrift von Abhaltung einer Vorlesung dispensiert würde, die er für das Sommersemester angekündigt hatte, wurde dieser Bitte sofort entsprochen, und um ihm für die Dauer eine seinen Leistungen entsprechende Stellung in Berlin zu schaffen, vereinigten sich die beiden Minister des Auswärtigen und des Kultus zu einem Antrag an den König, infolgedessen Ranke 1833 zum ordentlichen Professor ernannt wurde.¹⁾

¹⁾ Wie dies Schreiben der beiden Minister, finden sich auch im Text benutzte Briefe Rankes vom 1. und 21. November 1831 und vom 30. April 1832 im Geh. Staatsarchiv in Berlin Rep. IV, n. 205. Ergänzt werden ihre Mitteilungen durch die im Hamburger Stadtarchiv aufbewahrten Papiere von Perthes, namentlich ein Schreiben von ihm an Heinrich Ritter vom 22. April 1833.

Auch bei der Beschaffung von Materialien und Mitarbeitern für die Zeitschrift bemühte sich das Ministerium den Herausgeber zu unterstützen; wie Ranke darüber sich auch mit ihrem Verleger zu verständigen strebte, wie große Schwierigkeiten aber sich ihren Bemühungen entgegenstellten, zeigen mehrere Briefe, die er an Perthes richtete. Dieser hatte starke Bedenken gegen die Gestalt, die Ranke dem von ihm angeregten Unternehmen gegeben hatte; er war überzeugt, daß die breite Klasse der Leser, auf die einen politischen Einfluß zu üben ihm vor allem nötig erschien, nur getroffen werde, wenn man ihr regelmäßig ein nicht zu umfangreiches Heft liefere, in dem die wichtigsten Zeitereignisse einfach und würdig erzählt und dabei die „reinen und großartigen“ Ansichten und Absichten der preußischen Regierung erläutert würden. Auf sie könne man nicht durch historisches Raisonement wirken, wie es Ranke beabsichtigte; auch Mitarbeiter, befürchtete Perthes, ließen sich für ein nach dessen Gedanken umgestaltetes Journal viel schwerer gewinnen. So wollte er auch vom Verlage zurücktreten; nur durch dringende Vorstellungen über die Unannehmlichkeiten und Nachteile, die daraus erwachsen würden, vermochten ihn die Berliner Gesinnungsgenossen, mit denen er über das Unternehmen verhandelt hatte, zu bestimmen, diese Absicht nicht auszuführen; doch besorgte Ranke, wie er ihm am 24. Dezember schrieb, auch damals noch, Perthes sei „mit der Gestalt in der wir auftreten wollen, noch immer nicht ganz einverstanden. Allein, bekennen Sie, es gibt keine andere, bei der nicht viele Schwierigkeiten wären. Sollen wir eine Zeitung machen und mit der Staatszeitung, eine Wochenschrift und mit Jarcke rivalisieren? Wenn es nicht zu einer eigentlichen Monatsschrift kommt, wenigstens nicht gleich von Anfang, so liegt das in dem Mangel an Materialien und an Mitarbeitern. Sobald es möglich sein wird, soll sogleich diese Form ergriffen werden. Aber es muß Hoffnung da sein, es ohne Lückenbüßer und Plattitüden tun zu können. Man kann auf die öffentliche Meinung doppelt wirken. Entweder, in-

dem man sie im einzelnen zu regieren zu bestimmen sucht, was eine große schon erworbene Sicherheit, eine bestimmte Politik ohne alles Schwanken voraussetzt, oder indem man durch wissenschaftliche Erläuterung, durch tiefer eingehende Betrachtung ihre inneren Momente zu modifizieren bemüht ist. Das letzte muß wohl unsere Absicht sein, zumal da es das erste schlechthin nicht sein kann. Ich möchte liefern, was nicht von der Flut des Tages sogleich wieder weggeführt würde: — nicht wiederholen was andere gesagt, — nicht auch einen Winkel bilden, aus dem man nur das zusammenhallende Echo verschiedener Weltgegenden, oder gar nur einer vernehme; ich möchte für originale deutsche Politik einen Mittelpunkt bilden: und zugleich nur auf der Spur der Wahrheit wandeln. Ich freue mich auch meinerseits über das Unternehmen des Pertz.¹⁾ Ich hoffe an ihm einen Verbündeten zu finden. Einige Stellen seiner Ankündigung stimmen sehr genau mit den Worten meines erneuerten Planes, der das erste Stück eröffnen soll, überein. Sein Fall ist ganz der meine. Unsere Stellung ist aber auch völlig frei; und wir sind nur auf unsere beste Überzeugung verpflichtet. Fassen Sie also wieder ein Herz zu diesem Unternehmen, zu dem Sie ja selbst so viel beigetragen haben und beitragen sollen. Recht ausgeführt, kann es allmählich die erste Zeitschrift in Europa werden. Vor allem wäre nun auf Mitarbeiter zu denken. Unter Ihren Bekannten wäre wohl von Dahlmann und Ihrem Geschichtschreiber aus Upsala etwas zu erwarten? Aber Sie kennen ohne Zweifel noch viele andere Männer, die da wissen, praktisch erfahrene Männer von gutem Sinne, geistig regsam und ohne Exaltation. Hätten Sie wohl die Güte, sie uns zu nennen, und event. zu ihrer Herbeiziehung mitzuwirken? Glauben Sie mir, ich bin von der Wichtigkeit dieser Sache ganz durchdrungen: sie beschäftigt mich Tag und Nacht. Alles kommt darauf an, sie mit Vernunft, Mäßigung und ‚guter Rechtfertigung‘ anzufassen“.

¹⁾ Die Hannoversche Zeitung; vgl. unten S. 74 ff.

Ranke, Savigny und Eichhorn waren sehr erfreut darüber, daß Perthes nach diesen Auseinandersetzungen seine weitere tätige Mitwirkung zusagte. Denn, wie Ranke ihm am 24. Januar 1832 schrieb, hatte gerade die Arbeit für das erste Heft ihn noch stärker empfinden lassen, wie sehr er der Helfer bedürfe, da bis auf einen einzigen Korrespondenzartikel aus München er das Heft ganz allein hatte abfassen müssen. „Dies geht nun nicht weiter an. Einmal würde es mich absorbieren; sodann würde es dem Publikum unleidlich werden. Sie sind so gütig viel Gutes von mir zu sagen: ich weiß, daß auch auf der anderen Seite einiges gesagt werden kann; ich kenne mich genug, um zu wissen, wo es mir fehlt. Obwohl ich fest überzeugt bin, daß der Standpunkt in der Politik, den ich nehme, richtig und haltbar ist, so will ich doch dem Publikum nicht mehr beschwerlich fallen, als es unmittelbar notwendig ist, um diese Sache in Gang zu bringen. Lassen Sie uns denn unverweilt alle Maßregeln ergreifen, um geeignete Mitarbeiter zu gewinnen.“ So bat er Perthes, an einzelne von ihm genannte Autoren seines Verlages zu schreiben und da „es immer gut, wenn man für einen Mitarbeiter unmittelbar das hervorhebt, wovon man besonders wünscht, daß er es bearbeite, schon darum, weil es ihm den Gesichtspunkt ein wenig feststellt“, bezeichnete er sofort kurz und bestimmt, was darzustellen Perthes zwei Mitarbeiter an der europäischen Staatengeschichte ersuchen möge. Der „Geschichtschreiber aus Upsala“, Geijer, von dem eben 1832 der 1. Band seiner Geschichte Schwedens bei Perthes erschien, möge handeln „über die verschiedene Stellung von Schweden und Norwegen zu ihrer Regierung, über den Einfluß der allgemeinen Tendenzen des Zeitalters auf beide Staaten und inwiefern dieselben in althergebrachten Sitten und Gesinnungen Vorschub und Widerstand gefunden haben“ und die Arbeiten des Reichstages mit den Verhandlungen deutscher Stände und der französischen Kammern vergleichen. Der Verfasser der Geschichte der Niederlande Kampen möge darstellen, „wie es gekommen ist, daß die Holländer den Ein-

flüsterungen des europäischen Revolutionsgeistes so guten Widerstand geleistet, daß sie sich so eng an ihre Regierung angeschlossen haben und ob dies von Dauer sein dürfte, welche Vorteile Amsterdam, Rotterdam, Dortrecht usw. aus dem Verfall von Antwerpen ziehen, welche kommerziellen Nachteile Belgien aus seiner Absonderung haben wird, ausführlicher, welche Nachteile aus der belgischen Mitbenutzung der Kanäle entstehen müssen und inwiefern der englische Handel dabei interessiert war“. In ähnlicher Weise sollte ein Schweizer die Frage erörtern, „inwiefern die neuen Bewegungen der Schweiz auf wahren Bedürfnissen beruhten oder durch künstliche Mittel und falsche Nachahmung hervorgerufen waren“, und die neueren Verfassungen mit den älteren in Hinsicht auf ihre moralische Wirkung vergleichen. „Würde Wachsmuth über die sächsische Sache frei hinausgehen wollen, so wäre dies ganz erwünscht. Etwas Allgemeines würde ich nicht von ihm begehren, schon darum weil es dann leicht in den Ansichten allzugroße Verschiedenheiten geben dürfte. Worüber glauben Sie, daß uns Männer wie Lappenberg, Rist, Ulrich¹⁾ besonders Aufschluß geben könnten? Sie werden mir sehr willkommen sein. Ein großer Mangel ist, daß wir Niemand in Württemberg, Baden Hessen haben noch auch so leicht finden werden. Wissen Sie nicht vielleicht, wo sich Rehberg gegenwärtig aufhält? Ich kenne ihn gut und über Hannover kann niemand leicht besser Auskunft geben. Ich wünsche nur, daß mein erstes Heft niemandem den Mut benimmt noch die Lust, an einer Sache teilzunehmen, welche wohl ausgeführt ohne Zweifel Wirkung haben und Wert für immer behalten müßte. Glauben Sie nicht, daß ich mich großen Hoffnungen

¹⁾ Vgl. über Ulrich seines Freundes Eilers Wanderung durchs Leben 2, 224; 3, 326 ff., über die anderen Genannten die in den sie betreffenden Artikeln der Allgemeinen Deutschen Biographie verzeichnete Literatur und über Lappenberg besonders die Rede, die 1867 nach seinem Tode Ranke zur Eröffnung der Sitzung der Historischen Kommission in München hielt, in dessen Sämtlichen Werken 51/52, 526 ff.

überlasse. Anzufangen geziemt uns: gutzuheißen steht bei Gott.“

Das hier erwähnte erste Heft der Zeitschrift wurde im Februar 1832 vollendet und ausgegeben. An seine Spitze hatte Ranke den Plan gestellt, den er im November dem Ministerium eingereicht hatte; natürlich mußten dabei manche nur für dessen Augen bestimmte Sätze gestrichen oder geändert werden. Es hat einen eigenen Reiz, im einzelnen zu beobachten, wie Ranke diese Umgestaltung vornahm; eben um solchen Vergleich zu ermöglichen, habe ich oben den vollen Wortlaut der ursprünglichen Fassung von Rankes Programm abgedruckt. Wie dies, ist für ihn sehr bezeichnend auch die Art, in der er in den weiteren Artikeln der Zeitschrift seine Ausführung unternahm, wie er hier namentlich „die Revolution in ihrer eigentümlich französischen Natur aufzufassen“ und die durchgreifenden Unterschiede zwischen der französischen und der deutschen Entwicklung hervorzuheben suchte. Ebendeshalb warnte er vor Nachahmung der „Formen, welche die Franzosen in ihrem eigenen Interesse, das von dem unseren so verschieden ist, erfunden haben“ bei Betrachtung der „eigenen Aufgabe, die wir zu lösen haben: den echt deutschen Staat auszubilden, wie er dem Genius der Nation entspricht“. Er erinnerte daran, wie „alle geistigen Bestrebungen unserer guten Zeit, alle wissenschaftlichen Erwerbungen unserer großen Männer im Gegensatz gegen Frankreich gelungen“ seien. „Und der Staat, den die Franzosen überdies in Anschauung fremder Formen hervorgebracht, der aber ganz auf dem nämlichen Zusammenhang der Ideen, auf jener mechanischen Ansicht der Dinge, die ihnen so natürlich ist, beruht — den sollten wir nachahmen und herübernehmen! Nachdem wir sie in allen einzelnen Zweigen zurückgeschlagen, nachdem wir in jener großen geistigen Richtung weiterschreitend und zu den Waffen greifend, sie auch im Felde überwunden haben, sollten wir uns in dem wichtigsten Lebenselement, in der Form des Staates, an sie anschließen und ihre dürrn Erfindungen nachahmen? Es sei ferne! Alles was wir haben und

sind, alles, was wir in den Jahrhunderten unserer Vergangenheit erworben haben, lehnt sich dawider auf.“

Um auf die Bedeutung und den Charakter der Zeitschrift aufmerksam zu machen, wurden eben aus diesen Ausführungen Rankes über Frankreich und Deutschland längere Abschnitte in der Preußischen Staatszeitung abgedruckt; gleichzeitig empfahl Ranke in einem Brief vom 20. Februar Perthes, er möge das Heft an Paul Pfizer senden, bei ihm anfragen, ob er Lust habe, auf die hier eingeschlagene Richtung einzugehen und ihn in diesem Fall um eine kritische Würdigung der in Württemberg „zu erwartenden Ständeverhandlungen aus allgemein deutschen Gesichtspunkten, jedoch vornehmlich aus den Tatsachen selbst“ ersuchen. Wie Ranke hervorhob, kam es ihm vor allem darauf an, daß Pfizer, der „gut schreibe und sich noch weiter ausbilden“ werde, „faktische Aufklärungen über die Zusammensetzung der Kammern in Württemberg, das angebliche Wahlkomitee, die darin repräsentierten Interessen, den Einfluß der Journale usw.“ liefere. Ebenso wünschte er von Lappenberg „eine ganz unparteiische Zusammenstellung und Würdigung des Für und Wider bei der Reformbill aus englischen Ansichten“, eine Besprechung des Verhältnisses des Hamburger Handels zu England und zu Preußen seit 1815, der Beteiligung der Hansestädte bei der belgischen Frage, des „Freibriefes der ostindischen Kompagnie, an die sich eine Entwicklung der ostindischen Verhältnisse überhaupt schließen könnte, so authentisch und englisch wie möglich“. Rist möge, schlug er vor, die holsteinischen Zustände schildern, Ulrich erörtern, „was in der Rheinprovinz seit 1815 geschehen ist, den wahren Grund, warum man die Städteordnung abgelehnt hat, inwiefern das öffentliche Gerichtsverfahren national geworden und welche Einwirkung es auf den Volkscharakter gehabt hat, ob nicht in der Rheinprovinz ein Interesse wider die allgemeinen Reichsstände vorhanden ist, da ihr Vorteil zu erheischen scheint, etwas Besonderes zu bleiben“. Wie in Rankes Programm, tritt in mehreren seiner Briefe an Perthes sein besonders lebhaftes Inter-

esse für die Entwicklung Sachsens hervor; Perthes hatte angeregt, ob nicht Aufklärung über diese von dem leitenden sächsischen Minister von Lindenau zu erbitten sei. Auch Ranke hielt es für erwünscht, wenn der Minister selbst berichtete, „inwiefern er seine doktrinären Ansichten ausführbar findet. Ich bitte Sie, sehr leise zu gehen. Es wäre höchst erwünscht, wenn er unsere Richtung billigte, allein die Frage ist, ob er's tut. Schreiben Sie nur: und könnten Sie ihm nicht just obige Frage als Freund vorlegen?“

Perthes schrieb, sofort nachdem er Rankes Brief erhalten hatte, dessen Wünschen entsprechend an alle eben Genannten und an den Marburger Kirchenrechtslehrer Bickell¹⁾, über den Ranke ihm nichts hatte sagen können, der aber durch Savigny als Mitarbeiter empfohlen war und daraufhin nun aufgefordert wurde, in ähnlichem Sinn, wie er sich über protestantische Kirchenverfassung geäußert, auch politische Fragen zu besprechen, „etwa die verschiedenen Interessen der einzelnen Landesteile, die wesentlichen Differenzen zwischen der Regierung und den Ständen, die Nachwirkungen der Jeromeschen Verwaltung oder eine Vergleichung der westfälischen Stände mit den gegenwärtigen“. Bei Lindenau fragte Perthes an, ob nicht auch er es für rätlich halte, „auf die öffentliche Meinung zu wirken, über sächsische Angelegenheiten Ausgeführtes, Auszuführendes, Nichtausführbares: Absichten, Wünsche, Hindernisse Mitteilung zu machen an drittem unbefangenen Ort. Möchte dazu unsere Zeitschrift als würdiges Organ befunden werden! Vermittler zur Aufnahme kann ich sein, ohne daß die Redaktion von der Quelle Kunde bekommt“. Besonders eingehend aber schrieb Perthes an Pfizer. Da dieser ihn persönlich nicht kannte, berief er sich für seine vaterländische Gesinnung auf seine Tätigkeit im „Verein zur Bewahrung deutscher Sprache und Literatur, wofür

¹⁾ Über Bickell vgl. Dove in der Allg. Deutschen Biographie 2, 614 f., die hier verzeichnete Literatur und Wilhelm Grimms Kleinere Schriften 4, 618.

das Deutsche Museum¹⁾ 1811 Vehikel war“, und auf seine „Teilnahme an dem Hamburger Aufstand, weshalb Davout mich von der Amnestie ausschloß. Befreiung vom Staats- und geistigen Joch der Fremden war damals mein Ziel — Einheit der deutschen Nation, freie Entwicklung derselben auf eigenem Boden in eigenem Geist ist mein jetziges Streben — so das Ihrige auch. Mittel und Wege dazu können unter uns verschieden und werden es wohl einigermaßen sein, denn mehr oder weniger sind die Süddeutschen doch vom Hauch aus Westen getroffen — ich war es nie. Doch dies darf Männer, die einen Zweck haben, nicht trennen. Zur Sache. Es erfolgt hier das erste Heft der Historisch-politischen Zeitschrift — es ist eigentlich nur einleitend, um die Richtung klar erkennbar zu machen. Grund und Veranlassung davon ist die Notwendigkeit, mit historischer Gründlichkeit auf die öffentliche Meinung einzuwirken, welche immer mehr unter dem Einfluß von Unberufenen, Schwätzern, Brotschreibern und Intriganten zu verderblichem Feuer auffordert, in welches absolutistische Eiferer Öl gießen, welches angeschürt wird durch fruchtlose Zensur und Verbote. Man sieht das Unternehmen dieser Zeitschrift nicht ungern in Berlin, aber die Redaktion steht durchaus frei. Die Wohlfahrt des Gesamt Vaterlandes im Auge und Herz wird die Redaktion das gesonderte Interesse eines Teils derselben nicht fördern wollen, nicht zu den Versuchen, die freie Entwicklung der Nation hemmen zu wollen, die Hand bieten. Der Verleger wird das nie — aber er sieht den preußischen Staat für Deutschland, wie er jetzt steht, als einzigen Stützpunkt der Rettung an — solcher Ansicht sind auch Sie. Die Zeitschrift wird in Süddeutschland als Oppositionsjournal angesehen werden — wohl es sei Opposition — man halte sie nieder, aber mit gerechten Waffen, mit Gründlichkeit. Sehen Sie das Heft an, prüfen Sie — widerspricht die Richtung nicht, so wirken Sie

¹⁾ Vgl. über das Deutsche Museum Perthes' Leben 1^o, 165 ff. und Steig, Kleists Berliner Kämpfe 467.

mit! Es kommt auf Faktisches an — Betrachtung, Raisonement muß vermieden werden. Wer beitragen will, kann ausgearbeitete Aufsätze liefern oder auch nur Materialien zur Verarbeitung. Der gedruckte Bogen wird mit drei Friedrichsd'or honoriert“. Mit Rankes Worten teilte dann Perthes mit, was von Pfizer besonders begehrt werde, und machte auch ihn darauf aufmerksam, seine Mitteilungen könnten an den Verleger gehen; „ich schreibe selbst ab oder lasse es durch meine Hausgötter tun und vernichte dann das Manuskript — so kann selbst der Redaktion die Quelle verborgen bleiben“.

Pfizer aber konnte sich nicht entschließen, auf den ihm so warm empfohlenen Antrag einzugehen. Jede Teilnahme für Preußen, schrieb er am 24. März an Perthes, „würde mir, wie die Sachen jetzt stehen, als ein Abfall von der Sache der Volksfreiheit ausgelegt werden, mich in den Augen meiner Landsleute brandmarken und mir alle Hoffnung, auf ihre Ansicht und Gesinnung einzuwirken, ganz zerstören; denn der Unwille gegen Preußen ist besonders infolge seines Benehmens gegen die Polen bei uns so groß und so allgemein, daß selbst die abgesagtesten Franzosenfeinde seinen Namen selten ohne einen Ausdruck des Abscheus oder der Verachtung aussprechen“. „Die Zeit“, so schloß er, „ist noch nicht gekommen, wo auch ein Süddeutscher mit Ehren auf jene Seite treten darf, ohne einen Verrat an den Seinigen zugunsten derer zu begehen, die ihn am Ende doch verleugnen würden, und ich kann es nicht über mich gewinnen, als Gegner alles Fremden, bloß darum, weil es bei uns bis jetzt das Bürgerrecht noch nicht erhalten hat, in dem Augenblick aufzutreten, wo wir auf das diesem Fremden entgegengesetzte Einheimische, das im Grunde nicht minder un-deutsche Preußentum so wenig Ursache haben stolz zu sein, noch hätte ich den Mut, das deutsche Volk mit seinen Wünschen, seinen Erwartungen und Forderungen auf die gegenwärtig in Berlin herrschende Partei zu ver- trösten. Nach dieser Darlegung meiner Gründe werden Sie es sicher nicht mißbilligen können, wenn ich, für

jetzt wenigstens, einem Unternehmen fremd bleibe, an dem teilzunehmen ich mir unter anderen Verhältnissen und wenn die Zeit der Stein und Hardenberg nicht vorüber wäre, zum Glück und zur Ehre schätzen würde.“¹⁾

Diese Worte bestätigen und ergänzen die Mitteilungen, die über Pfizers Haltung Notter und Treitschke gemacht haben. Hat Treitschke nachdrücklich die Gefahren des Eindringens des französischen Liberalismus in Deutschland betont, so ist doch auch von ihm anerkannt worden, welch „unverwüstliche Kraft treuer Vaterlandsliebe der süddeutsche Liberalismus barg, der so blind für Deutschlands Feinde schwärmte“, wie „in einem Wust von Torheiten und halbreifen Einfällen einige gesunde Ideen“ auch in der süddeutschen Presse, ja auch in Rottecks Annalen²⁾

¹⁾ Leider ist von diesem Brief Pfizers, aus dem einige Sätze, allerdings nicht ohne Änderungen, schon Clemens Theodor Perthes in der Biographie seines Vaters 3^e, 367 mitteilte, in dem Hamburger Stadtarchiv nur das letzte Blatt erhalten. Vgl. über Pfizer Th. Schott in der Allg. Deutschen Biographie 25, 668 ff., die hier verzeichneten Aufsätze von Lang und Notter; Treitschke, Deutsche Geschichte 4, 257 ff. 277 f. 289 ff. 370; Kaufmann, Politische Geschichte Deutschlands im 19. Jahrhundert 252 ff.; Stern, Geschichte Europas 4, 298 ff.; Schwemer, Restauration und Revolution 57 ff.; Zwiedineck-Südenhorst, Deutsche Geschichte 1806—1871 2, 213 ff.; Wilibald Alexis, Schattenrisse aus Süddeutschland 127; Immermanns Reisejournal im 2. Bande seiner Schriften 193 ff. und Jakob Grimms Brief an Hupfeld vom 13. Dezember 1831 bei Stengel, Beziehungen der Brüder Grimm zu Hessen 2, 265.

²⁾ Besonders beachtenswert erscheint mir, daß in diesen auch die Kritischen Bemerkungen von O. W-r. über den Zustand Frankreichs veröffentlicht wurden, freilich nicht minder, daß der Herausgeber, indem er sie abdruckte, sofort hervorhob, er halte „die französische Nation nicht für so arm an intellektuellen, moralischen und politischen Kräften als der Verfasser, und andererseits halte er dieselbe auch nicht für so gefährdend der Selbständigkeit und Integrität der übrigen Staaten, namentlich Deutschlands als abermal der Verfasser“. Über die liberale Publizistik im deutschen Südwesten vgl. die im 4. Bande der Geschichte Europas von Stern, in dem Buche von Prölss über das junge Deutschland und in der Heidelberger Dissertation von G. H. Schneider über den Preß- oder Vaterlandsverein angeführten Schriften und die Selbstbiographie von Gervinus S. 233 ff.

zutage gefördert wurden, und namentlich von wie großer Bedeutung gerade gegenüber der unter seinen Landsleuten vorherrschenden Stimmung es war, daß ganz andere Töne gegenüber Franzosen und Preußen der echte Schwabe Paul Pfizer anschlug, daß er mit politischem Seherblick und dichterischem Schwung für Deutschlands Einigung unter Preußens Führung eintrat. Schon Guglia hat in seiner Biographie Rankes hervorgehoben, daß ähnlich wie Ranke in den oben mitgeteilten Sätzen der Historisch-politischen Zeitschrift bereits im Jahr zuvor Pfizer davor gewarnt hatte, die Franzosen zum Muster zu nehmen, „ausschließlich in ihrer Schule Politik und Staatswissenschaft zu lernen“. „Alles Echte und Wahre, so war auch schon in seinem Briefwechsel zweier Deutschen zu lesen, kann nur selbständig erzeugt, nie durch sklavische Nachahmung erkünstelt werden und in ihren glänzenden Eigenschaften werden wir vergebens mit den Franzosen wetteifern; aber dadurch, daß wir unsere eigenen Wege gehen, können wir eine zum mindesten ebensogroße Nation werden. Auch wir haben unsere volkstümlichen Tugenden wie unsere nationalen Bedürfnisse und Gebrechen, für die kein Universal- und Modemittel, Liberalismus genannt, existiert.“ Und mit Ranke stimmte Pfizer auch in der Anerkennung großer Leistungen Preußens in der Vergangenheit und seiner großen Vorzüge in der Gegenwart überein. Gegenüber dem „alten und starren katholischen Österreich“ pries er den „jugendlichen protestantischen Staat, der seinen Ruhm darin sucht nichts zu unterlassen, was ihn zum Mittelpunkt deutscher Geistesbildung machen kann, sein wohlwollendes beim Volk beliebtes Fürstenhaus, seine aufgeklärte und konsequente Regierung, seine musterhaft geordnete Verwaltung, sein System der Volksbewaffnung, das in seinen Grundsätzen gerechter und in seinen Erfolgen wirksamer ist als irgend ein Militärsystem Europas, endlich sein Volksgefühl, wodurch die Preußen vor allen deutschen Stämmen sich auszeichnen und ihren Anspruch auf die erste Stelle unter denselben bekräftigen“. Diese ihm bestimmte Stelle hoffte er Preußen bald einnehmen

zu sehen, wenn es seine Aufgabe richtig erkenne: eben an diesem Punkte aber gingen nun Pfizers und Rankes Gedanken auseinander. Auch Pfizer verkannte nicht, daß, wenn manchen preußischen Institutionen bisher „eine gewisse Magerkeit und Dürftigkeit anlebe“, Preußen bis jetzt noch keine Preßfreiheit und keine allgemeine Volksvertretung besitze, dies nicht „einem illiberalen Geist der preußischen Regierung oder einem servilen Sinn des preußischen Volkes, sondern der noch nicht gehörig konsolidierten Stellung“ Preußens zuzuschreiben sei, bei der es nötig zu vermeiden, was irgend einen inneren Zwispalt aufregen könnte, und „die Zügel straff anziehen“. Diese Notwendigkeit aber falle fort, so führte er weiter aus, „sobald es das Ziel seiner Bemühungen und eines gerechten Ehrgeizes erreicht und dadurch einen Zuwachs an Macht erhalten, der seine politische Existenz und seinen Rang in der großen Staatenfamilie auf unerschütterlichen Grundlagen feststellt“; dann löse sich auch der Gegensatz Preußens gegen das übrige Deutschland und damit sei auch „der Entwicklung eines öffentlichen Lebens, der Wechselwirkung und dem Kampf verschiedenartiger Kräfte im Inneren Raum“ geschaffen. Daß Preußen diese Bahn betreten, daß seine Regierung den Übergang von unbeschränkter Selbstherrschaft zu einem zeitgemäßen „konstitutionellen System finden“ werde: das hoffte er um so mehr, da nach seiner Überzeugung das konstitutionelle System „eine unabweisbare Forderung der Zeit und für die deutsche Nation als solche ein weit dringenderes Bedürfnis als für die einzelnen Provinzen geworden“ sei. Er wollte auf Deutschlands Thron den stärksten deutschen Staat erheben, den zu solcher Stellung der größte königliche Vertreter der Aufklärung und Steins Reformen befähigt hatten, von dem Pfizer überzeugt war, daß ihm „bräutlich Luthers Tochter winke“, und daß er durch „Friedrichs und Blüchers Schwert“ der deutschen Nation die ihr verlorene Macht zurückgewinnen werde; um so schmerzlicher empfand er, wenn die Leiter Preußens, statt die Bestrebungen des größten preußischen Königs und der Patrioten der Reformzeit

fortzusetzen, mit den Häuptionern der Reaktion in Europa zusammenwirkten. Er sah in seiner nächsten Umgebung, wie dadurch die Abneigung gegen Preußen und der Einfluß franzosenfreundlicher Agitatoren in Süddeutschland gestärkt wurden; er glaubte seinen Landsleuten beweisen zu müssen, daß mit dem „undeutschen Preußentum“ auch er nichts gemein haben wolle. Deutlich ist schon in der zweiten Auflage seines Briefwechsels zweier Deutscher der Einfluß dieser Stimmung zu erkennen; gerade in diesen Blättern ist von ihrem Herausgeber kürzlich darauf hingewiesen worden, wie Pfizer dadurch zu Gedanken geführt wurde, die Vertretern des preußischen Staates bedenklich erscheinen mußten. Auf diese wichtigen und schwierigen Fragen näher einzugehen dürfte sich wohl erst nach weiteren Mitteilungen Meineckes empfehlen, die er in Aussicht stellte; jedenfalls würde ihre Erörterung über die Schranken dieses Aufsatzes hinausführen. Wohl erscheinen aber auch mit Rücksicht auf sie Pfizers Äußerungen aus dem März 1832 beachtenswert: besser noch glaube ich werden wir danach verstehen, wie schmerzlich ihn die Haltung der preußischen Regierung in den nächsten Jahren berührte. Sie erregte Mißstimmung auch bei den norddeutschen Patrioten, die ein der Historisch-politischen Zeitschrift gesinnungsverwandtes publizistisches Organ ins Leben gerufen hatten.

Wie der oben mitgeteilte Brief Rankes an Perthes vom 24. Dezember 1831 zeigt, waren beide sehr erfreut über die von Pertz herausgegebene Hannoversche Zeitung¹⁾, und wie sehr ihre Richtung mit dem Programm

¹⁾ Über die Hannoversche Zeitung s. namentlich Springer, Dahlmanns Leben I, 361 ff. Wie vortrefflich auch hier Springer aus den von ihm benutzten handschriftlichen Quellen das Wichtigste herausgehoben hat, davon konnte ich mich überzeugen, da Frau Geh. Rat Dahlmann mir gütigst gestattete, in dem von ihr aufbewahrten Nachlaß ihres Schwiegervaters den gehaltreichen und anziehenden Briefwechsel zwischen Dahlmann und Pertz einzusehen. Wer diese Schreiben von Pertz und seine Artikel in der Hannoverschen Zeitung gelesen hat, wird wie Ranke sich hüten, in das über Pertz in seinem Alter erhobene „Geschrei einzustimmen, das über seinen

der Historisch-politischen Zeitschrift übereinstimmte, das bewiesen deutlich schon der an der Spitze der ersten Nummer des neuen Blattes vom 1. Januar 1832 veröffentlichte Prospekt, in dem Pertz sich gegen die Allgemeingültigkeit politischer Theorien aussprach und nachdrücklich erklärte, die Hannoversche Zeitung werde weder servile noch liberale, sondern deutsche Farbe tragen, und die Worte, in denen bald darauf Jakob Grimm hier es als einen Vorzug des deutschen vor dem französischen Wesen pries, daß ein „Bewußtsein und Bedürfnis tieferer Ausbildung in Deutschland jenem ausgelassenen und unbehaglichen Liberalismus steuere, der in Frankreich alles Bestehende schonungslos einreißt und sich aus den dürren Banden eines Systems gar nicht zu erlösen vermag. Den gemeinen Liberalismus und Ultraismus sittigt und bändigt uns die festgewurzelte Achtung vor der Geschichte und das rechte Freiheitsgefühl; die Masse unseres Volkes, wenn ihm nur das Rechte und Billige gewährt wird, ist zu rechtschaffen und aufgeklärt, als daß sie sich in eins jener Extreme locken ließe. Schriften wie Rottecks, die man nur nicht verbieten sollte, damit die Leute ihrer müde werden, wirken mehr auf Kaufmannsdiener als auf Studenten, sowie Hallers Restauration mehr bei jungen Militärs als bei Studenten angeschlagen hat. Im ganzen ändern Jahrhunderte den Geist der Völker weniger als man glaubt. Die innere Bewegung der Reformation ging auf in Deutschland und ergriff auch einige Franzosen, die sie aber nicht festhalten konnten; die Anhänger der französischen Revo-

Mängeln seine Tugenden übersah“. Vgl. Rankes Bemerkungen über Pertz in seinen Sämtlichen Werken 53/54, 610 f., die von Wattenbach in der Allg. Deutschen Biographie 25, 410 verzeichnete Literatur, Harnack, Geschichte der Berliner Akademie in einem Band 700 f. und Lehmann, Stein 3, 498 f.; über die Hannoversche Zeitung außerdem Oppermann, Zur Geschichte des Königreichs Hannover 1, 70; Treitschke, Deutsche Geschichte 4, 163; Bunsens Leben 1, 397; Stengel, Beziehungen der Brüder Grimm zu Hessen 1, 267 f.; 2, 265; Jakob Grimm, Kleinere Schriften 7, 533 ff.; 8, 422 ff.; Wilhelm Grimm, Kleinere Schriften 4, 618 ff. und Hildburghäuser Dorfzeitung vom 14. Januar 1832, Nr. 9.

lution werden auf uns nur einen vorübergehenden, keinen dauernden Einfluß üben. Unser Trachten und Sinnen ist deutsch, nicht französisch“.

In dieser bestimmt nationalen und historischen Richtung stimmten mit Rankes und Savignys Anschauungen auch die anderen wichtigsten Mitarbeiter der Hannoverschen Zeitung überein: Jakob Grimms Bruder Wilhelm, Stüve, Kohlrausch und vor allen Dahlmann. Wie der ihnen gemeinsamen Verehrung für Goethe, Stein und Niebuhr hat er auch ihrem Gegensatz gegen den französischen Liberalismus besonders wirksamen Ausdruck gegeben; wie hoch er von Preußens Bestimmung dachte, zeigte die von ihm verfaßte „Rede eines Fürchten- den“, die am 19. Januar 1832 in der Hannoverschen Zeitung veröffentlicht wurde; ebendeshalb legte er höchsten Wert darauf, daß Preußen die konstitutionelle Bahn betrete. Doch in Berlin wurden solche Wünsche nicht erfüllt; vielmehr ersuchte der preußische Gesandte in Hannover dringend den Herausgeber der Zeitung, daß er nicht weiter solche aufregende Artikel publiziere, und gleichzeitig hörte beim Ordenfest König Friedrich Wilhelm III. „wohlgefällig zu, als Bischof Eylert in bedientenhafter Rede die Liebe zum Landesvater für die wahre preußische Verfassung erklärte und dies tapfere Volk mit glücklichen Kindern verglich“.¹⁾ Dahlmann wurde durch solche Vorgänge in der Überzeugung bestärkt, die er in seiner Rede ausgesprochen hatte, daß Preußen „schon längst den notwendigen Schritt der Berufung von Reichständen mit Entschlossenheit hätte tun sollen. Daß die französische Freiheit nicht die heilbringende sei, das wissen wir Nichtpreußen auch; ebenfalls, daß es mit der szenischen Erscheinung einer Ständeversammlung nicht getan sei, daß ein guter König etwas bedeute und eine in vielen Teilen löbliche Verwaltung u. dgl. mehr; aber wir wissen ebenfalls, daß es mit der halben Wahrheit nicht getan sei, und behaupten, daß die preußischen Wortführer des Gegenteils nicht mehr als höchstens

¹⁾ So Treitschke, Deutsche Geschichte 4, 275.

diese gesagt haben, unter beständigen Bemühungen, durch öftere Wiederholung dieser halben das Fazit einer ganzen herauszubringen. Ferne sei es, sie deshalb anzuklagen, insofern sie aus überreiztem Vaterlandsgefühl, durchdrungen von den Erinnerungen einer höherstehenden Zeit sprächen, aber ungern hören wir sie mit dem historischen Prinzip oder gar mit ihrem Christentum klimpern, am ungernsten, wenn sie von nötigen Vorbereitungsjahren reden, während welcher man auf dem Trocknen schwimmen lernen müsse, von ruhigen Zeiten, die man abwarten müsse, da es sich doch gerade darum handelt, ob man nicht wagen dürfe, ruhige Zeiten herbeizuführen. Preußen schritt wahrhaft vor, als es noch rege vorbereitete, auf die große Sache der Reichsstände, das Unternehmen wägend, rüstete; seit es diese auf unbestimmte Zeit zurückgeschoben, ist in den Grundeinrichtungen kein Fortschritt ersichtlich. Die Charaktere sind nicht kräftiger seitdem geworden, die Gesichter vornehmer und andächtiger, die Selbstbelobungen zudringlicher, ausgesponnener“. Als ihm nun Eylerts Predigt bekannt wurde, riet Dahlmann sie in der Hannoverschen Zeitung ganz abzudrucken „wie neulich des Präsidenten Jackson Botschaft. Sie ist in ihrer Art ebenso sprechend wie diese. Jackson will die Schuld ganz abtragen, der König von Preußen läßt sich von Gottes wegen ermahnen, immer schuldig zu bleiben“. Und in einleitenden Worten zum Abdruck der Predigt erklärte die Hannoversche Zeitung, sie könne sich nicht der Ansicht anschließen, daß in dieser Predigt ein Manifest der preußischen Regierung zu erkennen sei. „Wenn der König von Preußen nötig finden sollte, die Gründe auszusprechen, welche einer vollständigen Ausführung der verheißenen Einrichtungen für jetzt entgegenstehen, so würde dazu die Form einer offenen Bekanntmachung und eine Sprache gewählt sein, wie sie dem Könige zu Gebote steht, der die Jahre 1813 und 1815 mit heraufgeführt hat. Diese Predigt hingegen gleicht nicht der Sprache eines Königs, sondern anderen Predigten des 19. Jahrhunderts, aus denen ein christlicher Fürst um

deswillen endlich wegblieb, weil er die ihm an heiliger Stätte gespendeten Lobpreisungen nicht länger ertragen konnte.“ Bei der Stimmung, die sich in diesen Äußerungen kundgibt, behagte Dahlmann wenig der Ton der Historisch-politischen Zeitschrift; er empfand peinlich, wie auch in Artikeln des von ihm aufrichtig verehrten Savigny „der Charakter des politischen Quietismus“ ausgeprägt sei und war keineswegs einverstanden mit dessen Vorschlägen. „Aber so geht es einmal“, schrieb er an Jakob Grimm, „mit allen den Erfindungen, welche Surrogate der Ständeversammlungen sein sollen, die, was ich bei dem täglichen Anblick unzähliger Verkehrtheiten keinen Augenblick vergessen habe, dennoch die Regierung aufklären und der Willkür Schranken setzen wie keine andere Einrichtung sonst.“ Hatte Ranke auf Dahlmanns Mitarbeiterschaft bei der Historisch-politischen Zeitschrift gehofft, so dachte dieser schon nach Erscheinen ihres ersten Heftes daran, sich gegen ihre Grundsätze öffentlich zu erklären; diese Absicht auszuführen, hinderte ihn die Fülle anderer Arbeiten, die ihm damals oblagen.

Wie bedeutsam seine Gedanken und Forderungen waren, hat die weitere Entwicklung Preußens und Deutschlands gezeigt; mit Recht hat Marcks betont¹⁾, wie Dahlmann durch seine „Vereinigung der Anschauungen der historischen Schule mit den Forderungen der lebendigen

¹⁾ In der 22. Lieferung von Werckmeisters Buch: Das 19. Jahrhundert in Bildnissen S. 223. Vgl. außer den von Brandenburg in der 7. Auflage der Quellenkunde der Deutschen Geschichte Nr. 9964 angeführten Schriften auch Baumgartens Artikel in der Beilage zur Allgemeinen Zeitung vom 20. Februar 1886, Nr. 59 und Gustav Freytags Besprechung des 1. Bandes von Springers Biographie, die im 2. Bande seiner von Elster herausgegebenen Aufsätze wieder abgedruckt ist. Wie Dahlmanns Persönlichkeit auch von politischen Gegnern hochgeschätzt wurde, zeigen zwei im Hamburger Städtarchiv aufbewahrte Briefe von Heinrich Leo an Perthes vom 13. Dezember 1835 und 14. Januar 1836. Auch hier tritt uns der Unterschied zwischen Leo und Jarcke entgegen, der im Politischen Wochenblatt vom 28. Mai 1836 Dahlmanns Politik heftig angriff, sie als „gänzlich verfehlt“ bezeichnete und die „plumpe Unziemlichkeit“ von Dahlmanns Äußerungen über Gentz rügte.

Gegenwart, durch seine monarchisch-konstitutionelle Staatslehre, die sich das Mögliche und das Sittliche zum Ziel setzte, auf das Heilsamste erzieherisch“ wirkte und wie er durch den Hinweis „auf englische Muster die französischen Übertreibungen überwinden half“. „Allerdings, fügt Marcks hinzu, auch das englische Staatsleben hat er idealisiert, und an ihm, dem Gegner des Formalismus, mag den Heutigen noch vieles formalistisch-doktrinär und unpraktisch genug erscheinen“; schon damals fanden die Meister der Historischen Schule in Berlin manches in seinen historischen und politischen Anschauungen formalistisch-doktrinär und getrübt und beengt durch die Einseitigkeit, mit der Dahlmann seine konstitutionellen Forderungen betonte. Ranke hat ihn später einmal als einen Mann bezeichnet¹⁾, „in welchem sittlicher Adel und theoretische Kälte sich doch mit tiefer, innerer Leidenschaft für die Sache, die er einmal ergriffen hatte, verband“; unverkennbar war ein großer Unterschied wie in ihrer äußeren Erscheinung, so innerlich zwischen dem ethischen Politiker, der „die Zeugnisse seiner Gelehrsamkeit als ebensoviele Wechsel betrachtete, die er auf sich ausgestellt hatte, an das Vaterland“, der sich in erster Linie verpflichtet fühlte, „ein reiches Wissen in vaterländischen Tugenden auszuprägen“, und dem Historiker, der auch mit leidenschaftlicher Hingabe seinem Beruf sich widmete, diesen aber nur im Schauen und Erkennen sah, seine ganze Energie auf das Forschen, Denken und künstlerische Gestalten wandte. Und wie die Grundrichtung ihrer Naturen war manches verschieden auch in ihrer Entwicklung und Stellung, verschieden namentlich das Verhältnis dieser beiden Verehrer des preußischen Staates zu dem spezifischen Preußentum. Nachdrücklich hat Dahlmann die große soziale und politische Bedeutung der englischen Aristokratie anerkannt; da er sah, daß gründlich von den ihrigen die Verhältnisse des preußischen Adels ver-

¹⁾ Bei seiner Schilderung von Dahlmanns Haltung in der schleswig-holsteinischen Frage im Sommer 1848 in Rankes Sämtlichen Werken 49/50, 488.

schieden waren, schien dieser ihm zu starkem politischen Einfluß nicht berechtigt und nicht befähigt zu sein; vielmehr sollte nach seiner Ansicht die Regierung vornehmlich den Mittelstand beachten, in dem gegenwärtig der Schwerpunkt des Staates ruhe. Ranke aber fand bei den meisten und namentlich bei den lautesten Wortführern des westdeutschen Bürgertums wenig Verständnis für die politischen Interessen und die historischen Traditionen, die ihm am meisten am Herzen lagen, für die Machtstellung des preußischen Staates und die Förderung tieferer Bildung; sie kamen ihm, schrieb er in der Historisch-politischen Zeitschrift, vor „wie Ärzte ohne Beobachtung, die für alle Krankheiten nur Eine Heilart kennen. Ihnen ist die Vergangenheit sowie die Besonderheit des gegenwärtigen Zustands eine gleichgültige Sache; die Wirklichkeit löst sich ihrem matten Blick in die allgemeinen Nebel auf; ihre Theorien der einen oder anderen Farbe möchten sie über die Welt ausgießen, gleich als wäre sie von vorn anzufangen. Wie sollten sie auf eigentümliche Beschaffenheit und besonderes Bedürfnis deutscher Provinzen lange Rücksicht nehmen! Es ist, als wollten sie das Genus darstellen und die Spezies vernichten. Nur in den Spezies aber erscheint das Genus; es hat keine andere Möglichkeit der Erscheinung. Wollt Ihr die Unterschiede vernichten, hütet euch, daß Ihr nicht das Leben tötet!“ Würde man ihren Forderungen nachgeben und auch Preußen nach dem konstitutionellen Schema organisieren, so würde, besorgte Ranke, dadurch die Militärmacht gefährdet, auf der „das Ansehen dieses Landes in Europa beruht. Diese Militärmacht fordert ihre Bedürfnisse ungeschmälert, unausgesetzt; sie fordert Einheit und strenge Unterordnung. Wie leicht könnte selbst ein gering scheinender Eingriff in dieselbe den Bestand der Dinge und damit die allgemeine Bedeutung der deutschen Elemente in dem europäischen Gemeinwesen gefährden!“¹⁾

¹⁾ S. Rankes *Sämtliche Werke* 49/50, 150 ff. Vgl. die gedankenreichen Ausführungen von Nitzsch über deutsche Stände und deutsche Parteien, die zuerst im 27. Bande der *Preußischen*

Für die Armee aber schien auch Ranke von höchstem Wert das ihrem Dienst sich widmende, durch ihn erzogene preußische Junkertum zu sein, für das man im deutschen Westen wenig Verständnis und noch weniger Neigung besaß. Und die Kluft zwischen ihm und dem deutschen Bürgertum wurde nun dadurch vertieft, daß bei dem ostelbischen Adel sich stärker pietistische Anschauungen geltend machten, die den rationalistischen Bürgern Westdeutschlands unverständlich und verabscheuungswürdig erschienen. Ranke teilte diese religiösen Anschauungen nicht, aber er hatte Sympathie für sie und ihre Vertreter.¹⁾ In solchen Stimmungen begegnete er sich mit den Leitern des Wochenblattes und dessen Gönner, dem preußischen Kronprinzen, den auch er persönlich auf seiner italienischen Reise hatte kennen und schätzen lernen.²⁾ Er dachte deshalb nicht daran, in seiner Zeitschrift, die nach seinen und der Regierung Gedanken Polemik überhaupt möglichst vermeiden sollte, einen Streit mit dem Wochenblatt zu beginnen und andererseits wollten auch dessen Leiter den konservativen Historiker nicht bekämpfen. So wurde vielmehr bei der Besprechung des ersten Heftes der Historisch-politischen Zeitschrift seine Gelehrsamkeit, sein feiner historischer Takt und die Lebendigkeit seiner Sprache gepriesen; doch zeigt gerade auch diese Rezension, wie sich die Anschauungen dieser reaktionären Romantiker von denen

Jahrbücher, dann in Nitzschs Deutschen Studien veröffentlicht wurden.

¹⁾ Über Rankes Beziehungen zu den Gerlachs vgl. Wiedemann im 2. Bande des 17. Jahrgangs der Deutschen Revue S. 104 ff. Sie einander näher zu bringen bemühte sich eifrig Rankes alter Kollege und Freund in Frankfurt a. d. Oder, Heydler, wie seine in Rankes Nachlaß aufbewahrten Briefe beweisen. Vgl. über ihn Guglia, Ranke 36 f.

²⁾ Aus dem Hausarchiv in Charlottenburg wurde mir ein Brief Rankes an den Kronprinzen vom 29. August 1831, mit dem er die Übersendung seiner Schrift über die Verschwörung gegen Venedig begleitete, und aus Rankes Nachlaß wurden mir mehrere kurze Schreiben des Kronprinzen mitgeteilt, in denen er seinen Dank für die Zustellung Rankescher Bücher und einzelner Hefte der Historisch-politischen Zeitschrift aussprach.

Ranke unterschieden. Der Anerkennung seiner persönlichen Gaben wurde sofort ein Bedenken gegen sein Programm hinzugefügt; entschieden wurde bezweifelt, ob es „Aufgabe unserer Zeit sei, sich der Doktrin zu entäußern“; überall und zu jeder Zeit sei das Schlechte nicht durch bloße Negation, sondern nur durch das Gute mit Erfolg bekämpft worden; auch Ranke habe „ohne bewußte oder unbewußte Doktrin wohl kaum den Aufsatz über französische Flugschriften des Jahres 1831, unstreitig den gelungensten und interessantesten in diesem Hefte schreiben können“. Mit Freude wurde hervorgehoben, wie Ranke sich hier den Doktrinen des *juste milieu* entgegenstellte; daß er sich auch gegen royalistische Schriftsteller wandte, wurde verschwiegen und ebenso die Nutzenanwendung, die er für Deutschland aus dieser Betrachtung gezogen hatte. „Deutschland hat“, so schrieb er, „zwei Wege vor sich. Entweder kann man die äußersten Prinzipien ergreifen, die uns überdies aus der Fremde kommen — mit dem einen wird man immer das andere hervorrufen und sich in einen Zustand der Gewaltsamkeit versetzen, den doch niemand wünschen kann — oder man hält an den Prinzipien fest, auf denen unsere Verfassungen nun einmal beruhen: man sucht ruhig und gesetzlich ihre Mängel zu heben, ihre Übelstände zu verbessern und den deutschen Staat seiner Natur gemäß zu entwickeln.“

Als Vertreter deutscher Staatsprinzipien fühlten sich auch die Leiter des Politischen Wochenblattes; aber den deutschen Musterstaat sahen sie in Mecklenburg. Bei dem Abdruck einer eingehenden Schilderung der Mecklenburgischen Verfassung¹⁾ bezeichnete die Redaktion diese als „ein wichtiges staatsrechtliches Paradigma, an welchem sich viele Grundsätze des germanischen Staatsrechts wie an einem noch lebenden Exempel deutlich machen lassen“, weil sich hier in Mecklenburg „durch das Zusammen-

¹⁾ In Nr. 13 des Politischen Wochenblatts vom 31. März 1832. Vgl. Treitschke, Deutsche Geschichte 2, 557; 4, 204 und Politik 2, 82 ff. Sybels Abhandlung über die christlich-germanische Staatslehre s. in seinen Kleinen Schriften 1, 363 ff.

treffen eigentümlicher Umstände die ursprünglichen Grundsätze des germanischen Staatsrechts in einer Reinheit erhalten haben, die selbst in England durch fremdartige, dem Repräsentativsystem angehörende Beimischungen schon bedeutend getrübt ist.“ Mit Entschiedenheit wiesen diese Schwärmer für Mecklenburgische Zustände den Vorwurf zurück, daß sie absolutistischen Tendenzen huldigten; in Wahrheit verbanden sich solche bei den Wortführern der christlich-germanischen Staatslehre, wie Sybel gezeigt hat und wie gerade eine genauere Betrachtung des Wochenblattes bestätigt, mit den hauptsächlich in ihm vertretenen feudalen Anschauungen; so erklärte sich Jarcke gegenüber dem russischen Gesandten in Berlin bereit, russische Darstellungen über die Vorgänge in Polen aufzunehmen¹⁾ und brachte wirklich schon am 7. Juli 1832 eine Korrespondenz aus Warschau, die sich gegen die düsteren Gerüchte wandte, welche „gefallene Geister, die die Empörung über den Erdkreis zu verbreiten suchen“, verkündeten; in der Tat aber waren die Leiter des Wochenblattes ausgesprochene Gegner des aufgeklärten Absolutismus, den sie als Vorfrucht des Liberalismus betrachteten²⁾, und besonders der preußischen Beamten, die gegen ihre Doktrinen und Ansprüche die Rechte und Interessen des Staats verteidigten. Dagegen fand gerade in deren Kreis Ranke bedeutende Mitarbeiter für seine Zeitschrift und für eine wichtige Aufgabe von dieser hielt er es, daß in ihr die Leistungen des preußischen Beamtentums für Preußen und Deutschland in helles Licht gesetzt würden.

Die Leiter des Wochenblattes glichen den von ihnen so heftig bekämpften Aposteln des französischen Liberalismus darin, daß auch sie für alle Krankheiten nur

¹⁾ Martens, *Recueil des traités de la Russie* 8, 185.

²⁾ Daraus erklärt sich auch die Haltung dieser Kreise gegenüber Friedrich d. Gr. und Äußerungen wie die schon von Constantin Röbber (in den Preußischen Jahrbüchern 58, 100) hervorgehobenen Sätze des Wortführers der Romantik bei der Einweihung des Denkmals des Königs und der auf ihn bezügliche Artikel im 7. Bande von Wagners Staats- und Gesellschafts-Lexikon.

ein Heilmittel kannten, alle Staaten nach der Schablone ihrer Doktrin zu organisieren strebten; Ranke dagegen suchte die ungemeine Mannigfaltigkeit der Zustände der einzelnen Staaten sowohl in der Schärfe ihrer Erscheinung als in ihrer tiefer begründeten Notwendigkeit zu veranschaulichen. In einem Aufsatz „über die Trennung und die Einheit von Deutschland“ betonte er besonders die Verschiedenheit der Staaten des Südwestens, der restaurierten Staaten im Nordwesten und Preußens; für dies erschien ihm besonders bezeichnend und bedeutungsvoll, wie hier am Anfang des Jahrhunderts die große Reformarbeit unternommen war: „durchgreifend, aber gesetzlich, nicht im Bunde mit den Fremden, sondern in Opposition wider sie.“ Zur Erläuterung des dabei maßgebenden Geistes veröffentlichte er aus dem Nachlaß von Clausewitz einen Aufsatz über das Leben und den Charakter von Scharnhorst, dem eine Erinnerung an den kurz zuvor geschiedenen Verfasser von derjenigen beigelegt war, die ihn am besten gekannt und am tiefsten geliebt hatte.¹⁾ Gleichzeitig brachte die Zeitschrift eine sachkundige feinsinnige Würdigung der preußischen Städteordnung von Savigny²⁾, der hier namentlich das Verdienstvolle der 1831 vorgenommenen Revision darlegte; noch wichtiger war sein Aufsatz über Wesen und Wert der deutschen Universitäten, in dem er sich zugleich

¹⁾ Daß Marie v. Clausewitz mit Recht von Dove als die Urheberin dieser Erinnerung betrachtet ist, dafür scheinen mir auch ihr von ihrer Freundin, der Gräfin Bernstorff 2, 225 f. veröffentlichter Brief und einige in Rankes Nachlaß aufbewahrte Zeilen von ihr an Ranke vom 11. September 1832 zu sprechen, in denen sie Ranke für die „vortreffliche Art der Zusammenstellung“ dankte, die er „für die Aufsätze über Scharnhorst und die sie begleitenden Beilagen gewählt“ habe. Über Anlaß und Zeit der Entstehung des Aufsatzes über Scharnhorst vgl. die Briefe von Clausewitz und Gneisenau aus dem Jahre 1817, die Delbrück im Leben Gneisenaus 5, 197 ff. veröffentlichte.

²⁾ Für Savignys lebhaftes Interesse an der Zeitschrift sprechen außer seinen Beiträgen und seinem Schreiben an Karl Friedrich Eichhorn vom 6. Dezember 1831, das Schulte in seiner Biographie Eichhorns S. 204 mitteilte, mehrere Briefe von ihm an Perthes und Ranke, die ich hoffe bald publizieren zu können.

gegen diejenigen wandte, die meinten, die Universitäten hätten sich überlebt, und gegen die Anderen, die sie bedenklich für die Ruhe des Staates oder für das Wohl und die Sitten der Jugend fanden. Ganz besondere Aufmerksamkeit aber wurde in der Zeitschrift dem für Deutschland wichtigsten Werk des damaligen preußischen Beamtentums, der Begründung des Zollvereins gewidmet. Ranke selbst lieferte wertvolle Aufklärungen über die Geschichte der deutschen, insbesondere der preußischen Handelspolitik in den Jahren 1818—1828, über die Motive und segensreichen Folgen der von der preußischen Regierung ergriffenen Maßregeln und namentlich des 1828 von ihr mit Darmstadt geschlossenen Vertrags, und diese Ausführungen wurden dann auf das beste ergänzt durch solche eines der verdientesten preußischen Beamten, durch einen Aufsatz von Ludwig Kühne.

Wie Motz und Maassen ist von Treitschke auch dieser ihr geistvoller und feuriger Mitarbeiter in leuchtenden Farben geschildert; „wie wußte er“, lesen wir hier, „seine Leute in Atem zu halten, wenn er ihnen zurief: Dummheit ist eine Gottesgabe, aber sie zu mißbrauchen ist schändlich!“ Und diese Schilderung Treitschkes hat dann neuerdings die beste Bestätigung durch die Publikation der Denkwürdigkeiten von Rudolf Delbrück gefunden. Wie er hervorhebt, war Kühnes „Bedeutung auf seine hohe Stirn geprägt, sprach aus seinen von Geist leuchtenden Augen und fand in den durchgearbeiteten Zügen ihren Ausdruck. Er arbeitete mit unglaublicher Leichtigkeit, schrieb mit sehr unleserlichen Schriftzügen klassisches Deutsch und gehörte, was die Hauptsache, zu den nicht zahlreichen Menschen, welche eigene Gedanken haben und es verstehen, diese Gedanken in die Tat zu übersetzen“. In klassischem Deutsch geschrieben ist auch der Aufsatz, in dem Kühne den finanziellen und den staatswirtschaftlichen Zweck des Zollvereins den Lesern der Historisch-politischen Zeitschrift veranschaulichte; seine überlegene Einsicht und ruhige Besonnenheit und zugleich seine warme nationale Gesinnung finden wir ausgeprägt in den Worten, in

denen er „nur gegen die sanguinischen Hoffnungen und gegen das zu hoch gesteigerte Selbstgefühl derer warnte, welche den Zollverein schon über Belgien, Holland usw. sich erstrecken sehen oder mit Retorsionsmaßregeln gegen Frankreich, England und Rußland drohen, wenn diese Regierungen nicht alsbald ihr Zollsystem dem unsrigen anpassen würden. Indessen, fügte Kühne hinzu, schadet es auch nicht viel, wenn wir langmütigen Deutschen einmal den Mund etwas voll nehmen und mit Siebenmeilenstiefeln gehen wollen: die Politik wird doch schon dafür sorgen, daß die Bäume nicht in den Himmel hineinwachsen“.¹⁾

In diesem Aufsatz sprach Kühne seine Freude darüber aus, daß „die Wahrheiten einer geläuterten Staatswirtschaft, wie sie von Adam Smith und seinen geistreichen Nachfolgern gelehrt worden, in den letzten Dezennien allgemeinen Eingang gefunden“: dafür hatte in Königsberg und Berlin durch Wort und Schrift auch Johann Gottfried Hoffmann gewirkt. Er war den Romantikern, er war Adam Müller gegenüber für Smith und Kraus eingetreten; andererseits aber bewahrten seine reichen praktischen Erfahrungen und seine gründliche Erforschung der realen Verhältnisse den Organisator und

¹⁾ Historisch-politische Zeitschrift 2, 513. Das Interesse dieser Worte von Kühne wird noch dadurch erhöht, daß Eichhorn, wie er an Ranke schrieb, Kühnes Aufsatz mit dem Verfasser durchgenommen hatte. Vgl. über Kühne außer den von Wippermann in der Allg. Deutschen Biographie 17, 353 angeführten Quellen Treitschke, Deutsche Geschichte 3, 461; 4, 543 ff.; 5, 434. 604. 773 f. und R. Delbrücks Lebenserinnerungen 1, 128 ff. 213; 2, 97 f. 302. Hier weist Delbrück auf Kühnes auch von Treitschke benutzte „sorgfältig geführte Tagebücher hin, welche von kundiger Hand bearbeitet ein wertvoller Beitrag zur Geschichte der preussischen Verwaltung in der Zeit Friedrich Wilhelms III. und in der ersten Hälfte der Regierung seines Nachfolgers gewesen sein würden; aber seine zahlreichen Erben konnten sich nicht über die Veröffentlichung einigen, und jetzt sind die Kenntnisse ausgestorben, welche zu einer Bearbeitung erforderlich gewesen wären“. Sollte sich nicht doch nach allem, was neuerdings für die Wiederbelebung dieser Kenntnisse geschah, auch eine Erschließung dieser Quelle ermöglichen lassen?

Leiter des Berliner statistischen Bureaus vor den Übertreibungen doktrinäer Anhänger der Smithschen Theorien, und nicht minder war er von diesen durch sein lebhaftes preußisches Staatsgefühl und seine ethische Auffassung der Pflichten des Individuums unterschieden; ebendeshalb hat Adolf Held ihn als „grundlegenden Vorläufer der realistischen Schule“ deutscher Sozialpolitiker bezeichnet.¹⁾ Sehr charakteristisch für ihn wie für die Historisch-politische Zeitschrift scheinen mir nun gerade die Erörterungen zu sein, die Hoffmann in ihr über das preußische Zollwesen veröffentlichte. Er legte hier dar, wie nur deshalb, „weil es zurzeit noch so ganz unausführbar, die Mittel zur Bestreitung des öffentlichen Aufwandes auf dem einfachen Weg in festen wöchentlichen oder monatlichen Beiträgen der Hausväter aufzubringen, daß selbst der Gedanke an die Möglichkeit eines solchen Zustands als ein Morgentraum unerfahrener Jugend erscheint, obwohl der Verfasser dieses Aufsatzes ihn im 60. Jahr eines mannigfaltig bewegten Lebens träumte“, wie nur darum „den Regierungen die ihnen höchst lästige Notwendigkeit aufgedrungen wurde, auf indirektem Wege, vornehmlich durch Verbrauchssteuer, den größten Teil des öffentlichen Bedarfs herbeizuschaffen“ und wie „ein solches Steuersystem nur mittels einer Umschließung des Steuergebietes durch Zolllinien auszuführen“ sei. Weiter wies dann Hoffmann nach, wie „der fortschreitende Kulturstaat selbst das Bestreben nach Vereinen zu ge-

¹⁾ In seiner Besprechung von Roschers Geschichte der Nationalökonomik in unserer Zeitschrift 33, 430. S. auch Helds Aufsatz über den gegenwärtigen Prinzipienstreit in der Nationalökonomie im Septemberheft des Jahrgangs 1872 der Preußischen Jahrbücher 30, 270 und sein Buch über die Einkommensteuer S. 253 ff. und vgl. über Hoffmann außer der von Inama-Sternegg in der Allg. Deutschen Biographie 12, 604 und von Lippert im Handwörterbuch der Staatswissenschaften 4*, 1225 verzeichneten Literatur Harnack, Geschichte der Berliner Akademie, Ausgabe in einem Bande 676 ff.; Lehmann, Preußische Jahrbücher 103, 17 ff. und Stein 2, 189 ff.; Schmoller, Das preußische Zoll- und Handelsgesetz von 1818 S. 35 ff.; Steig, Kleists Berliner Kämpfe 55 ff. und Treitschke, Deutsche Geschichte 1, 606; 3, 85 ff.

meinschaftlicher Erhebung indirekter Steuern“ bedinge; „je minder getrübt in der Aufstellung von Zolllinien die einfache Absicht hervortrete, die Mittel zur Bestreitung des öffentlichen Bedarfs durch Besteuerung des Verbrauches aufzubringen: um desto lebendiger werde die Eitelkeit der Besorgnisse erkannt werden, welche die Meinung aufregt, daß es bei solchen gemeinsamen Anstalten nur auf ein Erringen von Handelsvorteilen, nur auf ein Erschleichen von Übergewicht im Verkehr angesehen sei, und um so fester werden die deutschen Zollvereine auf der unerschütterlichen Grundlage des Staatszweckes ruhen, der die höchste Entwicklung aller Kräfte, welche die göttliche Weisheit in das Menschengeschlecht legte, durch solche Anstalten beabsichtigt, die nur durch die Macht der Mittel möglich sind, welche großen wohlgeordneten Massen innewohnen. So gewiß die einzig feste Grundlage aller echten Politik das lebendige Erkennen und unumwundene Bekennen der ewigen Wahrheit ist, die Würde der menschlichen Natur gestattet nicht, daß ein Mensch Mittel für fremde Zwecke werde; so gewiß eine Verbindung von Menschen zu einem Zweck nur dann den geheiligten Namen eines Staats verdient, wenn die Wohlfahrt aller Einzelnen der Zweck aller öffentlichen Ordnung ist; so gewiß alles Unterordnen, der Gehorsam des Kindes gegen die Eltern, des Dieners gegen die Herrschaft, der Untertanen gegen die Regierung seinen rechtlichen Grund nur darin haben kann, daß die wahre Wohlfahrt des Untergeordneten seiner besonderen Persönlichkeit nach eben am kräftigsten durch solchen Gehorsam gefördert werde; so gewiß endlich die eigene lebendige Überzeugung das einzige Mittel ist die Vergeudung der Kräfte zu vermeiden, welche die Gewalt im Widerstand und Zwang, im unrechtlichen Fordern und unrechtlichen Versagen unnütz verzehrt und ihrer edlen Bestimmung entzieht: so gewiß ist es auch, daß die Steuersysteme nicht das Werk einer Willkür der Regierungen, sondern das Ergebnis der Bedürfnisse und der Bildungsstufe der Völker sind“.

Mit den in solchen Worten verkündeten ethisch-politischen Überzeugungen stimmte mit Hoffmann und Kühne auch der dritte hervorragende preußische Beamte überein, der als Mitarbeiter der Historisch-politischen Zeitschrift zu nennen ist, der damalige Direktor der Domänenverwaltung Georg Wilhelm Keßler. In einem Brief an einen Freund hat er selbst hervorgehoben, was er in den beiden Abhandlungen, die er in der Zeitschrift über die Ertragsfähigkeit des Bodens veröffentlichte, nachweisen wollte und weshalb er darauf verzichtete, ihnen die Fortsetzung folgen zu lassen, die er geplant hatte. Sie könnte, schrieb er, „bei der sich überall vordrängenden, vermeintlich schon herrschenden Partei den Mißkredit, in welchem ich meiner innersten nie verhohlenen Natur nach schon stehen muß, nur verschlimmern. Die erste Abhandlung schien ihnen ganz unverfänglich, ja sie belobten dieselbe, da sie von ihnen nicht verstanden wurde. Bei der zweiten merkten sie Unrat und fingen an zu murmurieren; ließe ich nun die dritte, welche notwendig auf die beiden ersten folgt, ans Licht treten, so würde ich ohne Gnade verdammt werden. Im ersten Teile nämlich glaubte ich bewiesen zu haben, daß je nach der fortschreitenden Entwicklung der menschlichen Gesellschaft, der Volks- und Staatsvereine diejenigen Dinge, welche den Verbrauch, die wertvolle Habe, den Lebensgenuß, den gesamten Nationalreichtum darstellen, allmählich immer weniger Urstoff, Urproduktion der Natur und mehr Produktion menschlicher Tätigkeit, Erfindung und Betriebsamkeit in sich begreifen. Im zweiten Teile suchte ich darzutun, daß in dem verbreitetsten, für die Staatsgesellschaft wichtigsten Gewerbe der Landwirtschaft, eben jene Progression am deutlichsten wahrzunehmen sei, indem an den Erzeugnissen derselben, an den Reinerträgen der Landgüter, der Anteil menschlicher Arbeit und ihres Repräsentanten (des Betriebskapitals) immer höher steigen müsse im Vergleiche mit dem Anteile der ursprünglichen rohen Produktionskraft des Bodens. Der dritte Teil würde nun zeigen, was in allen neueren Staatsverhandlungen, hauptsächlich in

denen der englischen Parlamente, immer deutlicher in die Augen springt, daß die gesamte Klasse der ländlichen Grundbesitzer, sie seien Edelleute, Bürger, Juden oder Bauern, immer mehr und mehr in ihrer Verhältniszahl, in ihrem Vermögen, ihrer Bildung, ihrer Bedeutung und Macht zurückbleibt gegen die in größerer Masse wachsende Klasse der Gewerbsleute, deren höhere Blüte und Häupter in dem Stande der Gelehrten und Künstler erkannt werden“. Diesen dritten Teil wollte nun Keßler „vorläufig auf sich beruhen lassen. Die Wahrheit, meint er, „macht sich von selbst Luft und ewige Naturgesetze lassen sich nicht durch Menschenwitz aufheben, trotz der vielfältigen Versuche des Hemmens und Zurückschiebens, welche sich neuerlich in Staatsangelegenheiten bemerkbar machen. Unsere notwendige, verständige, legitime und ruhige Revolution in den Jahren 1807 ff., wie solche in unserer Gesetzgebung daliegt, mag wohl da und dort etwas zu weit gezielt haben; wenn man aber nun in der Reaktion wieder zu kurz schießt, so werden die Folgen auch bald klar werden, und man wird nicht umhin können, endlich auf die Mitte zu halten“.¹⁾

Schon Treitschke hat darauf hingewiesen, wie Keßlers Aufsatz von den Hallerianern angegriffen und von ihnen benutzt wurde, um den Kronprinzen gegen die liberalen Geheimen Räte im Finanzministerium aufzustacheln und deren Einfluß zurückzudrängen. Nach Maaßens Tod war nicht dessen wichtigster Mitarbeiter Kühne, sondern Graf Albrecht von Alvensleben mit der Leitung der Finanzen betraut, denen er bisher fern gestanden hatte, und in die „sich einzuarbeiten er weder den Fleiß noch das Talent besaß“. Gleichzeitig wurde die Ver-

¹⁾ S. Keßlers Brief an Abeken in dem 1853 aus Keßlers hinterlassenen Papieren veröffentlichten Buche: *Leben des preußischen Wirkl. Geh. Rates Georg Wilhelm Keßler*, Biographen Ernst Ludwig Heims, Leipzig 1853, S. 301 f.; Treitschke, *Deutsche Geschichte* 4, 543 ff.; v. L.s., *Ernst Friedländers und Wippermanns Artikel über Alvensleben, Keßler und Ladenberg in der Allgemeinen Deutschen Biographie* 1, 376; 15, 656 f.; 17, 502; G. W. v. Raumer, *Übersicht der Veränderungen in der obersten Verwaltung des Staates unter Friedrich Wilhelm III.* S. 40 u. 43 f.

waltung der Domänen und Forsten von dem Finanzministerium getrennt und daraus eine selbständige Abteilung des Hausministeriums gebildet, die Philipp von Ladenberg unterstellt wurde; sein Verfahren brachte Keßler bald in eine ihm so unleidliche Lage, daß er, um sich aus ihr zu befreien, die ihm angebotene Stelle eines Regierungspräsidenten in Arnsberg annahm. Schon ehe so die beiden hervorragenden Mitglieder des Finanzministeriums, die der Historisch-politischen Zeitschrift wertvolle Aufsätze geliefert hatten, durch eine reaktionäre Strömung zurückgedrängt wurden, war eine ebenfalls für die Zeitschrift, für Preußen und Deutschland ungünstige Veränderung in gleicher Richtung in der Leitung der auswärtigen Angelegenheiten eingetreten. Wenige Wochen nach dem Erscheinen des ersten Heftes der Zeitschrift hatte Bernstorff sich durch sein Befinden genötigt gesehen um seine Entlassung zu bitten; an seiner Stelle war Ancillon zum Minister ernannt worden. Ranke hatte ihn in Venedig persönlich kennen gelernt; er erfreute sich seiner Gesellschaft, da er Ancillon immer gütig und wohlmeinend fand und dieser, wie er sagte¹⁾, auch „in allgemeiner Bildung, einer immer gegenwärtigen Kunde der Ereignisse der Geschichte, sowie der Dogmengeschichte der Philosophie seinesgleichen suchte“. Durch diese persönlichen Eindrücke ist Ranke zu einer Hochschätzung Ancillons bestimmt

¹⁾ In seinem autobiographischen Diktat von 1875 in den Sämtlichen Werken 53/54, 50 f. S. ebd. S. 294 und 48, 202 ff. 258 ff. 301; 51/52, 414 ff. Wiedemann berichtet im 2. Bande des 17. Jahrgangs der Deutschen Revue, daß Ranke der Ancillon behandelnde Artikel der Deutschen Biographie, den (C)a(ro) verfaßte, „durchaus mißfiel“; „gewiß sei Ancillon ein Erzreaktionär gewesen, aber dabei ein überaus gebildeter Mann“. Anerkennend äußert sich über Ancillon auch Minutoli in seinen Beiträgen zu einer Biographie Friedrich Wilhelms III. S. 144 ff.; ungünstig dagegen Gneisenau in seinem von Pertz, Leben Gneisenaus 2, 520 f. abgedruckten Schreiben; Boyen, Erinnerungen 2, 152 ff.; Treitschke, Deutsche Geschichte 1, 415; 2, 115. 579; 4, 220. 275. 339; Kaufmann, H. Z. 88, 447 ff.; Lehmann, Scharnhorst 2, 496 ff.; Stein 2, 508 f.; 3, 247; H. Z. 68, 274 ff.; Delbrück, Gneisenau 1², 294; Stern, Geschichte Europas 1, 417; 4, 298.

worden, der die Urteile widersprechen, die über diesen Gneisenau und Boyen, Treitschke und Lehmann, Kaufmann und Delbrück, Caro und Stern gefällt haben, und der zuzustimmen auch kaum geneigt sein dürfte, wer genauer die Einwirkung der preußischen Politik auf Rankes Zeitschrift betrachtet. Als Perthes 1831 ein solches Unternehmen empfahl, hatte sich Ancillon skeptisch geäußert, und nachdem er im Mai des folgenden Jahres Bernstorffs Nachfolger geworden war, schrieb an Perthes einer seiner Freunde: „Bernstorffs Rücktritt macht die Zukunft dunkler; es wird nun ein unbekanntes Element auf die Bühne treten, welches leichter zu bearbeiten, zu hetzen und zu locken sein wird, als dieses Bernstorff bei aller Kränklichkeit war.“ Besondere Besorgnisse mußte bei den Gesinnungsgeossen des zurückgetretenen Ministers das Verhältnis Ancillons zu dessen bedeutendstem Mitarbeiter, dem eifrigsten Förderer der Historisch-politischen Zeitschrift, wie des Zollvereins, zu Eichhorn erregen. Der neue Minister sah in dem von diesem ausgearbeiteten Entwurf eines Preßgesetzes eine gefährliche Förderung liberaler Bestrebungen und mißbilligte, daß Eichhorn eifrig und geschickt auch im Gegensatz zu Österreich preußische und deutsche Interessen vertrat. Er wollte in das Oberzensurkolleg Jarcke aufgenommen sehen¹⁾, und wenn dies auch nicht geschah, so wurden andererseits doch auch Reformen der Preßgesetzgebung wie sie Eichhorn und Rehfues, Ranke und Eichendorff vorschlugen, nicht ausgeführt, und noch bedenklicher war, mit welcher Beflissenheit Ancillon seine „untertänige Bewunderung“ Metternichs aussprach. Zum Anschluß

¹⁾ Dies berichtet Kapp im Archiv f. Gesch. des Buchhandels 6, 227 ff.; s. ebd. S. 234 ff. einen Auszug aus dem 1833 von Rehfues ausgearbeiteten Entwurf einer neuen Organisation des Oberzensurkollegs. Über Eichhorns Vorschläge vgl. Treitschke, Deutsche Geschichte 4, 269 und die von Mendelssohn und Kelchner herausgegebenen Briefe Rochows an Nagler S. 82 u. 91, über die Rankes und Eichendorffs oben S. 59 Anm., Wiedemann im 2. Bande des 17. Jahrgangs der Deutschen Revue S. 114 und Kaufmann, Polit. Geschichte Deutschlands im 19. Jahrhundert S. 239.

an dessen reaktionäre Politik fühlte er sich durch die liberalen und demokratischen Bewegungen in Süddeutschland getrieben; er hat eben dadurch dazu mitgewirkt, deren radikale Richtung zu verschärfen. Diese Schärfung der Gegensätze in Deutschland und die unfruchtbare reaktionäre Politik der preußischen Regierung mußten einen ungünstigen Einfluß auf die Historisch-politische Zeitschrift üben. Hatten Bernstorff und Eichhorn dieser die Aufgabe gestellt, die Handlungsweise der preußischen Regierung zu erläutern, „welche Recht, vernünftige Freiheit und gemeinsame Wohlfahrt in ruhiger und besonnener Entwicklung zu begründen suchte“, so war die Lösung dieser Aufgabe sehr erschwert, nachdem der Einfluß der preußischen Beamten zurückgedrängt war, die besonders erfolgreich in der von Bernstorff bezeichneten Richtung gearbeitet und in diesem Geist auch für Ranke's Zeitschrift gewirkt hatten; schwerer war es danach für deren Herausgeber geeignete Mitarbeiter in Preußen und im übrigen Deutschland zu finden. Daraus ist es mit zu erklären, daß Ranke nach der kurzen Korrespondenz aus München, die er im ersten Heft der Zeitschrift veröffentlicht hatte, keinen Beitrag mehr für sie aus dem deutschen Südwesten und ebenso wenig einen solchen aus dem Nordwesten erhielt, daß von allen außerpreußischen deutschen Angelegenheiten nur die Veränderungen im Königreich Sachsen und die Verhandlungen der dortigen Kammern in den Jahren 1833 und 1834 besprochen wurden.¹⁾

¹⁾ Ob und in welcher Weise bei diesen Artikeln Lindenau, an den sich Perthes gewandt hatte, mitwirkte, vermochte ich nicht festzustellen. Auch über die Autorschaft der im ersten Heft der Zeitschrift abgedruckten Korrespondenz aus München kann ich Bestimmtes nicht angeben. Der Gedanke liegt nahe, sie Karl Joh. Friedrich v. Roth zuzuschreiben, den Ranke in dem in seinen Sämtlichen Werken 53/54, 259 f. abgedruckten Brief zur Mitarbeit aufforderte. Wie wünschenswert es sei, Roth und den „höchst verständigen und in Nürnberger Angelegenheiten grunderfahrenen Magistratsrat Merkel“ und den „ebenfalls in diesen Angelegenheiten sehr bewanderten Bürgermeister“ Scharrer für die Zeitschrift zu gewinnen, betonte Karl v. Raumer in einem Brief an

Bei den damaligen politischen Verhältnissen hätte es jedem Herausgeber der Historisch-politischen Zeitschrift nahegelegen, historischen Aufsätzen mehr Raum als politischen zu gewähren, den Blick ihrer Leser von der deutschen Gegenwart hinweg in das Ausland und die Vergangenheit zu wenden; niemandem aber lag dies näher als Ranke. „Meine ganze Seele“, hat er 1875 gesagt, „trieb mich, die historischen Arbeiten, zu denen ich das reichste Material mit nach Hause gebracht hatte, nun auch an den Tag zu fördern“. Dazu benutzte er nun auch seine Zeitschrift: er veröffentlichte in ihr Ergänzungen zu seinen Schilderungen der Fürsten und Völker von Südeuropa und Vorstudien zu seinen späteren Werken über deutsche und französische Geschichte. Lebendig standen ihm dabei die Beziehungen dieser historischen Arbeiten zu Bedürfnissen und Zuständen der Gegenwart vor der Seele: ausdrücklich machte er auf solche nicht nur bei seiner Darstellung der Staatsverwaltung des Kardinals Consalvi, sondern auch in seinen Aufsätzen über die Venetianer in Morea und über die Zeiten Ferdinands I. und Maximilians II. aufmerksam; und warum er im 19. Jahrhundert es für

Ranke vom 20. April 1832, in dem er diesem aussprach, wie großen Anteil er seit Jahren an dessen Arbeiten nähme und den besonders im letzten halben Jahre immer gefährlicher sich gestaltenden Zustand Süddeutschlands schilderte. Von Rankes Berliner Kollegen lieferte außer Savigny nur sein alter Freund, der Philosoph Heinrich Ritter einen Aufsatz für die Zeitschrift über die Theorie und die öffentliche Meinung in der Politik; aus dem noch ungedruckten, erst 1836 im Buchhandel erschienenen Werke des Bonner Geographen G. B. Mendelssohn über das germanische Europa wurde im 2. Bande der Zeitschrift eine Betrachtung über die Bedingungen der ozeanischen und industriellen Größe Großbritanniens mitgeteilt. In drei Aufsätzen wurden Verhältnisse der Schweiz besprochen; in seinen Denkwürdigkeiten hat Bluntschli sich selbst als Autor des einen bezeichnet, der die Revolution des Kantons Zürich im Jahre 1830 schilderte, und wohl von ihm sind auch die beiden anderen über den Schweizerischen Bund verfaßt; jedenfalls stimmten seine historischen und politischen Anschauungen besser mit denen Rankes überein als die von Henne, der in dem Briefwechsel zwischen Ranke und Perthes zuerst als Schweizer Mitarbeiter in Aussicht genommen war.

besonders wichtig hielt, die Idee der Volkssouveränität in den Schriften von Jesuiten des 16. Jahrhunderts nachzuweisen, hob er in dem Schlußsatz seiner hierauf bezüglichen Ausführungen und noch mehr dadurch hervor, daß er ihnen unmittelbar eine Besprechung der Schrift von Lammenais: *Paroles d'un croyant* folgen ließ und sie mit den Worten schloß: „Wohl hatten die jesuitischen Lehren des 16. Jahrhunderts eine gewisse Ähnlichkeit mit denen, welche hier vorgetragen werden, aber wie groß ist der Unterschied! Die jesuitischen Doktrinen entstanden aus dem Gefühl der Macht, die in ihrer Erweiterung begriffen war. Die Phantasien und Lehren des Gläubigen sind der Ausdruck der Niederlage. Er hat den Schein sich zu empören: in der Tat aber gesellt er sich nur der Empörung zu, die er bisher bekämpfte.“ Wie diese Sätze zeigen, kam es Ranke darauf an, noch mehr als die Ähnlichkeit den Unterschied zwischen Erscheinungen der Vergangenheit und der Gegenwart hell zu beleuchten; überall sehen wir ihn treu der Überzeugung verfahren, die er später einmal Gervinus gegenüber vertrat, der „häufig die Ansicht wiederholt, daß die Wissenschaft in das Leben eingreifen müsse. Sehr wohl, aber um zu wirken, muß sie vor allem Wissenschaft sein, denn unmöglich kann man seinen Standpunkt in dem Leben nehmen und diesen auf die Wissenschaft übertragen; dann wirkt das Leben auf die Wissenschaft und nicht die Wissenschaft auf das Leben“. Und wie er es verstand, gegenüber den durch politische Tagesmeinungen getrübbten historischen Schilderungen eine auf kritische umfassende Forschung gestützte „lebendige Ansicht“ größerer geschichtlicher Entwicklungen und einzelner Persönlichkeiten zur Geltung zu bringen, das zeigen seine Aufsätze über sehr verschiedenartige Probleme, das zeigt am glänzendsten die an der Spitze des zweiten Bandes der Zeitschrift veröffentlichte Abhandlung über die großen Mächte. Wer diese meisterhafte Skizze des Zeitalters des Absolutismus mit Schlossers Geschichte des 18. Jahrhunderts vergleicht, wird hier die beste Bestätigung des von Sybel in diesen

Blättern¹⁾ ausgesprochenen Urteils finden, daß „Ranke eine unvergleichlich reinere und weitere Auffassung für die Mannigfaltigkeit der Dinge und die individuelle Eigentümlichkeit der Zeiten, Völker und Personen als Schlosser besitzt“.

Freilich fügte Sybel hinzu, daß was Ranke „so hoch emporgehoben, natürlich wie alles Menschliche auch seine Kehrseite hat: jene allseitige Empfänglichkeit läuft zuweilen Gefahr, den ethischen Zorn abzuschwächen, der auch nach unserer Meinung dem vollendeten Historiker nicht fehlen darf“. Auch hier wie sonst öfters hat Sybel so zugleich seine warme Bewunderung seines Lehrers und den Unterschied seiner von dessen Auffassung be-

¹⁾ 3, 253 f. Wie Sybel hier Rankes „meisterhafte Abhandlung“ über die Bartholomäusnacht preist, hat er sich in seiner Geschichte der Revolutionszeit bei seiner Beurteilung des „unzuverlässigen Machwerks der Emigrantenliteratur“, der *Mémoires tirés des papiers d'un homme d'état* durchaus dem ebenfalls in der Historisch-politischen Zeitschrift veröffentlichten Aufsatz Rankes angeschlossen. Freilich hatte schon im Dezember 1831 Varnhagen in den Jahrbüchern für wissenschaftliche Kritik darauf hingewiesen, daß die Erzählung der diplomatischen Unterhandlungen in den Memoiren „durchgängig von weitschweifiger Flachheit und Geistlosigkeit“ sei, und daß demnach unmöglich Hardenberg, wie behauptet wurde, sie verfaßt haben könnte; danach ist es, wie schon Wiedemann im 3. Bande des 26. Jahrgangs der Deutschen Revue S. 215 bemerkte, irrtümlich, wenn Ranke bei dem Wiederabdruck seiner Abhandlung in seinen Sämtlichen Werken 45, 260 behauptete, sie sei „das erste Wort gegen die Authentizität dieses Memoirenwerks“ gewesen. Auffallenderweise hat Wiedemann aber nicht hervorgehoben, daß in dem von ihm zuerst veröffentlichten Briefe Varnhagens aus dem November 1832 dieser selbst sagt, er „habe nicht versucht, die entlehnten Stücke jedesmal als solche, und woher sie es sind, nachzuweisen“, daß vielmehr erst Ranke diese Arbeit unternahm und dadurch den wissenschaftlichen Beweis für die Behauptung Varnhagens lieferte. Eine bedeutsame Einwendung gegen die Glaubwürdigkeit des Napoleonischen Präfekten von Rom, des Grafen Tournon, dessen Angaben Ranke bei seiner Darstellung der Verwaltung Consalvis folgte, machte Sybel in der Geschichte der Revolutionszeit, Wohlfr. Ausg. 7, 306; noch schärfer äußerte sich gegen Tournons und Rankes Urteile L. Friedländer im 2. Teil seiner Reden und Studien S. 503 ff.

tont, und wenn seitdem vielfach ein von dem Sybels abweichendes Urteil über Ranke geltend gemacht, hinsichtlich der historischen Anschauung zu den Bahnen des alten Meisters zurückgelenkt ist¹⁾, so haben doch gerade auch diese Wendung fördernde Vertreter einer jüngeren Generation wie Sybel und Treitschke anerkannt, daß die geistige Richtung Rankes einer breiteren Wirkung seiner publizistischen Tätigkeit auf seine Zeitgenossen hinderlich war. Nicht nur politische Gegner haben diese ungünstig beurteilt²⁾: auch dankbare Schüler und Verehrer des Historikers Ranke folgten nicht dem Politiker, weil sie in seinen Erörterungen vermißten, was sie hauptsächlich ersehnten, weil sie bei ihm keine Waffen für die ihnen am Herzen liegenden politischen Kämpfe ihrer Zeit fanden. Wohl sagte Wilhelm Grimm „unter allen periodischen Werken Rankes Zeitschrift am meisten zu;

¹⁾ Dies betonte namentlich Lenz in der Einleitung zu seiner Abhandlung über die großen Mächte. Vgl. auch seine Erörterungen über Bismarck und Ranke im 18. Bändchen der Deutschen Bücherei S. 122 f.; Doves Vorrede zum 49./50. Bande von Rankes Sämtlichen Werken und seine Ausgewählten Schriftchen 167 f.; Guglia, Ranke 147 ff.; Treitschke, Deutsche Geschichte 4, 204 f.

²⁾ Durch beider politischen Gegensatz und durch persönliche Differenzen zugleich scheinen die widerwärtigen Urteile Varnhagens bestimmt zu sein, die Wiedemann im 3. Bande des 26. Jahrgangs der Deutschen Revue S. 213 ff. zusammengestellt hat. Schon Guglia hat in seiner Biographie Rankes S. 199 hervorgehoben, wie Heine in der Vorrede seiner Französischen Zustände zu schalem Spott über Ranke eine Verleumdung hinzufügte, die, obgleich sie jedes Grundes entbehrte, in radikalen Kreisen gläubig wiederholt wurde und wie „noch in den Hallischen Jahrbüchern von 1841 über Ranke in Heinescher Art gefaselt wurde“; s. in Nr. 109 der Jahrbücher vom 7. Mai 1841 den Aufsatz über die Berliner Historiker. Eine ernsthaftere sachliche Kritik an der Zeitschrift übte En. im Februar 1833 in Nr. 25 der Hallischen Literaturzeitung. Er fand besonders bedenklich und unklar Rankes Polemik gegen die Theorien und seine Ausführungen über den Unterschied zwischen Frankreich und Deutschland, erkannte aber am Schluß seiner Besprechung an, daß „eine in dem Sinne geschriebene Zeitschrift, welcher die hier beurteilte charakterisiert, zu den ersten Bedürfnissen unserer Zeit gehört, und daß sie um so nützlicher wirken wird, je mehr sie Klarheit und Sicherheit gewinnt“.

er fand darin jene lebendige Mitte, die etwas ganz anderes ist als das äußerlich zu wägende *juste milieu* der Franzosen“. ¹⁾ Auch Immermann sah in der Zeitschrift eine höchst anregende Erscheinung; ganz besonders interessierte ihn Rankes Ansicht über die französische Charte. ²⁾ Perthes aber wurde durch solche Urteile nicht von seiner Meinung abgebracht, daß Ranke an seine Leser und Mitarbeiter zu hohe Anforderungen stelle; er fand seine Voraussage bestätigt, daß die Zeitschrift eben deshalb bei dem „großen Publikum verständiger lehrempfänglicher Deutscher“, das er im Auge hatte, nicht so viel Teilnahme erregte, daß eine größere politische Wirkung dadurch geübt und deshalb auch die Aufwendung von Staatsmitteln für dies journalistische Unternehmen gerechtfertigt würde; er fühlte sich auch durch die Art verletzt, in der Ranke seine Bitten um Manuskriptsendung beantwortete. So führte er nach Vollendung des vierten und letzten Hefes des ersten Bandes der Zeitschrift die Absicht aus, die er schon ein Jahr zuvor

¹⁾ So schrieb er am 18. Oktober 1832 an Suabedissen. Stengel, Beziehungen der Brüder Grimm zu Hessen 1, 273.

²⁾ S. die von Puttlitz herausgegebene Biographie Immermanns 1, 346; ebd. S. 349 Immermanns Urteil über Rankes Schrift über die Verschwörung gegen Venedig, die ihn an Lessing erinnerte, und 2, 74 die Mitteilung, daß Immermann den 2. Band von Rankes Fürsten und Völkern von Südeuropa ausführlich exzerpierte. In wie manchen Punkten die politischen Anschauungen des Dichters mit denen des Historikers übereinstimmten, zeigen Immermanns Äußerungen gegen die konstitutionellen Bestrebungen der Zeit und die schon oben zitierten Bemerkungen in seinem Reisejournal über Pfizer; wohl dürfte es sich empfehlen, einmal genauer, als es bisher geschah, die Verwandtschaft dieser Anschauungen Immermanns mit dem „politischen Glaubensbekenntnis“ von Wilibald Alexis, der in seinen Erinnerungen selbst hervorhob, unter den heute Schaffenden ehre er Immermann als den kräftigsten Geist, der seinen Ansichten am nächsten stehe, und zugleich den Unterschied zwischen beiden zu betrachten; denn eben auch hier wie bei so manchen in unserem Aufsatz besprochenen Problemen läßt sich gewahren, wie treffend Rankes Beobachtung ist, daß „nicht so sehr in den Gegensätzen der Extreme das Charakteristische der Sinnesweise hervortritt als in der Sonderung des Nahestehenden und Verwandten“.

gehegt hatte: er überließ den Verlag der Zeitschrift seinem Freunde Karl Duncker in Berlin, der bereits früher für die Zeitschrift tätig gewesen war. In dessen Verlag ist ihr zweiter Band, aber auch eben nur dieser und zwar in langsamer Aufeinanderfolge der Hefte 1833—1836 veröffentlicht worden. Nicht minder ungünstig als die oben besprochene Gestaltung der politischen Verhältnisse wirkte für die Zeitschrift, daß ihr Redakteur immer mehr zu der Einsicht kam, mit den ihm zu Gebote stehenden Mitteln, auf dem von ihm betretenen Weg sei das politische Ziel, das er und die Regierung erstrebt hatten, nicht zu erreichen und anderseits erfülle „eine vorzugsweise politische Schriftstellerei nicht seinen Beruf“. Für welche Tätigkeit er besonders begabt sei, darüber mußten ihm die Erfolge seines eben in diesen Jahren veröffentlichten Werkes über die Päpste und seiner 1833 eröffneten historischen Übungen volle Klarheit verschaffen; danach hielt er sich für verpflichtet, wissenschaftlicher literarischer und pädagogischer Arbeit seine ganze Kraft zu widmen. So schloß er 1836 die Zeitschrift mit einem „politischen Gespräch“ ab, in dem er noch einmal seine historisch-politische Grundanschauung entwickelte, und hielt in demselben Jahre zum Antritt seiner ordentlichen Professur eine Rede über die Verwandtschaft und den Unterschied von Historie und Politik.

Wie bedeutsam dieser Unterschied und wie er persönlich mehr zu wissenschaftlicher historischer als zu publizistischer Arbeit berufen sei, das hat Ranke mit immer wachsender Klarheit gerade während seiner Tätigkeit für die Historisch-politische Zeitschrift erkannt; viel wichtiger aber als diese bemerkenswerte negative Wirkung ist ihre positive Bedeutung gewesen. Durch die französische Julirevolution hat das deutsche politische Leben manche wichtige Anregungen empfangen; es war nicht unbegreiflich, aber auch nicht unbedenklich, daß im Zusammenhang damit in Deutschland vielfach französische liberale und demokratische Theorien verbreitet wurden, die einer durch hervorragende Vertreter deutscher

Wissenschaft überwundenen ethischen und politischen Anschauung entsprossen. Die Waffen, mit denen die erbitterten Gegner dieser Doktrinen sie im Politischen Wochenblatt bekämpften, waren aber, wie Georg Kaufmann treffend in diesen Blättern hervorgehoben hat, ebenfalls zumeist von Fremden, „von dem Piemontesen Joseph de Maistre und von den Franzosen Lammenais, Lacordaire, Chateaubriand, Montalembert, ganz zu schweigen von dem Schweizer Haller“ entlehnt. Um so wichtiger war, daß und wie im Gegensatz zu beiden der Herausgeber und die Mitarbeiter der Historisch-politischen Zeitschrift eine „original deutsche“ Welt- und Staatsanschauung vertraten. Mit klarem Bewußtsein setzten sie damit den Unabhängigkeitskampf fort, „den der deutsche Geist seit den Tagen Lessings gegen den französischen zu führen genötigt war“, in dem bedeutungsvolle Siege gerade die in diesen Jahren dahinscheidenden großen Wort- und Werkführer des deutschen Idealismus, Goethe und Wilhelm v. Humboldt, Stein und Gneisenau, Niebuhr und Schleiermacher¹⁾ erfochten hatten. Wie diese ihre Vorgänger, waren auch sie bei ihren nationalen Bestrebungen weit entfernt von jenem

¹⁾ Über Rankes Verhältnis zu Niebuhr s. seine Sämtlichen Werke 51/52, 589; 53/54, 31. 59. 62. 228. 245. 301. Wie beider Ansichten auch hinsichtlich der durch Lammenais drohenden Gefahren übereinstimmten, zeigt Niebuhrs interessanter Brief an Wilhelm v. Humboldt vom 17. November 1830, den Gebhardt im 105. Bande von Nord und Süd S. 84 ff. publizierte. Auf Rankes Äußerungen über Schleiermacher wies kürzlich Johannes Bauer in seiner Schrift über Schleiermachers letzte Predigt S. 35 f. hin. Unter ihnen sind besonders die Worte zu beachten, in denen Ranke im November 1834 in seiner Vorlesung über neuere Geschichte Schleiermachers gedachte. Sie sind nach der Niederschrift von Waitz in Rankes Sämtlichen Werken 53/54, 265 abgedruckt; nur ist hier offenbar zwischen dem drittletzten und vorletzten Satz nicht ein Punkt, sondern ein Kolon zu setzen und demnach also zu lesen: „Ein unvergängliches Denkmal ist seine Dogmatik, wo er das über allem Streit liegende, die gemeinsame hohe Wahrheit des Christentums uns so herrlich entwickelt und sein Wort zur Wahrheit zu erheben sucht: Die Kirche ist ein Schiff, so groß und weit, daß wir alle darin Platz finden.“

„nationalen Geist, der sich in dem bewußten Ausschließen des Fremden und dem Mißkennen seines Wertes bewegt. Ein solcher nationaler Geist, erklärte Ranke ausdrücklich, ist dem deutschen Wesen fremd und würde es sogar verfälschen. Das Ideal zu erreichen ist für uns die große nationale Aufgabe; fremde Einflüsse von uns abzuwehren ist erst ein sekundäres, aus derselben entspringendes, doch berechtigtes Verlangen“. Stimmt in dieser Überzeugung Ranke und seine Freunde mit ihren großen deutschen Vorgängern überein, so unterschieden sie sich von ihnen durch umfassenderes und genaueres Studium und durch nachdrücklichere Betonung der realen politischen Verhältnisse: eben dadurch haben sie der neuen politischen Erhebung unserer Nation vorgearbeitet. Oft ist hervorgehoben worden, welch großen Einfluß Clausewitz, dessen Aufsatz über Scharnhorst der Historisch-politischen Zeitschrift zu besonderer Zierde gereichte, durch sein eben in dieser Zeit gleichfalls aus seinem Nachlaß veröffentlichtes Werk vom Krieg auf die Bildung der späteren Leiter des preußischen Heeres geübt, daß er der Schulmeister gewesen ist, der die Sieger von 1866 und 1870 erzogen hat; schwerer als auf militärischem war es, auf politischem Gebiet eine der Clausewitzschen verwandte Anschauung gegenüber formalistischen Theorien zur Anerkennung zu bringen; eben deshalb ist nicht so früh und nicht so stark Rankes Einfluß auf unsere Politiker als der von Clausewitz auf unsere Offiziere zur Geltung gelangt; um so bemerkenswerter aber erscheint, in wie warmen Worten der wichtigste Mitarbeiter Bismarcks bei dem Bau des neuen Deutschen Reiches, Rudolf Delbrück, den Nutzen anerkannt hat, den er aus Rankes Unterricht und seinem Verkehr mit Ludwig Kühne zog.¹⁾ Und werden wir nicht Bismarck selbst als Rankes Schüler bezeichnen

¹⁾ Vgl. Delbrücks Lebenserinnerungen I, 70 ff. Besonders hebt er hier auch hervor, wie viel mehr Ranke als Leo ihm geboten habe; die ruhige Objektivität Rankes, sagt er S. 71, „kam mir vor wie ein klarer Himmel nach den Gewitterwolken, welche über Leos Vorträgen schwebten“.

dürfen? Mit Recht scheint mir Lenz, der nachdrücklich die Verwandtschaft der politischen Anschauungen Bismarcks und Ranks und ihren gemeinsamen Gegensatz gegen die Doktrinäre betont hat, trotzdem diese Frage verneint zu haben. Wohl aber wird man umgekehrt sagen dürfen, daß für die Verbreitung der in der Historisch-politischen Zeitschrift verkündeten Ansichten die wirksamste Propaganda Bismarcks Taten und Siege gemacht haben. Erst nach ihnen wurde in weiteren Kreisen erkannt, wie treffend die Sätze waren, die Ranke schon 1832 geschrieben hatte: „Die Grammatik kann nie eine Sprache, die Ästhetik nicht einmal ein Gedicht, die Politik aber nimmermehr einen Staat hervorbringen. Euer Vaterland werdet ihr euch nicht erklügeln. Einen andern Ursprung hat die lebendige Hervorbringung: sie kommt von der Kraft und dem Genius.“ Im Geist der wahren Staatsmänner „konzentriert sich das geistige Dasein des Staates. Die materiellen Bedingungen, welche sie zu beschränken scheinen, geben ihnen vielmehr, da sie die Vergangenheit in sich fassen, Maßstab und Anhalt“. Eben in diesen „Reflexionen“ hatte Ranke aber auch auf den Wert hingewiesen, den „die echte Theorie — Anschauung, wie das Wort sagt — die lebendige Ansicht, die das innere Wesen des Staats und seine Gesetze zu begreifen sucht“, für den Staatsmann habe; weit entfernt ihn zu stören, werde sie ihn „vielmehr fördern. Den Inhalt des Lebens vergegenwärtigt sie dem Gedanken. Der Zug der Dinge und die große Anschauung unterstützen sich dann wechselseitig. Die vollere Klarheit kann die Entwicklung nicht anders als begünstigen und das Dasein in sich kräftiger machen“. Gereichte es Ranke zur Genugtuung und Freude, daß Bismarck selbst zu seinen Werken griff, um Klarheit über politische Konstellationen der Vergangenheit zu gewinnen: noch wichtiger war die Unterstützung, die dem Wirken des großen Realpolitikers der immer wachsende Einfluß gewährte, den Ranks historische und politische Darlegungen auf unsere Nation übten: sie haben dem Verständnis Bismarckscher Politik die Wege bereitet. Darf

man aber Ähnliches nicht auch von dem bedeutendsten liberalen Historiker und Politiker behaupten, dessen Reibungen mit Ranke uns zwar auch bei der Betrachtung der Historisch-politischen Zeitschrift entgegentreten, der aber gleichzeitig als Verehrer Steins, Goethes und Niebuhrs auch den französischen Liberalismus bekämpfte, von dem 1835 eine „Politik“ veröffentlicht wurde, die er „auf den Grund und das Maß der gegebenen Zustände“ zurückführte? Begreiflicherweise sind wie Dahlmanns und Rankes Zeitgenossen auch ihnen selbst vornehmlich die Unterschiede und Gegensätze ihrer Ansichten und Bestrebungen zu klarem Bewußtsein gekommen; uns aber drängt sich heute, wenn wir auf die Erfolge ihrer Wirksamkeit in den beiden letzten Menschenaltern zurückblicken, doch die Erkenntnis auf, wie sich bei all ihren Differenzen doch manche Verwandtschaft in den Ausgangspunkten und den Früchten ihrer Tätigkeit zeigt, wie sie beide Vorfechter einer zugleich idealistischen und realpolitischen Anschauung, beide Pfadfinder auf dem Wege gewesen sind, der unsere Nation von Goethe zu Bismarck geführt hat. Und es mehrte den Reichtum unseres geistigen Lebens und war nützlich auch für unsere politische Entwicklung, daß beide reichbegabte Gelehrte und Patrioten in verschiedener Art für die Wissenschaft und das Vaterland arbeiteten, daß dem größten deutschen Geschichtschreiber, der mit Goethescher Objektivität und Goetheschem Optimismus die gegebenen Zustände der Vergangenheit und der Gegenwart betrachtete, in Dahlmann und den seine politischen Bestrebungen weiterführenden Vertretern der nächsten Generation Historiker zur Seite traten, die von Schillerscher Empfindung durchglüht, mit Schillerscher Beredsamkeit die Schäden der deutschen politischen Ordnung aufzudecken und zu tilgen, in heißem Kampf den neuen nationalen Staat zu bauen sich bemühten. Höher, als es heute meist geschieht, sind meiner Ansicht nach ihre wissenschaftlichen Verdienste zu schätzen; gehen aber hierüber die Ansichten vielfach auseinander, hat namentlich Lenz eifrig versucht, Rankes Anschauungsweise im

Gegensatz zu Sybels und Treitschkes Werturteilen über manche wichtige historische Probleme und Persönlichkeiten zur Geltung zu bringen, so ist doch gerade auch von ihm nachdrücklich anerkannt worden, wie gerechtfertigt und segensreich ihre politischen Kämpfe waren.¹⁾

In einem noch heute lesenswerten Aufsatz, den im Oktober 1867 Karl Hillebrand in der *Revue moderne* über Häusser veröffentlichte, hat er in seiner geistreichen Art nicht nur feinsinnig den Heidelberger Historiker geschildert, sondern auch manche treffende Bemerkungen über den Gang der deutschen Geschichtschreibung im 19. Jahrhundert und ihren Zusammenhang mit der politischen Entwicklung ausgesprochen: nicht aber kann ich seinem Satze zustimmen, daß, wenn die Schule Rankes die neue deutsche Geschichtswissenschaft geschaffen habe, durch den Geist der Schule Schlossers der neue deutsche Staat gebaut sei. Denn dadurch wird Schlosser ein Platz eingeräumt, der nach meiner Ansicht Dahlmann gebührt, und verkannt, was Ranke für die Entwicklung nicht nur der Historie, sondern auch der Politik bedeutet. Was ihnen beiden Schlossers Schüler Häusser verdankt, hat treffend Marcks hervorgehoben²⁾; noch deutlicher aber tritt uns beider Einfluß bei anderen politischen Historikern der folgenden Generation entgegen und zwar nicht nur bei denjenigen von ihnen, die in ihrer Studentenzeit an Rankes historischen Übungen teilgenommen und dann später für Dahlmanns politische Gedanken gewirkt haben, bei Sybel und Waitz, bei Duncker und Gneist³⁾, sondern auch bei Droysen, Baum-

¹⁾ Vgl. die Einleitung zu seiner Abhandlung über die großen Mächte, seine Geschichte Bismarcks S. 194 und seine Gedächtnisrede auf Treitschke im 84. Bande der Preußischen Jahrbücher.

²⁾ In der Festschrift der Universität Heidelberg zur Zentenarfeier ihrer Erneuerung durch Karl Friedrich I, 298 ff.

³⁾ In dem 1867 auf Anlaß von Rankes 50 jährigem Doktorjubiläum zusammengestellten Verzeichnis der Teilnehmer an seinen historischen Übungen wird gleich im ersten Semester, im Sommer 1833, und dann noch in vier späteren Semestern G. Waitz aus Flensburg, in sechs Semestern (zuerst im Winter 1834/35) H. v. Sybel aus Düsseldorf, im Winter 1833/34 M. Duncker aus Berlin,

garten und Treitschke. Nach den obigen Andeutungen erscheint es wohl verständlich, daß sie in der Politik zunächst Dahlmann folgten; doch tritt einem jeden Leser von Sybels Kritik des Dahlmannschen Verfassungsentwurfs aus dem Frühjahr 1848 und seiner im Jahre zuvor veröffentlichten Schrift über die politischen Parteien im Rheinland¹⁾ deutlich entgegen, wie schon hier der

im Winter 1835/36 stud. jur. H. R. F. Gneist aus Berlin, im Sommer 1836 und im folgenden Winter stud. cand. R. Delbrück aufgeführt. Über Dunckers und Treitschkes Verhältnis zu Ranke vgl. Treitschkes Biographische Aufsätze 419, über Baumgarten Marcks in seiner Einleitung zu Baumgartens Aufsätzen und Reden X. LXXX. CXIV. CXXIX, über Waitz und Droysen Frensdorff und Hintze in der Allg. Deutschen Biographie 40, 626 ff.; 48, 98. In einer Vorlesung, die ich im Sommer 1863 bei Waitz hörte, einer Einleitung in die deutsche Geschichte, betonte er nachdrücklich, einen „wie weitreichenden Einfluß Ranke auf allen drei Gebieten der Forschung, Auffassung und Darstellung, und zwar nicht nur auf diejenigen übte, welche seines Unterrichts theilhaftig geworden sind, sondern weit über sie hinaus auch auf die, welche sich gern in eine gewisse Opposition zu ihm stellen. So hat Droysen sich mehr von seiner ganzen Art angeeignet als manche seiner Schüler. Unter diesen haben einige sich einer politisch-nationalen Richtung zugewandt, die mehr und mehr an Stärke gewinnt und gewinnen muß“.

¹⁾ S. die aus beiden Schriften Sybels in der Einleitung zu seinen Vorträgen und Abhandlungen S. 46 ff. und in unserer Zeitschrift 94, 80 ff. angeführten Stellen. Wie andererseits Ranke sich durch die Differenzen zwischen seinen und den politischen Ansichten der meisten jüngeren Historiker keineswegs von Anerkennung ihrer wissenschaftlichen Verdienste zurückhalten ließ, zeigte sich, als 1845 der Jenenser Philologe Hand bei ihm anfragte, wen er für geeignet halte, Luden zu ersetzen, dessen Kräfte abnähmen. Ranke erklärte in einer von seinem Sohn im 1. Bande des 29. Jahrgangs der Deutschen Revue S. 86 f. veröffentlichten Antwort, die Wahl zwischen den ihm Genannten, Max Duncker, Hagen, Siegfried Hirsch, Adolf Schmidt und Sybel, sei nicht leicht; schlecht unter ihnen sei keiner. So rühmte er er auch an dem einzigen von ihnen, der nicht sein Schüler war und dessen historische, politische und religiöse Anschauungen den seinen in vielen Punkten widersprachen, an Hagen seine Gewandtheit und empfahl ihn für den Fall, daß es den Jenensern auf Kombination der Literatur- mit politischer Geschichte, Duncker, der „ebenfalls gelehrt und scharfsinnig, zur Hegelschen Schule gehöre und gut vortragen“ solle, wenn es ihnen auf Darstellung und System der Historie ankäme; läge ihnen besonders an alter

Rankesche Schüler in ausgesprochenem Gegensatz gegen den „Despotismus der Theorie, der ohne Rücksicht auf örtliche, zeitliche, volkstümliche Eigentümlichkeit eine einzige Staatsform als die Herrin des Erdballs proklamierte“, indem er das Repräsentativsystem begehrte „nicht als angebornes Recht der Menschen und der Völker, sondern wegen seiner Zweckmäßigkeit bei den heutigen preußischen und deutschen Zuständen“, sich zu den Anschauungen bekannte, die sein großer Lehrer in der Historisch-politischen Zeitschrift vertreten hatte, und wenn dann in den inneren Kämpfen der folgenden Jahre mehr die Differenzen zwischen Ranke und den jüngeren politischen Historikern sich bemerkbar machten, so ist gerade in deren Kreis besonders früh und stark eine Wendung zu Rankes historisch-politischer Betrachtungsweise durch Bismarcks Taten und Siege herbeigeführt worden. Hierauf näher einzugehen ist in dem Rahmen dieses Aufsatzes nicht möglich; dagegen dürfte in ihm wohl noch zu erörtern sein, wie nach dem Abschluß der Historisch-politischen Zeitschrift sich das Verhältnis ihres Herausgebers zu den Wortführern des politischen Wochenblattes gestaltete.

Einige Jahre länger als Rankes Zeitschrift ist das Wochenblatt erschienen, aber nicht ohne große Schwierigkeiten und Hindernisse. Solche wurden für das Wochen-

Geschichte, wäre Adolf Schmidt zu empfehlen. „Wollen Sie aber einen jungen Mann, der mittlere und neuere Geschichte gelehrt und nicht ohne Beziehung zu der allgemeinen politischen Idee vorträgt, so müßten Sie Hirsch oder v. Sybel nehmen, welche beide namhafte Männer zu werden versprechen.“ „Dr. Hirsch beschäftigte sich früher besonders mit Geschichte des Mittelalters, bis er später auch den Verhältnissen der neuesten Zeit seine Aufmerksamkeit gewidmet hat. Er besitzt wahre Gelehrsamkeit und hat dabei Kapazität für politische Ideen. Er ist konservativ gesinnt. Seine Vorlesungen sind mir von einzelnen Studenten gerühmt worden. Dr. v. Sybels Richtung und Sinnesweise kennen Sie selbst aus der in Ihrer Literaturzeitung erschienenen Rezension von Schlosser, die ihm alle Ehre macht. Auch er teilt seinen Fleiß zwischen Mittelalter und neuer Zeit. Er hat Gelehrsamkeit und Darstellungsgabe, und man darf sich viel Gutes von ihm versprechen.“

blatt besonders 1837 durch den Kölner Kirchenstreit herbeigeführt. Schon im Herbst 1832, nachdem er also nur ein Jahr lang die Redaktion des Wochenblattes geleitet hatte, war Jarcke von Berlin nach Wien übersiedelt, wo er, den kurz zuvor gestorbenen Gentz zu ersetzen, als Rat in der Staatskanzlei mit einem Jahresgehalt von 3000 fl. angestellt wurde; nach einem von Metternich unterzeichneten Dekret vom 30. Oktober 1832 sollte er „zu vorkommenden publizistischen und andern den Dienst Seiner Majestät unmittelbar betreffenden Arbeiten nach Metternichs Angabe verwandt werden, ohne deswegen seine schriftstellerischen Bemühungen im Sinne der guten Sache und des damit eng verbundenen österreichischen Interesses zu unterbrechen“.¹⁾ Nach dieser

¹⁾ Dies Dekret Metternichs veröffentlichte Turba in den Historisch-politischen Blättern 135, 27. Es erscheint sehr begreiflich, daß Jarcke die ihm in Wien angebotene Stellung seiner Berliner vorzog; keineswegs aber ist die Behauptung von Radowitz begründet, daß Jarcke als Konvertiten in Preußen „Unbilden“ getroffen hätten. Es genügt demgegenüber daran zu erinnern, daß Jarcke ein Jahr nach seinem Übertritt erst 24 Jahre alt zum Professor in Berlin ernannt war. Freilich wünschten seine Gesinnungsgenossen ihn dann noch schneller weiter gefördert zu sehen, als der König zugestehen wollte. Schon 1829 schrieb Schmedding an Altenstein, Jarcke befinde sich „in großer Geldverlegenheit, da Savigny als Rivale ihm sein Kollegium über das preußische Recht zwar nicht völlig vereitelt, aber doch ihn um den gehofften Ertrag gebracht hat“. Im Dezember 1831 beantragte Altenstein Jarckes Ernennung zum Ordinarius; der König aber trug, wie er dem Minister am 18. Dezember schrieb, „Bedenken, diesen Antrag zu genehmigen, da die Gründe, welche dieser Beförderung desselben früher entgegenstanden und Sie selbst veranlaßt haben, sich wider sein Gesuch zu erklären, fort dauern“, und Altenstein wies dann auf diese Entscheidung des Königs auch den Kronprinzen hin, als dieser ihn im Februar 1832 in Jarckes Interesse bestürmte. Um dessen Lage zu verbessern, wurde nun vereinbart, Jarcke solle eine gleiche Summe wie als außerordentlicher Professor von der Unterrichtsverwaltung, 400 Taler für Gutachten bei der Gesetzrevision vom Justizministerium, im ganzen also 800 Taler erhalten. Diese Tatsachen nach den Akten festzustellen schien mir um so mehr sich zu empfehlen, da auch von Jarckes Freund und Gesinnungsgenossen Phillips behauptet ist, seine Konversion habe ihn gezwungen, Preußen zu verlassen,

Anweisung ist auch in Wien Jarcke zunächst eifrig für das Wochenblatt tätig geblieben, dessen Redaktion der von ihm empfohlene Major Streit¹⁾ übernommen hatte. Entschieden aber sagte sich Jarcke vom Wochenblatt los, als der Kampf zwischen dem Kölner Erzbischof und der preußischen Regierung ausgebrochen war; zusammen mit seinem alten Freunde Phillips, der bald nach ihm Berlin verlassen hatte und nach München gezogen war, und dem Sohn von Görres begründete er jetzt, um die ultramontanen Bestrebungen zu fördern und den protestantischen preußischen Staat zu bekämpfen, ein neues publizistisches Organ in München, die „Historisch-politischen Blätter für das katholische Deutschland“. Schmerzlich wurde diese neue Haltung „katholischer Mitchristen“ wie das Verfahren des Papstes gegenüber der preußischen Regierung besonders von den Berliner Leitern des Wochenblattes empfunden²⁾; dadurch, daß die Ultramontanen in ihrem Kampf gegen den preußischen Staat nach Bundesgenossen auch auf der liberalen Seite suchten, wurden, so legte ein Aufsatz des Wochenblattes über „Papismus und Liberalismus“ im Februar 1839 dar, „auf der einen Seite den Liberalen neue Hoffnungen eingeflößt, auf der andern die von ihnen keineswegs durch eine unübersteigliche Kluft getrennten ungeistlichen Katholiken zu Angriffen gegen die Evangelischen

auch hinsichtlich seiner aber Schulte die Unhaltbarkeit dieser Behauptung in der Allg. Deutschen Biographie 26, 81 nachgewiesen hat.

¹⁾ Über Streit s. den 17. Jahrgang des Neuen Nekrolog der Deutschen (1839) S. 1157, wo auch seine zumeist mathematischen und geographischen Arbeiten verzeichnet sind.

²⁾ Vgl. Friedrichs Geschichte des Vatikanischen Konzils 1, 198 ff. und seine Biographie Döllingers 2, 7 ff. Hier ist S. 8 auch Jarckes Brief vom 19. Januar 1842 abgedruckt, in dem er schreibt, er sei „in Berlin die eigentliche *bête noire* und vielleicht verhaßter als sonst irgend jemand unter den Jetztlebenden. Fast könnte ich darüber eitel werden. Übrigens kenne ich jetzt auch den Grund dieses Zornes sehr genau. Die Historisch-politischen Blätter sind, ich sag's mit Stolz und Freude, in diesem Augenblick einer der wichtigsten Dämme gegen die preußisch-pietistischen Invasionspläne“.

angereizt“. Da das Wochenblatt bei diesen Verhältnissen nicht nur seine Mitarbeiter, sondern auch einen großen Teil seiner Abonnenten in Süddeutschland verlor, dachte der Verleger, als 1839 Streit starb, daran, das Blatt eingehen zu lassen; im preußischen Ministerium des Innern aber besorgte man, das würde als ein Triumph des Ultramontanismus gegenüber Preußen betrachtet werden: so wurde zunächst noch die Fortsetzung des Wochenblattes beschlossen; seine frühere Bedeutung aber erlangte es nicht wieder und schon zwei Jahre später, Ende 1841, erschien seine letzte Nummer.

Auch „bei der Verteidigung gegen Anmaßungen der römischen Kirche“ hatte das Wochenblatt, wie es ausdrücklich in einer Polemik mit den Historisch-politischen Blättern erklärte, sich nie verleiten lassen wollen, „rationalistische oder freigeistische Richtungen zu unterstützen“; dagegen wurden naturgemäß durch solchen neuen Kampf mit ihren alten Freunden, zu denen die Berliner Wortführer der Reaktionspartei sich gezwungen sahen, ihre Differenzen mit andern preußischen Konservativen in den Hintergrund gedrängt. Und eifrig bemühte sich dann König Friedrich Wilhelm IV., eine nähere Verbindung zwischen den seit lange ihm befreundeten Leitern des Wochenblattes und den von ihm hochgeschätzten wichtigsten Förderern der Historisch-politischen Zeitschrift herzustellen: indem er Savigny und Eichhorn zu Ministern ernannte, wurde Ludwig v. Gerlach in das Justizministerium berufen. Aber auch in dieser Zeit trat der Unterschied zwischen ihnen in bezeichnenden Äußerungen zutage: als Savigny die Stelle in seinem Ministerium Gerlach anbot, wendete ihm dieser, wie er selbst berichtet, „das Bedenken ein, daß ich nicht zu derselben politischen Partei mit ihm gehöre, worauf er: er habe zeitlebens gestrebt, keiner Partei anzugehören — und ich: die Partei der Parteilosen sei auch eine Partei — was bei ihm ganz besonders zutraf: er war ein heftiger Moderado“. ¹⁾

¹⁾ S. Gerlachs Aufzeichnungen I, 302.

In der öffentlichen Meinung wurden diese Unterschiede zwischen den Ratgebern Friedrich Wilhelms IV. nicht beachtet; begreiflicherweise wurde unter ihnen besonders häufig und scharf Eichhorn angegriffen. Wie große Verdienste er sich in seiner Tätigkeit im auswärtigen Ministerium in der Zeit Friedrich Wilhelms III. erworben hatte, ist vor allem durch Treitschke in hellstes Licht gestellt, gerade von ihm aber auch hervorgehoben, wie „unter allen den hochbegabten Männern, welche Friedrich Wilhelm IV. an falscher Stelle verwertete, keiner so schwer, so tragisch gelitten hat wie Eichhorn“; ebenso haben auch Verehrer Savignys beklagt, daß er, der nach Jakob Grimms treffendem Urteil mehr zu einem Magisterium als zu einem Ministerium berufen war, „sechs kostbare Jahre der Wissenschaft geraubt“ wurde. Gewiß erscheint es sehr erfreulich, daß Ranke, der wohl mit bestimmt durch seine Erfahrungen bei der Historisch-politischen Zeitschrift 1838 es abgelehnt hatte, die ihm angetragene Leitung der preußischen Staatszeitung zu übernehmen, auch auf die ihm von Friedrich Wilhelms IV. Generaladjutanten Thiele vorgelegte Frage, ob er geneigt sei, „dem König in seinen ständischen Bestrebungen Rat zu geben und ihm zu dienen, negativ antwortete“¹⁾, daß er seine ganze Kraft neben seiner akademischen Tätigkeit der Vollendung seiner deutschen Geschichte im Reformationszeitalter und dann seinen neun Büchern preußischer Geschichte widmete. Die Aufnahme, die sie fanden, zeigte, wie wenig Sympathie damals das deutsche Publikum einer Schilderung der großen absoluten Könige Preußens entgegenbrachte²⁾; tief wurde auch Ranke durch

¹⁾ S. Rankes autobiographisches Diktat von 1885 in seinen Sämtlichen Werken 53/54, 71 f.

²⁾ Auch Julian Schmidt, der in seinen Erörterungen über Ranke im 3. Bande des Jahrgangs 1847 und im 1. Bande des Jahrgangs 1848 der Grenzboten dem Forscher und Künstler warme Anerkennung zollte, machte ihm den Vorwurf, daß er in der preußischen Geschichte „das Anstößige übertuschte“; er war „weit entfernt, Ranke die Konfusion, die in dem Politischen Wochenblatt herrschte, zur Last legen zu wollen; wer aber über die

die schwere Niederlage erschüttert, die unmittelbar darauf im Sturm der Revolution von 1848 ihr Nachfolger erlitt. Der Aufforderung, in so schweren Stunden seinem Könige zu raten, wollte Ranke sich nicht entziehen: so entstanden die Denkschriften, die sein Schüler und Freund Edwin v. Manteuffel, der damals Flügeladjutant Friedrich Wilhelms IV. war, diesem vorlegte und die seiner Gesinnungsgenossen Ansichten „durch die von historisch-politischer Einsicht eingegebenen, unmittelbar überzeugende Momente enthaltenden Darlegungen“ unterstützen sollten.¹⁾ Wie Manteuffel 1871 dem Freunde schrieb, haben diese Denkschriften Rankes „den König, dem Radowitz nach den Märztagen geraten hatte sich zu effazieren, zuerst wieder aufgeweckt.“ In solcher Richtung wirkte Ranke mit Leopold v. Gerlach zusammen; dagegen billigte dieser keineswegs, daß nun auch Ranke

Frechheit, mit der diese Konfusion unter höherer Agide dem gesunden Menschenverstand ins Gesicht schlägt, nicht empört wird; wer aus dem egoistischen Interesse, alles besser und tiefer zu durchschauen als die anderen, den Wald nicht sehen will, weil er nur lauter Bäume sieht — der bleibe der Politik fern! Über die Vergangenheit werden wir mit Vergnügen dem Forscher lauschen, der uns die bekannten Gegenstände von ungewohnten, fremdartigen und seltsamen Gesichtspunkten aus vorführt; wo es aber gilt Recht oder Unrecht, Freiheit oder Knechtschaft, da kann uns das romantische Vergnügen an genialen Standpunkten nicht fördern“.

¹⁾ So Wiedemann, mit dem Ranke sich mehrfach über die Denkschriften unterhielt, im 2. Bande des 17. Jahrgangs der Deutschen Revue S. 113. Vgl. außer seinen Bemerkungen über die Denkschriften die von Delbrück im 60. Bande der Preussischen Jahrbücher S. 426 ff., von Dove in seiner Vorrede zum 49./50. Bande von Rankes Sämtlichen Werken und von Kaufmann im 88. Bande dieser Blätter S. 436 ff. Leopold v. Gerlach bezeichnete, wie mir Hr. Archivar H. v. Petersdorff freundlich mitteilte, in seinen Denkwürdigkeiten in einer im Druck fortgelassenen Äußerung Rankes Denkschriften als „konfus“. Die von ihm dem König vorgelegte Denkschrift Leos wird im Hausarchiv in Charlottenburg aufbewahrt. Über Rankes Stimmung im Sommer 1848 s. auch den von seinem Sohn im 1. Bande des 29. Jahrgangs der Deutschen Revue S. 87 f. publizierten Brief an seinen Bruder Heinrich vom 11. August 1848.

riet, „den Gedanken einer Konstitution zu realisieren“. „Das konstitutionelle Wesen“, schrieb er Ende Oktober 1848, „muß nur ohne Vorliebe und ohne Haß angesehen werden als eine Form, in welcher die jetzigen Menschen nun einmal leben wollen — man muß die Verfassung so einrichten, daß man dabei bestehen kann.“ Ranke hatte in der Historisch-politischen Zeitschrift, wie erwähnt, sich gegen die Berufung allgemeiner Reichsstände in Preußen besonders deshalb erklärt, weil er fürchtete, durch sie könnte die preußische Militärmacht und „damit die allgemeine Bedeutung der deutschen Elemente in dem europäischen Gemeinwesen“ gefährdet werden. „Alsdann wird dies“, hatte er aber schon damals hinzugesetzt, „am wenigsten zu besorgen sein, wenn dies Institut bei einer großen Gelegenheit zu einem bestimmten Zweck notwendig und durch die Lage der Dinge selbst hervorgerufen werden sollte.“ Eine solche Lage der Dinge schien ihm jetzt gekommen zu sein, ein entscheidender Grund für das Beschreiten der konstitutionellen Bahn in dem Zusammenhang Preußens mit Deutschland zu liegen, dem man bei der Errichtung des Zollvereins große Opfer gebracht habe, von dem man nicht wieder zurücktreten könne. Ranke begegnete sich hier mit Gedanken des Königs, der schon im April zu Leopold v. Gerlach gesagt hatte, der Konstitutionalismus hätte wegen Deutschland anerkannt werden müssen; wie ganz anders aber Gerlach und seine Gesinnungsgenossen gestimmt waren, beweist eine Denkschrift des Historikers des Wochenblattes, Heinrich Leos, die Gerlach am 30. Oktober dem König übersandte. Leo ging hier von der Betrachtung aus, im Unterschied von anderen Nationen sei die deutsche „nur eine Schöpfung des Geistes“; „das geistige Samenkorn, aus welchem der mächtige Baum des deutschen Volkes erwachsen“ sei, habe Bonifatius gepflanzt; nur „die festgebildete Unterlage der deutschen Kirche“ habe auch eine politische Organisation Deutschlands im Mittelalter ermöglicht und „der deutschen Nation ihr eigentliches Gepräge gegeben“. Die Reformation habe dann „einerseits, in-

dem sie die hochdeutsche Sprache zum völligen Siege führte, diese nationale Bildung vollendet, andererseits eine Todeskrankheit in die Wurzel der deutschen Einheit selbst hineingetragen“. Seitdem stehe „das deutsche Leben als Ganzes auf fauler Wurzel“; nur ein Zweig sei seitdem zum mächtigen Baum erwachsen, Preußen, in dem die Dynastie der Hohenzollern die Armee geschaffen habe, in der sich die Einheit Preußens darstelle wie früher die Deutschlands in der Kirche; ebendeshalb könne aber Preußen „auch nicht in dem Sinn konstitutionell sein wie Belgien“, vielmehr müsse konstitutionellen Staatskollegien gegenüber die Regierung „eine so bedeutende Stellung einnehmen, daß sie bei ihnen Armee und Staatsdienst mit allem Nachdruck in ihrem Interesse vertreten könne“. Ein auf der Grundfeste der Armee verjüngtes Preußen könnte dann ähnlich wie Norddeutschland in den Tagen Heinrichs I., „unter dem die süddeutschen und westdeutschen Herzoge und Markgrafen in lockerem Verhältnis und großer Selbständigkeit ihre Macht versahen, wiederum die eigentliche Macht und Kraft des deutschen Lebens in der Hand halten, ohne die freie Gliederung und eigentümliche Bewegung des Ganzen zu hemmen. Wird für Preußen in dieser angemessenen Weise gesorgt, so findet sich alles Übrige von selbst — die Macht der Umstände, Gottes lebendiger Odem richtet alles ein, ohne daß man sich viel im voraus um die deutsche Krone zu sorgen braucht. Gott wird sich seinen Gesalbten zu suchen wissen, wenn er einen braucht“.

In einem Brief an Ranke hat 1872 Edwin v. Mantuffel es einmal als das Unglück der Zeit Friedrich Wilhelms IV. bezeichnet, daß „auch die auswärtigen Fragen vielfach von dem reinen Parteistandpunkt beurteilt und vor allem der Gesichtspunkt ins Auge gefaßt wurde, ob das konservative oder revolutionäre Prinzip durch die oder die Lösung Vorteil haben könne. Bruch mit Österreich und Rußland wurde von sehr tüchtigen Leuten als Aufgabe des Königtums und Sieg des Jakobinismus angesehen. Hätte ich nicht Ihre Vorträge bei

Prinz Albrecht und auf der Universität gehört gehabt, ich hätte auch leicht zu weit gehen können; so hielt ich fest, daß die nationale Selbständigkeit und das Staatsinteresse niemals dem abstrakten Prinzip untergeordnet werden dürften“. Wie das preußische Staatsinteresse auch russischen Zumutungen gegenüber von Ranke, so sehr er wie die Gerlachs ein gutes Einvernehmen Preußens mit Rußland wünschte, ganz anders als von diesen vertreten wurde, davon hat kürzlich sein Sohn uns ein interessantes Zeugnis mitgeteilt.¹⁾ In diesen Blättern sind von Schiemann vertrauliche Briefe des Freiherrn Peter v. Meyendorff veröffentlicht, in denen dieser hervorragende Diplomat der alten Schule über die Eindrücke berichtet, die er als russischer Gesandter in Berlin empfing, und seinem Ingrimme über die nationalen Reformbestrebungen deutscher Professoren, namentlich Dahlmanns, scharfen Ausdruck gibt. Nachdem er Botschafter in Wien geworden war, suchte er nun 1852 auch durch Ranke auf die preußische Politik einzuwirken; er stellte ihm vor, wie Preußens gutes Verhältnis zu Österreich dadurch gefährdet würde, daß man in Berlin „den preußischen Ehrengaul“ reite. Darauf antwortete Ranke: „Ich akzeptiere das Wort: Preußische Ehre. Sie besteht darin, in dem europäischen Gemeinwesen etwas für sich zu sein, wie Friedrich Wilhelm I. es ausdrückte: keine subalterne Macht. Das ist der Geist der Nation geworden, die Summe ihres Ehrgeizes. Darauf beruht der freudige Gehorsam, den man dem Gebot leistet. In diesem Gefühl liegt ein großes Element der Macht. Aber wollte ich einem andern seine Ehre nicht gönnen, wo bliebe die meine? Ich erkenne auch eine bayerische, württembergische, hannoverische Ehre an, die in der Aufrechthaltung der besonderen Eigentümlichkeiten, ohne fremde Beeinträchtigung besteht. Ich denke mir ein bundesvereinigtcs Deutschland, wo

¹⁾ Im 1. Bande des 29. Jahrgangs der Deutschen Revue S. 89 ff. Schiemanns Publikation der Briefe Meyendorffs s. in der H. Z. 86, 445 ff.

einem jeden das Recht und die Würdigung zuteil wird, die ihm gebührt. Für alle insgesamt, besonders aber für Norddeutschland, ist es notwendig, daß in Preußen eine feste, unerschütterliche Macht da sei, die eine weitere Demütigung nicht ertragen würde. Ist es nicht auch für Rußland notwendig? Ohne eine feste Macht in Norddeutschland wird der revolutionäre Strom bis in seine Marken fluten.“

Hören wir hier Ranke Töne anschlagen, die uns an Bismarck erinnern, so ist es begreiflicherweise gerade den großen Erfolgen seiner Politik gegenüber besonders deutlich hervorgetreten, wie sehr sich die Anschauungen des Historikers von denen der reaktionären Romantiker unterschieden. Ranke war nicht ohne Mitgefühl für die Opfer und die Gegner der Bismarckschen Politik. „Seien Sie überzeugt“, schrieb er im September 1866 an den Bibliothekar in Hannover Ludwig Nolte¹⁾, „daß niemand herzlicheren Anteil an dem Schicksal Ihres Königs nehmen kann als ich; es hat mich in dem Halbwachen der Nacht verfolgt.“ Und besonders bekümmerten ihn die Diffe-

¹⁾ In einem Briefe, den mir mein Kollege Elster, ein Enkel Nolt's, freundlich mitteilte. Wiedemann's Äußerungen über Ranke's Verhältnis zu Bismarck s. im 4. Bande des 17. Jahrgangs der Deutschen Revue S. 233 ff. Auch hier wird für den Historiker der Wert von Wiedemann's Publikation dadurch gesteigert, daß er mit einer an das „Büschlein“ erinnernden Stumpfheit des Gefühls für die Pflicht der Diskretion Äußerungen Ranke's mitteilt, bei denen dieser sicher nicht daran gedacht hat, daß sein treuer Amanuensis sie veröffentlichen würde. So berichtet er, als er Constantin Rößler's Abhandlung über Bismarck und die deutsche Nation vorgelesen, habe Ranke „dem Autor den Vorwurf gemacht, er treibe mit Bismarck Götzendienerei; es kam die Äußerung vor, dieser bedeute nur etwas, weil die anderen Nullen wären“. Weiter erzählt Wiedemann, als beide die Frage besprochen hätten, ob in Ranke's Genesis des preußischen Staates unter den Adelsgeschlechtern, die Joachim I. opponierten, auch die Bismarcks zu nennen seien, habe Wiedemann bemerkt, das werde dem Fürsten, der eben damals gegen die Vertreter adeliger Geschlechter die Autorität der Krone angerufen, unlieb sein, Ranke aber entgegnet: „Da kennen Sie Bismarck schlecht; der freut sich, wenn er erfährt, daß schon seine Vorfahren obstinat gewesen sind.“

renzen zwischen Bismarck und seinen alten konservativen Freunden, als diese den Bahnen nicht folgen wollten, die der Schöpfer des neuen Deutschen Reiches nach 1870 einschlug. Wie Wiedemann berichtet, „unterhielt die gegen die Kreisordnung opponierende Majorität des Herrenhauses Fühlung mit Ranke; jede in liberaler Tendenz getroffene Maßregel war diesem höchlichst zuwider“. Aber, bemerkt Wiedemann zugleich, „Ranke erkannte die Notwendigkeit, mit Rücksicht auf das Verhältnis zum Deutschen Reich die Regierung auch im preußischen Staat liberal zu führen; er sah auch voraus, daß ein Korrektiv der von ihm für falsch erachteten Intentionen aus den Umständen selbst hervorgehen würde“. So konnte er keineswegs die Haltung billigen, die Ludwig v. Gerlach einnahm; als dieser, nachdem er Hospitant der Zentrumspartei geworden war, „voll wehmütiger Erinnerungen“ ihn im Februar 1873 bei einem Ballfest im Schloß ansprach, sagte ihm Ranke: „1866 war notwendig“. ¹⁾

Aber könnte man nicht erwarten, daß alle ihre Differenzen über Fragen der Tagespolitik zurückgedrängt seien, als Ranke in seinem kurz darauf veröffentlichten Buche über Friedrich Wilhelm IV. die Politik des von beiden hochverehrten Königs mit feinstem Verständnis und wärmster Liebe zu erklären und zu rechtfertigen unternahm? Wer genauer die leitende Idee dieses Buches betrachtet, dürfte sich kaum wundern, daß Ludwig v. Gerlach von ihm ebensowenig befriedigt war als seine liberalen Gegner. Denn wie Rankes Freund Manteuffel hervorhob ²⁾, sollte „dadurch zum Bewußtsein kommen, daß der hochselige König auch die erbliche Kaiserkrone aus der Hand der Fürsten gewollt“ und nur die Demokratie bekämpft habe, sollte „die jetzige Regierung als Fortsetzung der früheren hingestellt“ werden. Manteuffel hoffte, das werde „die konservative Partei freier denkend und die Leiter der Regierung unwillkürlich konservativer

¹⁾ S. Ludwig Gerlachs Aufzeichnungen 2, 360.

²⁾ S. Manteuffels Brief vom 13. März 1872 in Doves Ausgewählten Schriftchen 249.

machen“. Beides schien ihm wünschenswert zu sein; in ganz entgegengesetzter Richtung aber bewegten sich Gerlachs Gedanken. „Mit recht schwerem Herzen,“ schrieb er am 4. Mai 1873 in sein Tagebuch, „habe ich in der letzten Woche Rankes ‚Aus dem Briefwechsel Friedrich Wilhelms IV. und Bunsens‘ zweimal gelesen und den alten Jammer noch einmal durchempfunden.“ Er war nicht nur empört über die Äußerungen von Bunsen, den er danach als Pantheisten und revolutionär-liberalisierenden Staatsmann bezeichnete: schmerzlich berührte ihn auch „die Phantasterei des Königs — mir zwar an sich nicht neu, aber doch insofern neu, als ich solch Übermaß doch nicht erkannt hatte“. „Ihnen beiden gegenüber,“ so schloß Gerlach seine Bemerkungen, „der Porzellanbukett-Maler Ranke (wie Leo¹⁾ ihn nennt), der

¹⁾ Als 1853 im Berliner Kultusministerium erwogen wurde, wie man Ranke, den König Max von Bayern nach München beufen hatte, der Berliner Universität erhalten könnte, schrieb Leo am 6. März 1853 an Johannes Schulze: „Was Ranke anbetrifft, so erschweren Sie sich selbst die Sache, wenn Sie sie unter den Gesichtspunkt einer Universitätsangelegenheit bringen. Ranke hat in unserer Literatur und Wissenschaft eine exzeptionelle Stellung von Gottes Gnaden; denn nie hat ein Mensch ein ähnliches Talent gehabt, durch den Garten der Geschichte wandelnd sich Blumen abzuschneiden, sie in Buketts zu ordnen der prächtigsten Art und sie dann auf Porzellanvasen von Geschichtsbüchern zu malen. Er ist in dieser Wirkung einzig, und so sollte man ihn fassen — er ist Künstler — Blumenmaler von größter Genialität —, dagegen den Garten lernt man nicht aus diesen Blumenlesen in seiner Breite und seinem natürlichen Grunde kennen, und wo er sich zu einem allgemeinen Gedanken dann und wann aufzuringen sucht, macht das nur den Eindruck einer durch Zufall in das Bukett geratenen Raupe, die sich da abquält in dem Blätterdickicht und doch im voraus dem Hungertod verfallen ist. Mit Universitätsunterricht hat diese Art Geschichtsbetrachtung gar keine notwendige Verbindung, und man sollte seine Vorlesungen als die *opera supererogationis* eines Akademikers betrachten — ihm selbst nicht bloß 7000 fl., wie die Bayern bieten, sondern ein Rittergut schenken, was sein wäre, was mehr einbrächte, wo er frei seinen Arbeiten leben könnte, wie er möchte, und ihn gar nicht weiter in Vergleichung bringen mit Professoren, unter denen die gemeineren Naturen nur entweder zu Neid oder Ambition gestachelt werden dadurch — und also noch mehr ver-

das alles recht kurios findet, aber an sich vorübergehen läßt, ohne sich zu engagieren.“

Deutlich treten uns in diesen Worten die ingrimmige Abneigung des doktrinären Eifersers gegen die Betrachtungsweise des Historikers und sein völliges Unverständnis für sie entgegen. Hätte Ranke diesen Zornesausbruch noch lesen können, so würde wahrscheinlich seine Lippen ein ähnliches feines ironisches Lächeln umspielt haben wie bei dem Niederschreiben seines oben abgedruckten Satzes, daß die Wortführer des Wochenblattes bei ihm „einen jakobinischen Anflug bemerken wollten“. Gerade durch solch überlegenes Lächeln Rankes fühlten sich die Eiferer tiefer gekränkt als durch heftige Angriffe erbitterter Gegner. Als im Dezember 1835 Heinrich Leo mit Perthes über die Begründung einer neuen historischen Zeitschrift verhandelte, schrieb er: könnte er solche ganz nach seinem Gefallen einrichten, so würde er sich dazu mit Phillips, Hurter, Böhmer, Huschke und G. W. v. Raumer verbinden; da aber ein solches Unternehmen sofort als eine Ultrazeitschrift verschrien und um allen Einfluß beim Volk gebracht würde, so müsse man sich nach den besten Namen und den geistreichsten Federn auf der andern Seite umsehen, und so regte er den Gedanken an, die Leitung der Zeitschrift einem Triumvirat anzuvertrauen, das aus ihm, Dahlmann und Gervinus bestände. Dagegen müsse von ihr, wenn er mitwirken solle, wie Schlosser und Stenzel auch Ranke ausgeschlossen werden. Er gab zu, daß er diesem in der literarischen Fehde, die er im vorangegangenen Jahrzehnt mit ihm geführt, „zu viel getan; doch würde mich die Selbstseligkeit und Superklugheit dieses Mannes nicht ein halbes Jahr in Frieden mit ihm bestehen lassen. Das eigentümliche Lachen, die gering-schätzigste Art, womit er alles behandelt, was nicht von

dorben werden.“ Über Rankes Berufung nach München vgl. die von Dove in seinen Ausgewählten Schriftchen S. 111 ff., von Heigel im 2. Bande der Historischen Vierteljahrschrift S. 371 ff. und von Rankes Sohn im 1. Bande des 29. Jahrgangs der Deutschen Revue S. 268 ff. mitgeteilten Briefe.

ihm ausgeht, ist für mich geradezu unerträglich. Wir wären zwei Pferde, die den Wagen zerreißen, wenn wir an einen und denselben gespannt würden“. Wer Ranke und seine Mitarbeiter an der Historisch-politischen Zeitschrift richtig würdigen will, wird die hier besprochenen bedeutsamen Unterschiede ihrer Anschauungen von denen der Leiter des Politischen Wochenblattes nicht weniger als die Verbindungsfäden zwischen ihnen, wird, glaube ich, vor allem die hier angedeuteten Zusammenhänge ihres Wirkens mit der geistigen und politischen Entwicklung unserer Nation im 19. Jahrhundert beachten müssen.
